Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: erseburger Zeitungsverlag GmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.), 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

zelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, 9. Juni 1931 | 11. Jahrgang Nr. 126

Das Volk steht auf...

Massen stürmen Wohlfahrtsamt und Bourgeoisie-Lokale in Düsseldorf — Gewaltige Protestkundgebungen gegen die gersnotverordnung in Bochum und Essen — Heraus zum Massenangriff gegen die Hungerpolitik der Brüning-Regierung

n ganz Deutschland löst die Verkündung der neuen Hungersnotverordnung die stürmischen Proteste der werktätigen en aus. Ueberall demonstrieren die hungernden Erwerbslosen und die Betriebsarbeiter gegen die neuen Massen- ungen.

as Volk steht auf! Die Werktätigen sammeln sich unter der Führung der Kommunistischen Partei zum Massen- f gegen die Hungerpolitik der Regierung Brüning und der sie stützenden Parteien, gegen Lohn-, Renten- und alraub, für Arbeit, Brot und Freiheit!

ontane Massendemonstrationen in Düsseldorf

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 9. Juni.

tag und Sonnabend kam es in verschiedenen Stadtteilen ntanen Demonstrationen gegen die neue Hunger-Notver- g. Ungeheure Erregung hat sich vor allem der Erwerbs- mächtigt, die Sonnabend früh das Wohlfahrtsamt in der straße stürmten. In allen übrigen Stadtteilen bildeten sich Nachmittagsstunden Ansammlungen und spontane Demon- en. Im Zentrum der Stadt, am Worringer Platz, n Polizeibeamte gegen die Demonstranten einzuschreiten. darauf zu heftigen Zusammenstößen mit den erbitterten . Nach der am Abend auf dem Karlsplatz stattgefundenen Kampfkundgebung der proletarischen Organisationen die neuen Hungergesetze der Brüning-Regierung, kam es in t zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Es mar- n tausende Kundgebungsteilnehmer in der inneren Stadt. upokette, die der Demonstration den Zugang zur Königs- — dem Bourgeoisie-Boulevard von Düsseldorf — sperren urde überrannt. Die Massen überfluteten die Königs- s hallten die Rufe in den Straßen wider: „Fort mit der gierung Brüning! Nieder mit der Notverordnungs- !"

ige provozierender, höhnischer Zurufe aus den Schlemmer- kam die Empörung der Massen zur offenen Entladung. e Fensterscheiben, u. a. des feudalen Bourgeois-Lokals telsbacher Hof" gingen in Trümmer und provozierende s wurden verprügelt. **Vergeblich versuchte die Schupo, onstranten zu attackieren. Es kam an verschiedenen Stellen rängung von schießenden Polizei- und Kriminalbeamten.** ch ganze Polizeiabteilungen verhielten sich zurückhaltend, Erkenntnis, daß sie ja selbst in brutaler Weise von der rdnung ergriffen werden. **So wurde an verschiedenen beobachtet, daß Schupobeamte sich weigerten, den Befehlen ffiziere auf schärferes Vorgehen Folge zu leisten.** Nach mmenstößen in der Königsallee demonstrierten die Mas- r fortgesetzten Niederrufen auf die Regierung und die rdnung durch die Graf-Adolf-Straße zum Hauptbahnhof. ürmten sie das Bahnhofshotel.

Den Hungerunruhen am Abend gingen einzelne Verhaftungen von Arbeitern am Morgen voraus, die beschuldigt waren, in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend die vom verbotenen Roten Frontkämpfer-Bund unterzeichneten Plakate geklebt zu haben, die zum Sturz der Hungerregierung auffordern und zahlreiche Ansammlungen verursachten. Die Verhafteten mußten aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen werden.

Die Hungernden marschieren

Essen, 9. Juni. (Eig. Drahtm.)

In der Innenstadt und in den angrenzenden Stadtteilen fanden gestern wieder wuchtige Demonstrationen gegen die Notverordnung statt. Es sammelten sich spontan viele Hunderte von Betriebsarbeitern und Erwerbslosen, die in Niederrufe auf die Notverordnung ausbrachen. Die Polizei griff daraufhin zu einer großangelegten Aktion im Essener Wedding, im Segeroth-Viertel. Mit einem riesigen Polizeiaufgebot wurde das ganze Viertel umstellt und die Polizei rückte konzentrisch nach innen vor. Es fanden Massendurchsuchungen statt, die aber ergebnislos verliefen. Dutzende von Arbeitern wurden auf Lastwagen zum Polizeipräsidium gebracht. In den Abendstunden verschärften sich die Demonstrationen und es wird damit gerechnet, daß die Hungertumulte noch stärkere Formen annehmen werden.

Demonstrationen durch das Geschäftsviertel

Bochum, 9. Juni. (Eig. Drahtm.)

Gestern morgen um 10 Uhr versammelten sich auf dem Moltke-Platz in Bochum einige hundert Erwerbslose, die zur Notverordnung Stellung nahmen und ihre ungeheure Empörung durch „Nieder"-Rufe zum Ausdruck brachten. Danach zogen die Erwerbslosen vor das Rathaus. Auf dem Rathausplatz sammelten sich über tausend Menschen. Ueberall herrschte Empörung. Es wurde diskutiert und immer wieder wurden Rufe gegen die Regierung und für Arbeit und Brot ausgebracht. Dann formierte sich ein Demonstrationszug durch die innere Stadt, durch das Geschäftsviertel. Die ganze Stadt stand unter dem Eindruck des Protestes der Erwerbslosen gegen die Notverordnung. Die Polizei rollte in fünf Ueberfallwagen heran, mit Karabinern ausgerüstet, griff aber vorerst nicht ein. Am Moltkeplatz kam es dann gegen 1 Uhr zu Zusammenstößen. Zwei Arbeiter wurden verhaftet. Die Unruhen dauerten den ganzen Tag an.

Zwei Fronten

Für Hungersnot-Verordnung der Brüning-Wels — oder für das Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD

Die Hungersnot-Verordnung Brünings, die dieser, mit dem Freibrief, den ihm die SPD-Parteitag gab, in der Tasche, erließ, war gerade bekannt, als aus allen Teilen Deutschlands Nachricht auf Nachricht über verzweifelte Aktionen der Opfer der Hungersnot einliefen. Was vorgestern in Essen, was gestern in Düsseldorf geschah, geschah vor drei Tagen in Hamborn und wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, wie eine rote Welle über ganz Deutschland gehen. Das Volk steht auf ...

Die Hungersnot-Verordnung, dieses Programm der Besitzenden, diese furchtbare Belastung der Millionen Werktätiger in Deutschland, das ist der „Ausweg", den die Bourgeoisie aus der Wirtschaftskrise gehen will. Sein Weg bedeutet Selbstmord für das werktätige Volk, Hungertod und eine grauenhaftere Massenverelendung, als sie je erlebt worden ist. Aber diese Hungersnot-Verordnung, die den Erwerbslosen und den Kriegsopfern die Unterstützung, den Beamten und Angestellten die Gehälter, den Arbeitern den Lohn raubt, die in der sogenannten „Krisensteuer", wie heute früh die „Neue Leipziger Zeitung" richtig sagt, „das alte preußische Dreiklassen-Wahlrecht in Gestalt eines Dreiklassen-Steuerrechts wieder erneuert und gerade die schlechtestgestellte Klasse nun auch steuerlich noch am erbarmungslosesten hochnimmt", das ist zugleich das Programm der Sozialdemokratie, die am Tage des Erlasses der Notverordnung Herrn Brüning und die Seinen zu diesem Streich gegen die hungernden Massen offen ermunterte, als sie ausdrücklich ablehnte, den Parteitag auch nur in Worten gegen die Notverordnung festzulegen.

Aber die ganze Summe des Elends, die in dieser Notverordnung enthalten ist, die Herr Brüning durch einen schmalzigen Aufruf „An das deutsche Volk!" den Massen schmackhaft machen möchte, so wie man Kindern eine bittere Medizin in Himbeersaft verabreicht, genügt noch nicht einmal der Raffgier der Schwerindustrie, die in diesem Augenblick eine Pressekampagne für eine noch weitergehende Massenbelastung eröffnet, die an Frechheit alles übersteigt, was die Herren mit den 10, 15 und 20 Prozent Dividende in der letzten Zeit den hungernden Massen geboten haben.

Vielleicht das Tollste auf diesem Gebiet ist das, was sich die „Deutsche Bergwerkszeitung" leistet. Sie stellt nicht nur, wie die gesamte bürgerliche Presse das mehr oder weniger deutlich tut, den Zusammenbruch aller Illusionen über den Young-Plan fest und kritisiert dann die Notverordnung von einem so offen scharfmacherischen Standpunkt, daß man diesem Organ der deutschen Schwerindustrie nur dankbar sein kann, daß es mit diesen Sätzen wenigstens die letzten Hoffnungen derer, die nicht alle werden, auf so etwas wie „soziales Verständnis" beim Unternehmertum gründlich zerstört.

Das Blatt ist über die Notverordnung enttäuscht, weil es keine „grundsätzliche Reform" der Sozialpolitik bringt, die leider erst „für den Herbst dieses Jahres in Aussicht gestellt sei. Es genügt also nicht, daß künftig nur noch ein Drittel der Erwerbslosen überhaupt in den Genuß der Hauptunterstützung kommt, es genügt nicht, daß man selbst den Kriegsopfern die Renten kürzt, es genügt nicht, daß man das Volk in drei Klassen teilt, von denen die, die sowieso nichts haben, die meisten Steuern bezahlen müssen: die Herren wollen mehr. Sie möchten am liebsten die ganze Sozialpolitik über den Haufen werfen.

Ein einziges Lob erhält Brüning. Er habe wenigstens erkannt, daß im wirtschaftlichen Geschehen „nicht der Lohn das Primäre, sondern die ihn tragende Wirtschaft ist". In verständliches Deutsch übertragen, heißt das nichts anderes, als daß nicht die Kaufkraft der Massen, sondern die Höhe der Profite der Maßstab für die „Gesundheit" der kapitalistischen Wirtschaft ist. Die Kaufkraft der Massen mag man ruhig ruinieren, wenn nur durch ununterbrochenen Lohnraub der Lohnanteil am Produkt auf ein Minimum herabgedrückt und der Profit auf diese Weise gesteigert wird. Daß diese „Weisheit" selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus ein Wahnsinn ist, soviel Einsicht könnte man von den Herren der „Deutschen Bergwerkszeitung" eigentlich erwarten. Aber hier erreicht die Krise des deutschen Kapitalismus eben bereits einen Punkt, wo die verzweifelte Angst der Unternehmer um ihre Profite sie zu einer Politik zwingt, die die Grundlage ihrer Ausbeuterherrschaft selbst untergräbt. Wenn es in demselben Artikel heißt, daß „die weitere Schmälerung der Konsumkraft durch die schwere Einkommensteuerbelastung unbedingt zur Lahmlegung weiterer Wirtschaftszweige führen muß", dann ist das nichts als ein bewußter Schwindel. Denn gerade die Krisensteuer belastet nur die ärmsten Schichten. Das ununterbrochene Sinken des Reallohnes aber und die dadurch bedingte katastrophale Verengerung des inneren Marktes

Hungerdemonstration in Halle

toß der Kommunisten gegen die Notverordnung im hallischen Stadtparlament Die Erwerbslosen rufen in den Straßen: „Nieder mit der Notverordnung!"

ern fand in Halle eine Sitzung der Stadtverordneten statt, die Kommunisten einen energischen Vorstoß gegen die Notver- gen der Brüning-Regierung machten.

einer Reihe von Dringlichkeitsanträgen forderten sie Ableh- er Notverordnungen, Gewährung von Sonderunterstützungen, mitteln und Kleidung für die Erwerbslosen, ausreichende Be- g von Arbeitsmöglichkeiten.

die reaktionäre Bürgerblockmehrheit im Bunde mit den Nazis n Sozialfaschisten die sofortige Behandlung dieser Anträge ab- erhoben die Kommunisten stürmischen Protest, dem sich auch enbesucher anschlossen.

ter dem Druck des energischen Auftretens der Kommu- ten und der auf der Straße und vor dem Rathaus demon- ierenden Erwerbslosen mußte der reaktionäre Magistrat seine bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit eine mehr dreistündige Debatte über die Notverordnungen und die Beratung der KPD-Anträge zulassen.

Schluß wurden die Anträge der Kommunisten vom Bürger- s auch von den Nazis und den Sozialdemokraten, abgelehnt! munisten richteten an die werktätige Bevölkerung den Appell, **erparlamentarischen Kampf gegen die Hungersnotverordnung, heit und Brot aufzunehmen.**

Während der Tagung der Stadtverordneten erschollen vor dem Rathaus immer wieder die Rufe von demonstrierenden Erwerbslosen:

„Nieder mit der Notverordnung! Wir fordern Arbeit und Brot!"

Der Notschrei der hungernden Erwerbslosen, die durch die neuen Notverordnungen noch mehr unterdrückt und ausgeplündert werden sollen, war in allen Straßen des Stadtzentrums zu hören.

Die Polizei unternahm Gummiknüppelattacken gegen die Demonstranten. Auch berittene Kräfte wurden eingesetzt. Der Marktplatz mußte mehrere Male von Erwerbslosen geräumt werden.

Die Hungerrufe der Erwerbslosen waren aber noch bis in die späten Abendstunden in den Straßen zu hören. Ueberfallkommandos der Polizei rasten unausgesetzt durch die Straßen der Stadt.

Auch die auf dem Hallmarkt stattgefundenen sportlichen Darbietungen der roten Sportler anläßlich der Reichs-Arbeitersportwoche standen im Zeichen der Demonstration gegen die Notverordnungen. Trotz provokatorischer Gummiknüppelattacken der Polizei war zu beobachten, daß ältere Polizeibeamte vielfach Zurückhaltung an den Tag legten. Offenbar sind auch diese Beamten über die neuen Notverordnungen, die ihnen eine weitere Kürzung ihres kärglichen Gehalts bringen, erbittert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310609-17/fragment/page=0001
DFG

ist die Hauptursache für den Zusammenbruch ganzer Industrien im Verlaufe der Krise.

Ganz in der gleichen Linie läuft die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und eine ganze Anzahl weiterer Blätter der Schwerindustrie gegen die Notverordnung Sturm.

Es wäre falsch, darin nichts anderes als unersättliche Profitgier der Kapitalisten zu sehen. Daneben spielt hier noch ein politisches Moment mit. Es wird hier seitens der Unternehmer eine Taktik getrieben, die die Arbeiter aus den Lohnkämpfen zur Genüge kennen. Das ist die Taktik, einen brutalen Anschlag auf die hungernden Massen so zu kritisieren, als trüge er den Wünschen der Unternehmer nicht genügend Rechnung, um damit den sozialdemokratischen Führern das Argument zu geben: Seht doch, so schlimm kann es ja gar nicht sein, wenn selbst die Unternehmer sich darüber beschweren. Mit diesem faulen Dreh, mit diesem Spiel, bei dem sich SPD-Führer und Unternehmer gegenseitig die Bälle zuwerfen, ist bisher noch jeder Schandschiedsspruch zustandegekommen. Wenn die Unternehmer 15 Prozent verlangten, bekamen sie 10, und die Gewerkschaftsführer konnten die 5 Prozent Differenz noch als einen „Sieg“ hinstellen. Aber dieses Spiel bei der Hungersnot-Verordnung zu wiederholen, ist eine so schamlose Verhöhnung der Massen, daß die Spieler dabei erleben können, daß es seine Wirkung verfehlt.

Schon schreibt der „Vorwärts“ über die bevorstehende Entscheidung der Reichstagsfraktion unter der höchst irreführenden Ueberschrift: „Kriegsrat“, es fehle der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion „wahrlich nicht an Uebung in Fragen schwerer Verantwortung“, womit wohl die Uebung im Verrat an den Arbeiterinteressen gemeint ist, um dann wörtlich fortzufahren:

„Für die Sozialdemokratie ist es eine glatte Selbstverständlichkeit, daß sie den antisozialen Inhalt dieser Notverordnung nicht will, daß sie ihn bekämpft, daß sie ihn so rasch und so gründlich wie möglich beseitigen will. Ueber die Methoden (!) einer gründlichen Beseitigung wird man in der Fraktion ausführlich sprechen.“

Dann wird auseinandergesetzt, daß der Reichstag ohne arbeitsfähige Mehrheit und daß selbst wenn er die Notverordnung ablehnen würde, die Frage stünde, wer die neue Notverordnung erlassen soll. (!) Bei der zweiten Notverordnung habe die Sozialdemokratie die Ablehnung abgelehnt, aber in der Ausschußberatung eine „erhebliche Milderung der sozialen Härten“ erreicht. Das bedeutet nichts anderes als was ja bereits durch die Entscheidung des Parteitags völlig eindeutig war, daß auch diese Hungersnotverordnung von der Sozialdemokratie nicht abgelehnt, daß sie im besten Fall im Dunkel eines Ausschusses mit ein paar Schönheitspflästerchen und etwas Schminke für die Oeffentlichkeit hergerichtet werden soll. Wenn der „Vorwärts“ schließlich meint, die Massen müßten den Anschauungsunterricht zwischen den nationalsozialistischen und kommunistischen „Maulhelden“ einerseits und den sozialdemokratischen „Kämpfern“ andererseits durchmachen, und je länger dieser Anschauungsunterricht dauert, desto besser, dann kann er sich irren. Der „Anschauungsunterricht“ der Massen über den „Kampf“ der Sozialdemokratie dauert schon so lange, daß die Geduld der Massen zu Ende geht.

Jawohl, es ist ein „Kriegsrat“, den die SPD-Führer und die Reichstagsfraktion abhalten. Aber es ist ein Kriegsrat gegen die Arbeiterklasse und die gewichtigste Stimme in diesem Rate führt Brüning, führt das deutsche Finanzkapital.

So ist die Hungersnotverordnung das Programm aller Volksfeinde, das Programm aller bürgerlichen Parteien, nicht zuletzt der größten Partei des deutschen Bürgertums, der Sozialdemokratie. Aber das Volk steht auf. Barrikaden an der Ruhr. Ueberall dröhnen die Schritte der Hungerarmeen durch die Straßen der Städte. Die Verzweiflungsaktionen der Erwerbslosen häufen sich, und die Karabiner der Polizei versagen vor der unendlichen grauen Masse des Elends, die sich da heranwälzt.

Diese Massen haben auch ein Programm. Es ist das Programm des Freiheitskampfes, wie es die Kommunistische Partei aufgestellt und den Massen als Richtschnur ihres revolutionären Handelns gegeben hat. Die Kommunistische Partei, das Kraftzentrum der revolutionären Bewegung, ist die einzige Partei, die eine klare Antwort auf die Frage gibt, welcher Weg aus dem Elend führt. Sie sagt den Massen, daß es im Rahmen dieses Systems keine Rettung für sie gibt. Sie sagt den Massen, daß nur der Sieg des Sozialismus, daß nur die Beseitigung dieses Ausbeutersystems Arbeit, Brot und Freiheit bringt.

Aber sie antwortet auch auf die Tagesnöte der Hungernden. So wie sie im Bauernhilfsprogramm für die Millionen verelendeter deutscher Bauern ein Fanal der Hoffnung aufgerichtet hat, so hat sie im Arbeitsbeschaffungsprogramm, in diesem Plan der Arbeit für Millionen, den 4,5 Millionen Erwerbslosen ein konkretes Ziel ihres Kampfes gestellt.

Wir wissen, daß dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm die kapitalistische Krise nicht überwinden kann, daß es nicht die Lohnsklaverei beseitigt, aber was in diesem Programm vorgeschlagen wird, das wäre geeignet, heute schon die unerträgliche Not der Bevölkerung zu lindern.

Die Hungersnot-Verordnung bringt die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich und damit einen neuen allgemeinen Lohnraub.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm enthält die Forderung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die Forderung der Erhöhung der Renten, vor allem die Beschäftigungsmöglichkeit für Millionen bei Wohnungs- und Straßenbau, die zu tariflichen Löhnen beschäftigt werden sollen. Wir haben den Weg gezeigt, der dazu nötig wäre. Wir fordern die Streichung der Milliarden für Reichswehr und Polizei. Die Kürzung der hohen Gehälter für Pensionen. Die Besteuerung der Millionäre und Dividendenempfänger. Das ist das Programm des hungernden Volkes.

Die Hungersnot-Verordnung aber, die die Löhne weiter senkt, die den Erwerbslosen und Rentnern ihre Unterstützung raubt und keine Arbeit schafft, die die Aermsten besteuert und die Reichen frei ausgehen läßt, das ist das Programm der Ausbeuterklasse.

Zwei Programme — zwei Fronten. Aber in unserer, in der roten Klassenfront, steckt der ganze leidenschaftliche Wille der Millionen Werktätiger, die leben wollen und leben werden und die nicht gewillt sind, sich dem Hungerdiktat zu beugen. In der anderen Front aber drängt sich zusammen in bleicher Furcht die kleine Minderheit derer, die dieses Hungerdiktat über Deutschland verhängt haben, die kleine Minderheit derer, die Nutznießer dieser verfaulten Wirtschaftsordnung sind.

Nie war die Entscheidung leichter für die Arbeiterklasse, in welcher Front sie zu stehen hat. Für die Hungersnot, die die Brüning und Wels euch verordnen, oder für den Kampf der Hungernden, für die Forderungen der Kommunistischen Partei, für Arbeit, Brot und Freiheit!

Die Sturmzeichen über Deutschland, die Hungerrevolten in den großen Städten, der Aufmarsch der kampfbereiten Proletarier, das ist die Antwort der Massen auf diese Frage.

Diese Massen sind mit uns, sie marschieren und stoßen vor und sie werden siegen!

Strafverfahren gegen den „Eulenspiegel“

Der Berliner Polizeipräsident hat sich bemüßigt gefühlt, gegen die proletarisch-satirische Zeitschrift „Eulenspiegel“, die in letzter Zeit einen außerordentlichen Aufschwung genommen hat, einen Strafantrag zu stellen, und zwar wegen Beleidigung, Verächtlichmachung und Lächerlichmachung der Polizei. Der Anschuldigung liegt eine Satire zugrunde, die bereits im Dezember 1930 im „Eulenspiegel“ erschien.

SPD-Arbeiter kommen zur KPD

Die Antwort auf Leipzig

In Bonn sind die bisherigen sozialdemokratischen Stadtverordneten Preckel und Rutsch zur Kommunistischen Partei übergetreten.

In Leipzig ist der bisher sozialdemokratische Arbeiter Paul Robert Rast, der 30 Jahre der SPD angehörte, in die KPD eingetreten. Genosse Rast begründet seinen Uebertritt in einem Brief, in dem er ausführt, daß der Verlauf des SPD-Parteitages ihn endgültig von seiner Illusion geheilt habe, daß die SPD wieder zu einer Klassenkampfpartei werden könne.

In Flensburg (Schleswig-Holstein) haben drei alte SPD-Mitglieder und langjährige Funktionäre ihren Austritt aus der SPD erklärt und sind in die KPD eingetreten. Es sind dies die Genossen Friedrich Lange, M. Michelsen und ein weiterer Arbeiter. Auch diese Genossen erklären, daß ihr Schritt die Antwort auf den Leipziger Parteitag der SPD sei.

In Berlin-Wedding ist der Arbeiter Wilhelm Laberke zur KPD übergetreten. Genosse Laberke war seit 1909 Mitglied der SPD, seit 1907 Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes und vier Jahre lang im Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes. Innerhalb der SPD war Genosse Laberke Sektionsleiter und Abteilungsleiter. Da Genosse Laberke großen Einfluß bei den bisherigen SPD-Anhängern im Bezirk Wedding hat, ist zu erwarten, daß zahlreiche bisherige SPD-Arbeiter jetzt seinem Beispiel folgen werden.

Polizei und Nazis machen Jagd auf Arbeiter

Dresden, den 9. Juni. (Eig. Drahtm.)

Von ihrem Chemnitzer Aufmarsch in Lastautos zurückkehrende Nazis provozierten in Dresden-Löbtau einen Zusammenstoß mit Arbeitern, bei dem einige Nazis verletzt wurden. Die Polizei hatte nichts Wichtigeres zu tun, als eine umfangreiche Suche nach den beteiligten Arbeitern anzustellen, **wobei sie gemeinsam mit den Nazis in eine Versammlung der Roten Hilfe eindrang. Die Nazis stürzten sich sofort auf die Versammlungsbesucher, so daß sich auch hier eine Schlägerei entwickelte, die mehrere Verletzte forderte.**

Ein herbeigeeiltes Ueberfallkommando ließ die Nazihorden unbehelligt und verhaftete 15 Teilnehmer der RH-Versammlung.

SPD-Dolmetsch der Gefühle

Das Volksblättchen zur Hungersnotverordnung — man muß die Besitzenden an ihre Pflicht erinnern...

Einen elenden Krampf macht das „Volksblättchen“ im gestrigen sogenannten Leitartikel zur Notverordnung. Die politisch bankrotten Skribifaxe schrieben über die „unsoziale Notverordnung“, die weniger zu Lasten der Besitzenden ginge und mehr „zu Lasten derer, die ohnehin schon“ in erster Linie das wirtschaftliche Elend am eigenen Leibe zu spüren hätten. Mit Bitterkeit werde die Mahnung der Brüning-Regierung, die Größe und den Idealismus deutschen Volkstums wie in früheren Schicksalsstunden zu beweisen, aufgenommen. Der Idealismus der Notleidenden sei schon gar zu oft in Anspruch genommen worden, und es wäre wohl Zeit gewesen, endlich einmal „an die Pflicht der Besitzenden zu erinnern“!

Dem „Volksblatt“ genügt es schon, wenn die Besitzenden an ihre Pflicht erinnert werden! Das Blättchen schreibt weiter, daß eine „unsoziale Gesinnung“ aus der Notverordnung spräche und daß die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften sich zum Dolmetsch der Gefühle der notleidenden Massen machen würde!

Und man höre: Noch im Laufe dieser Woche sollen die schwer beschäftigten Vorstände der Organisationen zusammentreten und „Mittel und Wege prüfen“, die dem Schutze der sozialen Leistungen und der Erhaltung der Kaufkraft der Arbeiterklasse dienen sollen.

Ein weiterer Artikel ist betitelt: Die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung durch die Notverordnung und Sanierung auf Kosten der Armen. Das schreiben ausgerechnet die Leute, die die Notverordnung mit aller Konsequenz stützen und die auf ihrem Parteitag Brüning zum Siege verhalfen. Auf die Phrasen sozialdemokratischer Bonzen wird niemand mehr hineinfallen. Rebellierende SPD-Mitglieder geben überall die richtige Antwort:

sie treten aus aus der Partei des Arbeiterverrats, des Arbeitermordes und schließen sich der roten Klassenfront an.

SPD gegen Einberufung des Reichstages

Brünings „Germania“ hat gepfiffen, der sozialdemokratische Pudel gehorcht — „Luftstöße“ und „Theaterdonner“ nennt ausgerechnet die SPD-Presse die kommunistische Forderung auf Einberufung des Reichstages

Am Mittwoch findet die Sitzung des Aeltestenrates statt, die zu dem kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages Stellung nehmen wird. Da bekanntlich die Nationalsozialisten dem kommunistischen Vorgehen nachgehinkt sind und Hugenberg in einer Rede am Sonntag in Minden i. W. gleichfalls ankündigte, daß die Deutschnationalen zur Sitzung erscheinen und ebenfalls für die Einberufung des Reichstages stimmen werden, so liegt es wiederum nur an der Sozialdemokratie, ob der Reichstag einberufen wird oder nicht. Ueber die Notwendigkeit der Einberufung ist nicht mehr zu diskutieren. Die Hungersnotverordnung hat eine so tiefe Erregung und Empörung in allen Bevölkerungsschichten hervorgerufen, so daß zweifellos im Volk eine Mehrheit für die kommunistische Forderung vorhanden ist.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat bereits seine Stellungnahme festgelegt. Die SPD-Vertreter im Aeltestenrat werden **gegen den kommunistischen Antrag stimmen.** Daß die Entscheidung schon gefallen ist, das verrät mit aller wünschenswerten Deutlichkeit der Leitartikel des „Vorwärts“ vom Sonntag, in dem man folgendes lesen kann:

„Nationalsozialisten und Kommunisten können sich damit begnügen, ihren sogenannten Kampf mit leeren Luftstößen zu führen. Von der Sozialdemokratie aber soll man wissen, daß sie, wenn sie schlägt, auch trifft.“

Diese literarischen Kraftmeiereien täuschen keinen denkenden Arbeiter darüber hinweg, daß die Sozialdemokratie drauf und dran ist, erneut für Brüning in die Schanze zu springen um auch diese aufreizende Notverordnung zu retten. Am Schluß seines Artikels unterstellt der „Vorwärts“ seinen Anhängern, daß sie mit dieser Politik einverstanden sind. Wörtlich heißt es dann:

„... und darum erwarten wir von ihrer Reichstagsfraktion mehr als bloßen Theaterdonner. Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird es sein, gegen den antisozialen Kurs der Regierung Brüning einen Kampf zu organisieren, der vielleicht nicht im Handumdrehen zur Entscheidung kommt, aber in der Endwirkung den Erfolg bringt.“

Wenn die Sozialdemokratie gegen die Einberufung des Reichstages stimmt, was jetzt schon feststeht, dann führt sie nur den direkten Befehl der Brüning-Partei durch. In einem Artikel der „Germania“, dem Berliner Blatt Brünings (Sonntag, 7. Juni), der sich mit dem Leipziger Parteitag beschäftigt, heißt es:

„Die erste Entscheidung betrifft die Frage, ob die Fraktion (der SPD) sich den bereits vorliegenden Anträgen auf Einberufung des Reichstages anschließen solle oder nicht ... Er entscheidet nach Lage der Dinge zugleich auch über Ende oder Fortdauer der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik. Die Sozialdemokratie ist sich ... nicht im unklaren darüber, welch weitreichende Konsequenzen durch die Entscheidung der Fraktion möglicherweise ausgelöst werden können.“

Das ist eine eindeutige Drohung. Mit dem entsicherten Revolver des Auffliegens der preußischen Regierung hat das Zentrum schon in der Vergangenheit immer einen durchschlagenden Erfolg bei der SPD gehabt. Auch diesmal wird es nicht anders werden. Der gehorsame sozialdemokratische Pudel springt, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ einmal sehr richtig schrieb, über jeden Stock, den Brüning ihm vorhält.

Nazi-Leutnant Ludin aus der Festung entlassen

Der Kommunist Scheringer brummt weiter

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 9. Juni.

Wie die Hugenbergsche Telegraphenunion meldet, ist der zusammen mit dem Genossen Scheringer im Leipziger Reichswehrprozeß verurteilte Leutnant Ludin auf Grund eines Gnadengesuches an den Reichspräsidenten am Sonnabend früh aus der Festungshaft entlassen worden.

Der ehemalige nationalsozialistische Leutnant Scheringer ist während seiner Festungshaft Kommunist geworden. Leutnant Ludin ist diesen Weg nicht gegangen. Er ist Nationalsozialist geblieben. Deshalb muß der eine weitersitzen, während der andere durch Gnadenerlaß in die Freiheit gesetzt wird. Selbst das „Berliner Tageblatt“ spricht von „zweierlei Maß“.

Maschinengewehre gegen Streikende

Durch Massendruck Aufhebung eines Versammlungsverbotes erzwungen

Augsburg, den 9. Juni. (Eig. Drahtm.)

Eine bisher beispiellos dastehende Polizeiprovokation spielte sich hier gegen im Streik befindliche Textilarbeiter ab. Als in einer vom roten Kampfausschuß einberufenen Streikversammlung der Landtagsabgeordnete Dressell im Auftrage der KPD und RGO das Wort ergreifen wollte, stürmte plötzlich ein Polizeihauptmann in den Saal und erklärte die Versammlung für aufgelöst. Zugleich umzingelten zwei Hundertschaften mit Gewehr bei Fuß das Versammlungslokal, während gegenüber dem Saalausgang zwei Maschinengewehre mit der Schußrichtung auf ... postiert waren!

Der Versammelten und der Bevölkerung in den anliegenden Straßen bemächtigte sich eine derartige Erregung, daß der Polizeioffizier das Verbot der Versammlung auf Grund des Massenprotestes wieder zurücknehmen mußte.

Kommunisten vor die Front!

Alle Kraft für die Durchführung der ZK-Beschlüsse

Die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur hat die neue ungeheuerliche Notverordnung dem hungernden Volke diktiert. Jetzt heißt es: Kommunisten vor die Front! Führt die Beschlüsse des Zentralkomitees durch, das euch in seiner Plenarsitzung vom 14. und 15. Mai folgende Aufgaben gestellt hat:

Wirkliche Mobilisierung der ganzen Arbeiterklasse. Rascher und fester Aufbau der RGO. Gesteigerte, intensive, systematische und andauernde Oppositionsarbeit in den reformistischen und christlichen Verbänden. Stärkster Kurs auf die Großbetriebe, Schaffung und Politisierung der Betriebszellen. Aufbau des revolutionären Vertrauensleutekörpers. Schaffung und Aktivisierung von Betriebsgruppen der RGO. Größtmöglichste Belebung der Erwerbslosenbewegung. Steigerung unseres Einflusses unter der proletarischen Jugend. Mobilisierung der Frauen. Verstärkter Kampf um die Gewinnung der SPD-Arbeiter. Fortsetzung unserer Offensive gegen die Nationalsozialisten. Verstärkte Gegenoffensive auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Hinaus aufs Land!

Eure Antwort auf Brünings Diktaturverordnung: Verhundertfachung eurer Arbeit, entsprechend den zentralen Beschlüssen. Vorwärts, mit den Massen im Kampf gegen Brüning, die soziale Reaktion und den Faschismus!

Verstärkt die Werbung in den Betrieben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310609-17/fragment/page=0002

Heraus mit den acht schwarzen Jungarbeitern!

Die weiße Schmach von Alabama

Scottsboro — ein Signal des Klassenkampfes

Der Kampf den die amerikanische Rote Hilfe und die hinter ihr stehenden Arbeitermassen gegen das Schandurteil von Scottsboro führen, bezweckt nicht allein die Befreiung der acht Neger-Jungarbeiter, sondern ist ein wuchtiger Aufmarsch für die elementaren Rechte der Negermassen, die ihnen unter dem amerikanischen Kapitalismus verweigert werden.

Dieser Kampf ist ein Bestandteil des Klassenkampfes. Er wird gegen das gesamte System der weißen Unterdrückung und gegen das Lynchgesetz geführt, sowie gegen das Privileg der Grundbesitzer und Kapitalisten des Südens, welche die Neger verfolgen und sie unbestraft mißhandeln und ermorden.

In allen Teilen der Vereinigten Staaten hetzt die Bourgeoisie die weißen Arbeiter gegen die Negermassen auf. Seit der großen Wirtschaftskrise verstärkt sie die schändliche Politik der Rassenhetze, um die Aufmerksamkeit der weißen und schwarzen werktätigen Massen von ihrem Elend und ihrem Hunger abzulenken. Die Folgen dieser teuflischen Hetze drücken sich in den folgenden Zahlen der Opfer der Lynchjustiz aus:

Im Jahre 1930 wurden über 40 Negerarbeiter gelyncht, von Januar bis Ende April 1931 sind schon 15 Neger durch die von Kapitalisten und Landbesitzern aufgehetzten Pöbelhaufen ermordet worden.

Während des Prozesses gegen die Negerjungarbeiter erreichte die Rassenhetze ihren Höhepunkt. An einem Tage wurden zwei Negerarbeiter im Staate Tennessee und ein Neger im Staate Mississippi gelyncht, zwei andere in Atlanta (Georgia) und Birmingham wurden schwer verwundet.

Dieser ganze Terror bezweckt, in den Herzen der Millionen arbeitslosen Negerarbeiter und »farmer, die der Hungersnot preisgegeben sind, Furcht zu erwecken und sie gegen die weißen Klassengenossen, deren Lage nicht besser als die ihrer schwarzen Brüder ist, aufzureizen und dadurch den gemeinsamen Kampf der schwarzen und weißen Arbeiter gegen die Kapitalisten und Großgrundbesitzer zu verhindern.

Sowjetfeindliche Provokationen in Lettland

Revolutionäre Protestkundgebung im lettischen Parlament

Riga, 8. Juni. Die Arbeiter- und Bauernfraktion brachte im Sejm eine Interpellation über die sowjetfeindlichen Demonstrationen anläßlich der am 12. Juni bevorstehenden Zehnjahresfeier der lettländischen Flotte ein.

Bei der Begründung der Interpellation wies der Vertreter der Arbeiter- und Bauernfraktion, Jerschow, darauf hin, daß die Flottendemonstration gegen die Sowjetunion eine psychologische Vorbereitung zur bewaffneten Intervention sei. Das wäre durch verschiedene Tatsachen bestätigt, und zwar durch die Aktivität der russischen Weißgardisten, durch die Besuche russischer Generale in sowjetfeindlichen Ländern usw.

Als Jerschow zum Schluß erklärte, daß die Arbeiter im Falle eines imperialistischen Krieges wohl wissen würden, auf welcher Seite sie stehen müssen, erteilt ihm der Sejmvorsitzende einen Ordnungsruf.

43 Millionen Hektar

Die Winteraussaatfläche in der Sowjetunion

Moskau, 8. Juni. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Der Volkskommissariat der Sowjetunion setzte die Winteraussaatfläche im laufenden Jahr auf 43 Millionen Hektar fest. Die Sowjetwirtschaften bauen planmäßig 2 800 000 Hektar, die Kollektivwirtschaften 26 Millionen Hektar an. Der Rest wird von Einzelbauern angebaut.

Die KP. Rumäniens im Vormarsch

Grandioser Wahlerfolg trotz wütenden Polizeiterrors. Schwere Niederlage der Sozialdemokratie

Wien, 8. Juni. Aus Bukarest wird gemeldet: Nach dem von der Regierung veröffentlichten Endergebnis der Wahlen zum Parlament hat der unter der Führung der verbotenen Kommunistischen Partei stehende Arbeiter- und Bauernblock 73 411 Stimmen (38 000 Stimmen bei den letzten Wahlen) und damit fünf Mandate erobert.

Die Sozialdemokraten, die mit Unterstützung der Regierung in weit mehr Wahlbezirken kandidieren konnten und die auch nicht unter dem Wahlschwindel litten, erhielten bloß 80 000 Stimmen und 6 Mandate gegenüber 9 Sitzen im aufgelösten Parlament.

Die Ergebnisse aus einzelnen Wahlbezirken zeigen noch deutlicher die Fortschritte des Arbeiter- und Bauernblocks. So stiegen in Bihor die für den Arbeiter- und Bauernblock abgegebenen Stimmen von 5910 bei den letzten Wahlen auf 9077 gegen 1618 für die Sozialdemokratie abgegebene Stimmen; in Arad von 3764 auf 5786 gegen 3289 für die Sozialdemokratie. In Timisoara wurden 10 491 Blockstimmen gegen 5701 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

In den Siebenbürger Wahlbezirken Treiscaune, Maramures und Lugoj wurde die Einreichung der Kandidatenlisten des Arbeiter- und Bauernblocks gewaltsam durch die Gendarmerie verhindert, so daß die für den Arbeiter- und Bauernblock abgegebenen Stimmen nicht gezählt wurden. In vielen Orten wurden am Wahltage Massenverhaftungen sowohl von Kandidaten, als auch von Propagandisten des Arbeiter- und Bauernblocks vorgenommen.

Im Schiltale erschoß die Polizei während der Wahlkampagne den Spitzenkandidaten des Arbeiter- und Bauernblocks. In den Bezirken Hunadoara, Kerekes u. a. verhaftete sie sämtliche örtlichen Führer des Blocks. In Oradea konfiszierte die Polizei die Wahllegitimationen eines großen Teiles der Arbeiterwählerschaft und hinderte sie so an der Ausübung ihres Wahlrechtes.

Dazu kommt, daß sich die Wahlbestimmungen überall gegen die Beteiligung der Arbeiterschaft auswirken. Die Wahlen wurden an einem Werktage abgehalten. Gerade während der Mittagszeit, von 12 bis 3 Uhr, wurde aber die Wahlhandlung unterbrochen und in den Wahllokalen verblieb nur ein Gendarmeriebeamter. Ueberall war ein Gendarmerieoffizier Wahlleiter.

Polen will Danzig annektieren

Neue Zuspitzung des Konfliktes Polen—Danzig — Polen auf dem Wege des Kriegsabenteuers

Danzig, 8. Juni. In den Beziehungen zwischen Danzig und Polen ist eine neue Verschärfung eingetreten. Polen beabsichtigt, Militär nach Danzig zu legen, um auf diese Weise die Annexion vorzubereiten.

Die Sowjetpresse nimmt zu den Provokationen gegenüber Danzig in alarmierender Weise Stellung. „Iswestija" erklärt, die Verschärfung der Beziehungen zwischen Polen und Danzig sei darauf zurückzuführen, daß Polen an der Möglichkeit zu zweifeln beginne, Danzig ohne weiteres zu militärischen Zwecken auszunutzen, sie sei auch ferner zurückzuführen auf die österreichisch-deutschen Zollunionpläne. Polen versuchte Truppen nach Danzig zu legen, um so die Annexion vorzubereiten. Damit beabsichtige es, für den Fall des Zustandekommens der Zollunion eine entsprechende Entschädigung an der Westgrenze zu sichern.

Die Freie Stadt Danzig, so schließt der Artikel, kämpft um ihre Rechte. An der Wahrung dieser Rechte sind alle interessiert, denen am Frieden gelegen ist, insbesondere die Sowjetunion, die zu Danzig freundschaftliche und rege Handelsbeziehungen unterhält.

Weiße und schwarze Kumpels in einer Front

Bergarbeiterstreik in Pittsburg

Newyork, 8. Juni. In Pittsburg sind 9000 Bergarbeiter in den Streik getreten, der unter Führung der revolutionären Bergarbeitergewerkschaft steht. Seit Beginn des Streiks sind 3000 Bergarbeiter der revolutionären Gewerkschaft beigetreten. Die Streikenden fordern Lohnerhöhung, Durchführung des Achtstundentages und Anerkennung der Gewerkschaft.

Es wurde beschlossen, Massenstreikposten aufzustellen. An diesen Streikposten beteiligen sich sogar Frauen und Kinder. Es wurden bereits eine Reihe von Streikkomitees organisiert. Bei dem Streik sind die weißen und die Negerarbeiter vollständig solidarisch. Die Negerarbeiter beteiligen sich aktiv an der Führung des Streiks, obwohl viele von ihnen noch im Jahre 1927 als Streikbrecher nach dem Pittsburger Revier geschickt wurden.

Die Reformisten versuchen, die Führung des Streiks in die Hände zu bekommen, um ihn zu verraten. Der Genosse Foster, der vor 275 Delegierten des Streikkomitees eine Rede hielt, wurde begeistert empfangen. Auf der Konferenz wurde beschlossen, den ganzen Bezirk zum Streik aufzurufen.

Newyork, 8. Juni. Beim Jugendtag in Youngstown wurden 52 Teilnehmer verhaftet und in den Straßen fürchterlich gepriügelt. Sieben wurden ernstlich verwundet, darunter ein Kind von sieben Jahren. Dem energischen Auftreten der Arbeiter ist es gelungen, von den Behörden die Abhaltung einer Protestdemonstration zu erzwingen.

Hungerunruhen auf Kuba

Newyork, 8. Juni. In Santiago de Kuba drangen im Verlaufe eines Straßentumultes mehrere hundert Arbeitslose in das amerikanische Konsulat ein, um sich vor der Polizei und den Truppen zu schützen, die mit blanker Waffe und Tränengasbomben gegen die Demonstranten vorgingen. Andere Arbeitslose besetzten ein amerikanisches Hotel und verlangten Lebensmittel. Die Polizei nahm etwa 50 Verhaftungen vor.

Streik in Bilbao

Paris, 8. Juni. „Havas" berichtet aus Bilbao, daß heute die Bauarbeiter als Protest gegen das Blutbad in San Sebastian in den Streik treten. Außerdem protestieren die Gewerkschaften gegen die von den Unternehmern eingeführte Vier-Tage-Arbeitswoche ohne Lohnausgleich.

Neue Kerkerurteile in Ungarn

Wien, 6. Juni. Aus Budapest wird gemeldet: Am 3. Juni fand eine Verhandlung vor dem Kovacs-Senat gegen Zoltan Fürst und Genossen statt. Zoltan Fürst erhielt zwei Jahre zwei Monate Kerker, Lotte Glasner ein Jahr, Josef Zaberszky, Ede Blum, Frau Mikla Leitner, Josef Linka und Josef Feher je sechs Monate Kerker.

Wer seinen Sohn lieb hat züchtigt ihn

Aus einem großen antiklerikalen Roman v. Franz Braun

Die Kinder der Familie Gräve sah man selten lachen. Still und ernst schlichen sie in der Wohnung umher und auch von außen bemühte man sich wenig, Freude oder Lachen ins Haus zu bringen.

Wenn man jemanden von den Nachbarn, deren es in der Kolonie viele gab, gefragt hätte, warum das so sei, so hätte wohl keine noch so gesprächige Nachbarin eine rechte Antwort zu geben vermocht. Und doch gab es hierfür einen ganz natürlichen Grund: es war eine überaus fromme und kirchentreue Familie. Das Gebet ist ein Kind der Trauer, der Dunkelheit, der Lebe. Wo es erschallt, da fliehen Freude und Frohsinn.

Oster als in den anderen katholischen Nachbarhäusern hielten die Geistlichen der nahegelegenen Pfarrkirche dort Einzug. Das weckte den Neid der Nachbarn. Man war doch schließlich auch kein Heide . . . Sogar einer der Lehrer verkehrte dort im Hause. Das sollte viel heißen. Was Wunder also, wenn gerade die Gräveschen Kinder den andern in der Schule als Vorbild hingestellt wurden und die besten Zeugnisse nach Hause brachten.

Allerlei stille und gehässige Vermutungen knüpften hier an und konnte man einem solchen Meinungsaustausch beiwohnen, so verhehlte man nicht die Ansicht, daß das überhaupt keine richtigen Christen seien. „Sagen Sie doch selbst, gehört sich denn das, daß man seinen Kindern den Umgang mit Nachbarskindern verbietet, nur weil sie Protestanten sind? Was können die Kinder dazu?"

Dem folgte gewöhnlich ein Maß üblicher Gehässigkeit und aufgebrachter Neides.

Hinter den vier Fenstern aber ging alles seinen gemessenen Gang. Mit einer Ernsthaftigkeit, die nur wenig begründet war, hielt eines der zahlreichen Kinder einmal über das Maß der ersten Ausgelassenheit, das nicht allzu hoch bemessen war, hinaus, dann war gleich das gewichtige Wort der Mutter oder auch wohl ihre strafende Hand zur Stelle. Diese Hand führte eine nicht minder wichtige Sprache und war vor allem sehr gefürchtet. Jeder, der damit in Berührung kommen konnte, suchte derselben auszuweichen und, soweit es ging, seine Lebendigkeit zu zügeln. Das gab ernste Augen und blasse Wangen. Kinder, deren Geist wenig Leben und Freude durchtost, setzen schlechtes Blut an. Ist dieser Mangel noch von einer wenig reichlichen Nahrung begleitet, so werden mit zunehmendem Alter die Augen tiefer und tiefer.

Am Gräveschen Tisch ging es kärglich zu. Nicht, daß man nicht satt genug geworden wäre. Aber satt und satt ist zweierlei. Selten ist der Fall, daß jemand beide Arten kennenlernt, soviel Gutes auch eine solche Regelwidrigkeit mit sich bringen würde. Man lebt hier und sättigt sich oder man lebt da und wird satt gemacht.

Der Vater hatte eine harte Lebensschule hinter sich. Früh hatte es ihn von Hause fortgetrieben. Er war der älteste Sohn eines Schuhmachers aus dem Westfälischen. Seine Mutter, eine fromme, vom Leben zermürbte Frau, hatte er früh verloren. Der Vater war ein Trinker, der nach ihrem Tode bald wieder heiratete. Die neue Mutter, eine Protestantin, blieb dem Wesen des Knaben fremd. Sie versuchte die religiösen Neigungen, die in dem damals Dreizehnjährigen erwachten, mit brutalen Mitteln zu ertöten und was kommen mußte, kam: die Fremdheit wurde zur Abneigung. Gehässigkeiten, auch von seiten des Vaters der immer mehr dem Trunke anhing, waren die Folge. Der Knabe wurde seiner kindlichen Ueberzeugung zuliebe ein Märtyrer und erst die Flucht des Zwanzigjährigen machte dem Kampf ein Ende. Eine harte Militärzeit folgte, nach deren Ende er sich, herausgerissen aus allen Wurzeln der Kindheit und Familie, der Fabrik zuwandte. Die Stille des Landlebens hatte für seinen Geist, der nach nach Aufklärung und Wissen verlangte, keinen Reiz mehr. Die Blütezeit der aufkommenden Ruhrindustrie hatte begonnen. Hermann Gräve war einer der ersten, die ihrem verlockenden Ruf folgten.

Von Ort zu Ort warf ihn das Schicksal, bis er in Mülheim die Bekanntschaft des Mädchens machte, das seine Neigung auf sich zog und seinem unruhigen Wandern ein Ziel setzte.

Bei der Einweihung der neuen Pfarrkirche zu Mülheim-Styrum, die der Großindustrielle Thyssen erbaut und der Gemeinde vermacht hatte, sah er sie zum erstenmal und lenkte nun öfter seine Schritte dorthin. Er suchte ihr, so oft es ging, zu begegnen. Ein flüchtes Erröten und bald darauf ein scheues Grüßen, gaben ihm den Mut zu einer Annäherung.

Hermann Gräve siedelte nach Styrum über und nahm bald an allem kirchlichen und religiösen Leben teil. Innerhalb eines halben Jahres war er eine bekannte Erscheinung in den politischen und kirchlichen Vereinen der damals noch kleinen Gemeinde. Er wurde einer der eifrigsten Propagandisten der Zentrumspartei unter seinen Arbeitskollegen und zog sich dieserhalb neben mancherlei Sympathie viel Feindschaft zu. Je mehr jedoch die Widerstände und Anfeindungen wuchsen, umso fanatischer trieb es ihn auf seinem Wege. Er war ein aufrechter und lauterer Charakter, ein zu ehrlicher Verfechter seiner Interessen und der seiner Kollegen, daß man ihn hätte persönlich angreifen können. Zudem war er durchaus nicht von jener einseitigen Bildung, wie man sie oft bei Leuten seiner Umgebung findet. Er wich niemandem im theoretischen Kampfe aus, scheute keine Diskussion. Auf seinem Zimmer fanden sich Schriften und Bücher aus allen politischen Lagern.

Sein Hauptinteresse galt der aufkommenden Sozialdemokratie und in mancher Nacht saß er zu später Stunde noch über den Werken eines Lassalle, Bebel und anderer führender Männer seiner Zeit. Keine Versammlung wurde gehalten, die ihn nicht lockte. Vielerlei Anfechtungen bereitete ihm dieser hartnäckige Wille nach Wahrheit und Aufklärung. Seine religiöse Ueberzeugung überhob ihn immer wieder allen Zweifeln. Je mehr sie ihn überkamen, umso größer wurde sein Widerstand, umso bewußter der Wille, sie zu besiegen. Er wurde, ohne darum zu wissen, ein gefühlsmäßiger Fanatiker, dem die Qual seines Suchens zur Gewohnheit wurde und der doch im Vorhinein seines Sieges gewiß war.

An diesem Kampf ließ er Maria Siegel mehr und mehr teilnehmen. Sie war klug und wißbegierig und obgleich sie nicht imstande war, seinen Gedanken zu folgen, fühlte sie doch in allem seine grenzenlose Hingabe an die Religion. Sie glaubte an ihn, wie sie an Gott glaubte. Ihm aber wurde ihre Liebe zum stärksten Halt. Einigen Jahren des gegenseitigen Kennenlernens folgte eine kurze Brautzeit, und als sie in der neuerbauten Thyssenschen Arbeitersiedlung Wohnung fanden, zogen sie als Mann und Frau dort ein.

Für Hermann Grave schien des Lebens Erfüllung erreicht. Jahre der Arbeit und Entbehrung folgten. Die Kinderschar, die sich um den Familientisch sammelte, wurde größer und größer und der Verdienst blieb gering. Hermann Grave blieb jener nüchterne Mensch, der er vor seiner Verheiratung gewesen. Selten betrat er ein Wirtshaus und die drei oder vier Zigarren, die seine Frau Sonnabends aus der Thyssenschen Konsumanstalt mitbrachte, reichten zumeist auch noch für die kommende Woche hin.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310609-17/fragment/page=0003

Rund um den Erdball

Kölner Abtreibungsprozeß enthüllt furchtbares Bild der Not

Zwei Hausangestellte zu Tode operiert

Kölner Arbeiterinnen durch den Mordparagraphen 218 in die Hände einer Kurpfuscherin getrieben

Köln, 8. Juni. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich eine Hebamme aus Köln zu verantworten, durch deren unsachgemäße Behandlung zwei junge Hausangestellte unter entsetzlichen Qualen zu Tode „operiert" worden waren. Außerdem hat sich die Angeklagte durch fünf weitere gewerbsmäßige Abtreibungen gegen den Mordparagraphen vergangen. Mitangeklagt sind drei Frauen, denen sie geholfen hat, und drei Männer, die durch Rat und Tat Beihilfe geleistet haben.

Die Verhandlung offenbarte wieder einmal mit empörender Eindringlichkeit, wie gerade immer wieder nur die Arbeiterinnen durch den schändlichen kulturfaschistischen Paragraphen gezwungen werden, in der schwersten Stunde ihres Lebens die zweifelhafte Hilfe einer weisen Frau in Anspruch zu nehmen. Die angeklagte Hebamme, die ein umfassendes Geständnis ablegte, mußte im Jahre 1929 ihren Beruf aufgeben, da sie wegen einer verbotenen Abtreibung ins Gefängnis kam. Gefragt, warum sie trotz der Bestrafung sich wieder in Gefahr begeben hätte, antwortete sie wörtlich: „Was will man machen, wenn die Leute wissen, daß man als Hebamme einmal in eine solche Sache verwickelt war, spricht sich das rasch herum."

Im weiteren Verlauf der Verhandlung muß die Angeklagte zugeben, daß sie den verzweifelten Mädchen und Frauen für ihre Hilfe 50 bis 60 Mark abverlangt hat, in einem Fall sogar noch mehr. Erschütternd war die Vernehmung der jungen Zeugin, die durch die Not und ihre grenzenlose Verzweiflung zu der Kurpfuscherin getrieben wurde. Die Eltern wohnten auf dem Lande und durften von der Schwangerschaft ihrer Tochter nichts wissen. Das Elternhaus war ihr daher versperrt. In ihrer Not opferte sie dann ihre kärglichen Ersparnisse. Einige Monate später vermittelte sie einer Freundin die „Hilfe" der Angeklagten. Drei Tage nach dem Eingriff starb diese Freundin an den Folgen der Operation, für die sie 60 Mark gezahlt hatte.

Der zweite Todesfall der Angeklagten geschah einige Wochen später. Und zwar handelte es sich um eine junge Frau, die acht Tage vor ihrer Hochzeit stand. Diese Frau gab der Hebamme an, sie sei erst drei Monate schwanger. In Wirklichkeit waren es aber bereits sechs Monate. Was unter diesen Umständen kommen mußte, geschah. Am Sonntagnachmittag wurde sie operiert und am Dienstagabend starb die Frau unter den gräßlichsten Qualen.

Gewiß werden die moralgeschwollenen Klassenrichter im Zentrum des rheinischen Katholizismus die ganze Schwere des Gesetzes auf die angeklagte Kurpfuscherin niederlaufen lassen. Und auch die drei mitangeklagten Frauen, die also zufällig nicht an den Folgen der unsachgemäßen Abtreibung gestorben sind, und deren Männer werden die Auswirkungen des Schandparagraphen zu spüren bekommen.

Wieviel Opfer wird dieser mörderische, nicht nur allein von der Arbeiterschaft bekämpfte Schandparagraph noch fordern, bis es endlich gelungen ist, ihm mit dem ganzen anderen Paragraphenwust der kapitalistischen Klassenjustiz zu beseitigen?

... und wo studieren deine Söhne, deutscher Bauer?

Agrar-Hochschule für Wolgadeutsche

Nur im Sowjetvölkerbund ist jede Nation gleichberechtigt

Der Wolgadeutsche Pressedienst meldet: In Pokrowsk wird in kürze auf Beschluß der Moskauer Zentralregierung eine Deutsche Landwirtschaftliche Hochschule eröffnet werden, die die sämtlichen deutschsprachigen Gebiete der Sowjetunion — vor allem die Wolgadeutsche Republik sowie die deutschen Rayone im Kaukasus, in der Ukraine und Sibirien — mit Agronomen versorgen soll.

Bei voller Entfaltung der Arbeit wird die Hochschule achthundert Studenten aufnehmen können. Es werden an ihr zwei Fakultäten, und zwar für Getreidewirtschaft und Viehzucht, bestehen. Der Studiengang umfaßt drei bis vier Jahre. Der Lehrplan enthält neben den allgemeintechnischen und spezial-technischen sowie agronomisch-organisatorischen Disziplinen auch die gesellschaftlich-politischen Wissenschaften. Für die Hochschule wird im Pokrowsker Vorstadtgebiet ein neues Gebäude errichtet, das im kommenden Jahr bezugsfertig sein soll. Die Hochschule wird u. a. über ein Versuchsfeld und über mehrere Viehherden verfügen.

Mit der Eröffnung dieser Hochschule zeigt die Sowjetregierung wieder einmal, wie ernst sie es mit der Durchführung ihrer Nationalitätenpolitik nimmt. Während der Zarismus stets bemüht war, nicht nur keine neuen deutschen Schulen zu eröffnen, sondern auch die bestehenden zu schließen, ja, die deutsche Sprache nicht nur ganz aus den Lehranstalten zu vertreiben, sondern sie überhaupt zu verbieten, unternimmt die Sowjetregierung alles in ihren Kräften stehende, um der deutschen Bevölkerung in den verschiedenen Gebieten des Sowjetbundes die Möglichkeit zu geben, sich ihre deutschen Spezialisten heranzubilden.

Das geschieht also für die Deutschen unter dem viel verlästerten Sowjetregime. Und deine Söhne, deutscher Bauer, kannst du sie auch auf landwirtschaftlichen Hochschulen studieren lassen?

Böses Ende eines Streites

Im Tierpark Hellabrunn-München wurde ein Elefant von einem anderen Dickhäuter im Streit so gestoßen, daß er in den Graben stürzte, der den Elefanten von der Freiheit trennt. Das Tier konnte sich nicht aus seiner Lage befreien, da es an den glatten Wänden ausrutschte. Erst der Feuerwehr gelang es, das Tier mit mehreren Flaschenzügen herauszuziehen

Neubauten ...

Da betrachten sich zwei Baukapitalisten, nachdem die Arbeiter Feierabend gemacht haben, ihren neuesten Neubau. Sagt plötzlich der eine zum anderen: „Geh doch mal oben ins Nebenzimmer und horch, ob die Wand schalldicht ist. Ich werd hier 'n paar Worte sprechen." —

„Rhabarbarrabarbarrabarbar. . . . ."

Als der andere zurückkommt, fragt der Rhabarbermann: „Na, wie war's, hast du mich gehört?"

„Was heißt gehört. Gesehen hab ich dich!"

Drei Kinder getötet

Mit durchgehenden Pferden auf der Todesfahrt

Nürnberg, 8. Juni. In der Nähe des Eiselortes Büchel ereignete sich ein entsetzliches Unglück, das den Tod dreier Kinder zur Folge hatte. Ein Landwirt befand sich mit seinen drei noch nicht schulpflichtigen Kindern auf dem Felde, als plötzlich die Pferde mit dem Fuhrwerk durchgingen, auf dem die Kinder saßen. Sie wurden vom Wagen geschleudert und getötet.

Mit Gasmaske und MG.

Im Rahmen eines bürgerlichen Sportfestes wurde in Berlin auch Hindernislaufen mit schweren Maschinengewehren unter Benutzung von Gasmasken und Rauchbomben gezeigt. Unser Bild hält einen Augenblick dieses Bürgerkriegssportes fest

Die Indianer gehen!

Im amerikanischen Teil der Internationalen Kolonialausstellung gastiert eine Indianermusikkapelle als Anreisekerntruppe. Die Rothäute zeigen sich natürlich in ihrer Kriegsausrüstung, die das Publikum noch mehr anzieht als die Musik. Den armen Indianern ist aber die geldliche Unterstützung von amerikanischer Seite ausgeblieben, so daß sie der Ausstellungsleitung nun ihre Abreise erklärten.

Chinesische Wollhandkrabbe in der Oder

In der Oder wurde von einem Fischer in einer Aalreuse die erste Wollhandkrabbe gefangen. Demnach scheint sich dieser gefährliche chinesische Schädling auch in der Oder auszubreiten.

Deutscher Dirigent für Leningrader Oper

Der deutsche Dirigent Professor Julius Ehrlich ist von der Sowjetregierung zum Leiter der Staatlichen Oper in Leningrad ernannt worden. Weitere deutsche Künstler sollen nach der Sowjetunion berufen werden.

Riesenbrand in einer amerikanischen Stadt

In Norfolk (Virginia) brach ein Feuer aus, das sich mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete und mehrere Straßenzüge mit zahlreichen Geschäfts- und Lagerhäusern vernichtete.

Furchtbares Eisenbahnunglück in Oberschlesien

Zwei Züge ineinandergerast

Lokomotivführer getötet — 26 Arbeiterturner verletzt

Beuthen, 8. Juni. In den späten Abendstunden des Sonntag fuhren auf der Bahnstrecke Beuthen-Brynek am Ausgang von Pilzendorf zwei Personenzüge mit voller Wucht zusammen. Dabei wurden 12 Personen schwer und 15 leicht verletzt. Besonders schwer sind die Verletzungen des Lokomotivpersonals und einiger Reisenden aus den ersten Wagen.

Der Lokomotivführer konnte erst eine Dreiviertelstunde nach dem Zusammenstoß aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Die Maschinen, Tender und die ersten Wagen der beiden Züge wurden stark beschädigt. Bald nach dem Unfall trafen ein Hilfszug der Reichsbahn sowie zahlreiche Feuerwehren und Sanitätskolonnen an der Unfallstelle ein. Die Schwerverletzten wurden durch Polizeikraftwagen in das Knappschaftslazarett Rokittnitz gebracht. Die Leichtverletzten, zumeist von einem Turnfest heimkehrende Arbeitersportler, fanden zunächst Aufnahme im Hilfszug.

Die Strecke Mikultschütz — Brynek ist ein neugebautes eingleisiges Verbindungsstück für die Nebenbahn Beuthen—Kreuzburg, die gebaut worden war, weil ein Teil der alten Linie Beuthen—Kreuzburg durch die neue polnische Grenze zerschnitten wird.

Schuld an dem Unglück hat nach offizieller Meldung angeblich der Lokomotivführer, der kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus verstorben ist. Er sollte eigentlich auf der Station Gegenzug erst auf der nächsten Station zu erreichen und hat Wieszowa auf den Gegenzug warten, glaubte aber, denn ohne Abfahrtsignal los.

Am Wochenende: Der neue „Rote Stern"

Großformat / Verstärkter Umfang / In Zukunft alle 14 Tage / Werbt neue Leser

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310609-17/fragment/page=0004

Die deutsche Partei zu den Beschlüssen der Internationale

Das XI. Plenum des EKKI. und die Aufgaben der KPD.

Referat des Genossen Hermann Remmele auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPD. am 14. Mai 1931

Die Probleme des XI. Plenums

Wenn der Generalstab der Kommunistischen Internationale zu einer Tagung zusammentritt, dann sind die Debatten und Beschlüsse von der allergrößten Bedeutung für die Arbeiterklasse und alle Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt.

Das 11. Plenum hatte für die Kommunistische Partei Deutschlands noch eine besondere Bedeutung: Genosse Manuilski hat in seinem großen Referat dargelegt, daß in den letzten Jahren die KPD. im Verhältnis zu den anderen Sektionen der Komintern große Fortschritte gemacht hat. Daraus folgt aber, daß auch die Aufgaben, die Verpflichtungen der KPD. gegenüber der Komintern und den Brudersektionen andere, größere werden müssen.

Die KPD. ist eine der Sektionen der Komintern in den kapitalistischen Ländern, die der Lösung der Generalaufgabe des 6. Weltkongresses und 10. Plenums, der Eroberung der Mehrheit des Proletariats, am nächsten gekommen ist. Unsere Partei wurde den anderen Parteien als Vorbild hingestellt, weil sie in Theorie und Praxis auf dem Boden des Marxismus und Leninismus die Mittel und Methoden herausarbeitete, mit denen der revolutionäre Klassenkampf mit dem größten Erfolge geführt werden. Daher auch die Aufforderung an alle anderen Sektionen der Komintern, bei der deutschen Partei zu lernen, und umgekehrt die Aufgabe für die deutsche Partei, die anderen Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder in jeder Weise zu unterstützen und den Parteien zu helfen, die richtigen Kampfpositionen zu beziehen.

Mit welchen Problemen beschäftigte sich das 11. Plenum? Es gab zwei Tagesordnungspunkte:

1. Die politische und ökonomische Weltlage und 2. Die Kriegsgefahr.

Zum ersten Punkt referierte Genosse Manuilski für die Kommunistische Internationale, Genosse Thälmann über die deutschen Aufgaben und die Rolle der KPD., Genosse Lenski berichtete über die polnischen Fragen, Genosse Schemodanow, der Sekretär der Kommunistischen Jugendinternationale, für die KJI. und schließlich machte die Diskussion noch ein zusätzliches Referat des Genossen Kuusinen über die nationale Frage notwendig.

Das Referat zum zweiten Punkt, über die Kriegsgefahr, die Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion und die Aufgaben der kommunistischen Parteien hielt der Genosse Pachtin.

Das Referat des Genossen Manuilski

Das Referat des Genossen Manuilski beschäftigte sich erstens mit der Krise des kapitalistischen Systems und dem wachsenden Aufschwung des Sozialismus in der Sowjetunion, 2. mit der Bedeutung der zwei Weltwirtschaftssysteme. Zweitens mit der Verschärfung des Klassenkampfes, dem revolutionären Aufschwung und der Steigerung der Voraussetzungen der revolutionären Krise. Drittens mit der Sozialdemokratie als der Hauptstütze der Bourgeoisie und viertens mit dem Zustand der Sektionen der KI., ihren nächsten Aufgaben und vor allem dem Hauptproblem, auf das sich sowohl Referate als Diskussionsreden konzentrierten: mit dem Zurückbleiben der kommunistischen Parteien hinter den revolutionären Möglichkeiten.

Besonders wichtig war die theoretische Auseinandersetzung über den Begriff der politischen Krise und revolutionären Krise. Die scharfe theoretische Herausarbeitung des Begriffes wurde notwendig durch den Mißbrauch des Begriffes „politische Krise", wie er in einer Reihe von Sektionen der Komintern vorgekommen ist.

Dabei steht fest, daß Lenin wie auch Marx in all ihren Schriften den Begriff „politische Krise" gleichsetzten mit dem Begriff „revolutionäre Krise". Die Komintern wendet sich gegen eine scholastische Abgrenzung zwischen politischer und revolutionärer Krise.

Dem Referat des Genossen Manuilski folgte das

Referat des Genossen Thälmann

Ich will nur in groben Umrissen das sehr ausführliche und gründlich vorbereitete Referat skizzieren: Genosse Thälmann behandelte zunächst die Lage des deutschen Kapitalismus und die Aufgaben unserer Partei. Zweitens behandelte er die Bedeutung des sozialistischen Aufbaues der Sowjetunion für die revolutionäre Propaganda in den kapitalistischen Ländern und gab eine umfassende Begründung für unsere Propaganda des revolutionären Ausweges. Drittens stellte Genosse Thälmann das Problem des Versailler Systems, die Wirkung der Younglasten und die daraus folgende Verschärfung der Lage nicht nur in Deutschland, sondern für die ganze europäische Welt klar. In diesem Zusammenhang sprach er über den Kampf, den wir mit unserem Freiheitsprogramm in der Linie der Entlarvung der Nationalfaschisten und der Liquidierung des Masseneinflusses der Sozialfaschisten geführt haben.

Im zweiten Abschnitt seines Referates erörterte Genosse Thälmann die Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland und das Wachstum der Voraussetzungen der revolutionären Krise unter den besonderen Gesichtspunkten, die für Deutschland bedeutsam sind. In diesem Zusammenhang klärte Thälmann die Frage: Wer ist der Hauptfeind? Verschiedene Genossen und Sektionen stellten auch diese Frage wieder schoolastisch: Sozialdemokratie — die Faschismus — wer von beiden ist der schlimmste, gefährlichste? Thälmann stellte die These auf: Der Hauptfeind ist die Bourgeoisie. Ihr schlimmster und gefährlichster Helfershelfer ist jener, der in einer bestimmten politischen Situation, je nach der Bedeutung und Rolle, die er spielt, stärker hervortritt als der andere Lakai und infolgedessen auch stärker geschlagen werden muß als jener.

Genosse Lenski, Polen, schilderte die scharfe Wirtschaftskrise in Polen, den Pilsudskifaschismus, die Differenzen im Lager der polnischen Bourgeoisie, des Pilsudskiblockes, der PPS., die Lage in der KP. Polens, die Abrechnung mit den Rechten und die Fehler, die die Partei machte. Ein Teil der Partei versagte bei den westukrainischen Bauernaufständen, wo die Gutshöfe angezündet wurden, Militär einrückte und monatelang ein Bürgerkrieg tobte. Das Zentralkomitee hat diesen schweren Fehler korrigiert, die westukrainische Organisation auf die Beine gebracht, um die Bewegung der Bauern auf unsere Seite zu ziehen. Genosse L. schilderte dann die schwierigen Kämpfe während der Illegalität und die Erfolge der Partei in der Auslösung von Lohnbewegungen und der Schaffung roter Gewerkschaften.

Genosse Schemodanow von der Kommunistischen Jugendinternationale gab einen Bericht über die Lage in der KJI., der die Stellungnahme des ZK. der KPD. gegenüber der alten Leitung der KJI., die eine opportunistische Linie bezogen hatte, vollkommen rechtfertigte. Die deutsche Delegation hat in der Jugendkommission das sorgfältig vorbereitete umfangreiche Material ausgebreitet und der neuen Leitung empfohlen, nicht den Fußtapfen der alten Leitung zu folgen.

Das Referat des Genossen Kuusinen über die nationale Frage ergab sich aus Schwankungen und Schwierigkeiten der komplizierten Lage z. B. in Polen, China und anderen Ländern.

Zwei Systeme stehen sich gegenüber

Nun zu dem Hauptproblem, unter dessen Gesichtspunkt man alle Verhandlungen, die auf dem Plenum geführt wurden, beachten muß: die zwei Wirtschaftssysteme, die heute die Welt beherrschen.

Das sozialistische Wirtschaftssystem der Sowjetunion kann heute nicht mehr hinweggeleugnet, verspottet oder verhöhnt werden. Bis zu den schlimmsten Feinden der Sowjetunion hat ein gewaltiger Kursumsturz stattgefunden, wie wir ihn noch niemals in der ideologischen Orientierung erlebt haben. Das hat seine Gründe, vor allem darin, daß der gigantische Aufschwung der Wirtschaft des Sozialismus zusammenfällt mit dem Bankrott des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Das ist es, was die Weltorientierung der ganzen Menschheit bestimmt. Diese Fragen der zwei Systeme wurden in den Mittelpunkt gestellt als die Hauptorientierung für die gesamte revolutionäre Bewegung und alle kommunistischen Parteien.

Die Krise des kapitalistischen Systems

Was sehen wir in der kapitalistischen Welt? Welches sind die besonderen Eigentümlichkeiten der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise? Auf dem Januar-Plenum wurde schon auf eine Reihe dieser Eigentümlichkeiten hingewiesen. Das, was die gegenwärtige Krise am schärfsten von früheren Wirtschaftskrisen unterscheidet, ist die Tatsache, daß jene Mechanik, die nach den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus die Wirtschaftskrise überwindet und diese wieder der Konjunktur Platz machen läßt, daß diese Mechanik in der gegenwärtigen Krise, wenn zwar auch nicht vollkommen ausgeschaltet, so aber doch stark gehemmt ist. Das ist die besondere Eigentümlichkeit der gegenwärtigen Krise, die verursacht ist durch den Monopolkapitalismus.

Die Mechanik der Krisenüberwindung erfolgt durch die freie Preisgestaltung auf dem Warenmarkt, durch das Niedergehen der Preise und damit die Auffaugung der vorhandenen Warenvorräte bzw. der Ueberproduktion, die alsdann wieder einem normalen Konjunkturaufstieg Platz macht. Der Monopolkapitalismus aber ist in der Lage, durch die Monopolpreise das Sinken der Preise für Fertigwaren zu verhindern bzw. aufzuhalten und dadurch die Krise zu verschärfen und unendlich lange auszudehnen.

Wir sehen heute ein rapides Sinken der Preise für alle Rohstoffe, besonders agrarischer Natur, dagegen Preishochhaltung, ja sogar teilweise Preissteigerung für die Bedarfsartikel der Fertigindustrie, die durch die Monopolpreise bestimmt werden. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß der Monopolkapitalismus die Krisen so verschärft und verlängert, daß sie zur allgemeinen, d. h. zur Generalkrise des ganzen kapitalistischen Systems werden. Wir haben es also nicht einfach mit der kapitalistischen Krise zu tun, sondern mit einer Wirtschaftskrise in der Periode des Monopolkapitalismus, die ganz andere, für die breiten Massen der Arbeitenden qualvollere und fürchterlichere Erscheinungen aufzuweisen hat, als die Krisen im Frühkapitalismus.

Die gewaltige Weltwirtschaftskrise hat in einigen Ländern einen Rückgang der Produktion um 20, 30 bis zu 50 Prozent und darüber hinaus in den entscheidenden Industriezweigen erzwungen. Die parasitären Eigenschaften der kapitalistischen Profitwirtschaft überwuchern. Der Sektor in der Industrie, der der Luxusproduktion für die herrschende Klasse dient, nimmt zu. Der andere Sektor für die Produktion von Produktionsmitteln und für den Bedarf des Massenkonsums nimmt gewaltig ab. Das ist ein weiterer Charakterzug der Krise im Monopolkapitalismus. Die Struktur des Kapitalismus ändert sich in solchen Krisen, die parasitären Eigenschaften des Monopolkapitalismus zeigen sich ganz offen.

Das dritte Merkmal ist die Vernichtung der Produktivkräfte im breitesten Umfange. In allen kapitalistischen Ländern liegen Millionen Menschenhände brach, verrosten Maschinen von Milliardenwerten.

Der Sozialismus in der Offensive

Der — geschichtlich gesehen — ausweglosen Krise des Kapitalismus steht schroff gegenüber der ökonomische Aufschwung der Sowjetunion. Geht die Produktion in den kapitalistischen Ländern um 25 bis 50 Prozent zurück, so steigt sie in der Sowjetunion gewaltig. Im Jahre 1928 betrug sie das Doppelte der Vorkriegszeit. 1932, nach Beendigung des Fünfjahrplans, wird die dreifache Produktion von 1913 erreicht.

Nicht der Kapitalismus befindet sich in der Offensive gegen den Sozialismus — der junge, kräftig wachsende und gewaltig aufsteigende Sozialismus ist es, der mit dem Fünfjahrplan einen so gewaltigen Sturmangriff unternimmt, wie keine Revolution jemals zuvor. Durch keine revolutionären Aktionen wurde der Kapitalismus so erschüttert, wie gerade gegenwärtig durch den sozialistischen Aufbau.

Das wirkt sich aus auch auf die machtpolitischen Verhältnisse. Dieselben Leute, die gestern noch über die Sowjetunion höhnten und lachten, sie gehen heute nach der Sowjetunion und betteln um Aufträge.

Kapitalisten erbetteln Aufträge

Die deutschen Industriellen hatten sich noch nicht verabschiedet, da kamen schon die polnischen Industriebarone unangemeldet angelaufen, dann kamen die Italiener, danach die Engländer und gegenwärtig berät die Industrie in Frankreich den günstigsten Zeitpunkt, um in Moskau Aufträge zu erbetteln.

Diese Herren, die ständig unter sich und auf dem Papier den russischen Kuchen aufteilen, laufen jetzt „im Wettbewerb" und verrenken sich das Rückgrat, um von der Sowjetunion einen Kuchenkrümel, einige Abfallprodukte in Empfang zu nehmen. Das zeigt nicht nur die Kraft des Sozialismus, sondern zugleich den Umfang und die Tiefe der Krise des Kapitalismus.

Der „organisierte Kapitalismus"

Nun einiges über die Theorien des „organisierten Kapitalismus", in dem es keine Krisen mehr geben soll.

Es sei daran erinnert, daß Genosse Stalin auf dem XV. Parteitag der KPSU. im Sommer 1928 schon ankündigte: Wir stehen vor einer neuen großen Erschütterung des kapitalistischen Systems, vor einer neuen Krise. Auf dem VI. Weltkongreß versuchte die Richtung Bucharin-Ewert, das zu leugnen. Damals spottete auch die Sozialdemokratie. Wie richtig hat die Komintern unter Führung von Stalin ihren Kurs auf jene Ereignisse genommen, die heute niemand mehr bestreiten kann!

So dumm und kindisch auch alle Theorien der bürgerlichen Oekonomen, jener Keynes, Kassel, Irving, Fischer usw., waren —

schmählicher als das sozialdemokratische, ist noch niemals ein theoretisches Lügengebäude zusammengebrochen.

Hilferdings Theorie zerplatzt

Was erzählte Hilferding in Kiel nicht alles über den organisierten Kapitalismus? Was erzählte der Schakelpolitiker Tarnow über die Wirtschaftsdemokratie? Ist euch noch das Geschwafel von Naphtali, Nölting und Braunthal im Gedächtnis?

Ich will nur noch hinweisen auf die theoretischen Leuchten des Austromarxismus, die 1930 in der „Wiener Arbeiterzeitung" eine gewaltige Theorie zurechtfrisierten, nach der im „organisierten Kapitalismus" alle Anarchie und zyklischen Krisen überwunden und überflüssig sind und durch „planmäßige Weltwirtschaft" ersetzt werden. Dieselben „Theoretiker" müssen ein Jahr später schreiben: „Die Bewegung wird auch in Zukunft zyklisch vor sich gehen." Und sie mußten zunächst zugeben, daß die Krisenperioden wahrscheinlich länger und schärfer, und die Aufschwungperioden kürzer und schwächer sein werden.

Unter dem Druck der rebellierenden Massen müssen sich die Theoretiker der 2. Internationale zu weiteren Zugeständnissen bequemen.

Otto Bauers Bankrott

Das letzte Buch von Bauer stellt gezwungenermaßen fest, daß in der Sowjetunion der Aufbau des Sozialismus begonnen hat und daß es die Bolschewiki in Rußland richtig gemacht haben.

Aber: in den kapitalistischen Ländern kann man das nicht so machen, dort seien Kriegsrüstungen und Machtmittel des Staates so gewaltig gewachsen, daß keine unbewaffnete Arbeiterbewegung dagegen ankämpfen kann. Da gibt es nur einen Weg: Demokratie, Mehrheit des Volkes durch das Parlament und dann Beschluß auf Sozialisierung. „Allerdings, wenn die Bourgeoisie dann zum Faschismus, zu Terrormethoden gegen die Mehrheit übergeht, dann steht man dem machtlos gegenüber." Aehnlich schreibt Fritz Adler und sogar die weißgardistischen Emigranten anerkennen den sozialistischen Aufbau.

Was zeigt das? Die Sozialdemokratie kann die alte Verleumdungswalze gegen die Sowjetunion nicht länger drehen, weil selbst der fanatischste SPD.-Arbeiter diese Lügen nicht mehr glaubt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310609-17/fragment/page=0005

Die Perspektiven der Wirtschaftskrise

Wie lange wird die Krise noch dauern? Die schwache Entlastung auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Frühjahrswochen läßt einige Leute die Frage stellen: ist das schon der Ausgang der Krise, der Uebergang in die Depression, die Entspannung? Unsere Daten besagen: das ist nicht der Fall, die Krise nimmt noch zu, trotz erheblicher Einschränkung der Produktion ist auf allen Märkten noch eine Steigerung des Ueberangebotes bei allen Rohstoffen. Und das trotz nunmehr fast zweijähriger Dauer dieser Krise.

Ich will hier noch an eine wichtige Tatsache erinnern: das chronische Defizit des Staatsbudgets. Alle Finanzkünstler können dieses Ding nicht mehr in Ordnung bringen. Ich deute diese Frage nur an.

Aus dieser Lage ergibt sich die beispiellose

Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse und die Notwendigkeit der Organisierung der Gegenoffensive des Proletariats durch die revolutionäre Führung.

Ich erinnere an die programmatischen Aeußerungen der Industriellen, die den Lebensstandard der deutschen Industriearbeiter auf den der Landarbeiter in den Agrarländern und der Kulis in China herabdrücken wollen. Die notwendige Ergänzung eines solchen ungeheuerlichen Ausbeutungsprogramms sind die gewaltsamen faschistischen Herrschaftsmethoden, die durch die Brüningregierung durchgeführt werden und deren Durchführung die Arbeiterklasse in gesteigertem politischen Massenkampf verhindern muß. Diese Faschisierung dient den Interessen des Monopolkapitals.

Einige Ziffern über die Weltarbeitslosigkeit: Das X. EKKI.-Plenum gab eine Mindestzahl von 17 Millionen Erwerbslosen mit 60 Millionen Familienangehörigen an. Das XI. Plenum konstatierte 35 Millionen Erwerbslose mit 130 Millionen Familienangehörigen.

Ueber die Lohnsenkung gibt es keine genauen Angaben. Nehmen wir den Durchschnitt einer Senkung von 15 Prozent bei einer Jahreslohnsumme von 26 bis 30 Milliarden, wozu noch die Auswirkungen der Zoll- und Steuerpolitik hinzutreten, dann haben wir eine ungefähre Vorstellung von den Auswirkungen der kapitalistischen Krise in Deutschland.

Aufstieg des Sozialismus in der Sowjetunion

Und nun das Gegenbild, das Kapitel über den Aufschwung in der USSR. Wir können hier nur einige kurze Tatsachen anführen.

Die industrielle Produktionssteigerung betrug 1927/28 19 Prozent, 1928/29 rund 22 Prozent. Von dort bis 1929/30 rund 25 Prozent. 1930/31 wird die Steigerung 45 Prozent erreichen. Was bedeutet das? Amerika erreichte in seinen besten Jahren 7 bis 8 Prozent, Deutschland 2 bis 3 Prozent. Das zeigt, wie gewaltig der Sozialismus dem Kapitalismus überlegen ist.

„Einholen und Ueberholen"

Was bedeutet das? Dafür ein Beispiel. Bei Beginn des Fünfjahrplans in der Sowjetunion eine Eisen- und Stahlproduktion von 0,5 bzw. 0,7 Millionen Tonnen. Bei Abschluß des Fünfjahrplans, der in dieser Industrie schon im dritten Jahre vollendet wird: 17 Millionen Tonnen Eisen, 18 Millionen Tonnen Stahl. Während dieser Zeit in den kapitalistischen Ländern 30 bis 40 Prozent Rückgang der Produktion. Damit holt die Sowjetunion die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder ein.

Wie steht es mit dem Ueberholen? Die Vorarbeiten für den zweiten Fünfjahrplan sind in den Grundzügen schon fertig, wenn auch der Gesamtplan noch nicht zusammengestellt ist.

Die Weltproduktion an Eisen beträgt gegenwärtig in der Krise 63 Millionen Tonnen in allen kapitalistischen Ländern und 17 Millionen Tonnen in der Sowjetunion. Aus diesen 17 Millionen werden in den alten Betrieben im zweiten Fünfjahrplan 20 Millionen. Jetzt kommt hinzu ein neuerforschtes Erzlager, das sich von Westen nach Osten, von der mittleren Wolga bis nach Kasakstan erstreckt und von Norden nach Süden über das ganze Gebiet vom Ural bis zum Kaspischen Meer. Man fand dort das größte Eisenerzvorkommen, das bisher überhaupt gefunden wurde. Dieses gesamte Kasakstankombinat soll im zweiten Fünfjahrplan 50 Millionen Tonnen Eisen jährlich bringen. Das macht mit den alten Produktionsquellen 70 Millionen Tonnen Jahresproduktion.

Ueberholen, aber nicht nur einzelne kapitalistische Länder, sondern die ganze kapitalistische Produktion der Welt zusammen.

Und das wird nicht nur bei Eisen so sein. Jetzt ist auch zu verstehen, warum die Imperialisten bei dieser Perspektive über „Dumping" — „Zwangsarbeit" — „Industriespionage der RGO." schreien.

Daher die beispiellose Begeisterung, der freiwillige sozialistische Wettbewerb, die Steigerung der Leistungen, Verbesserung des Arbeitsprozesses.

An der Spitze der Massen marschiert unter Stalins Führung die WKP. Das Heldentum unserer sowjetrussischen Brüder überschattet die gesamte kommunistische Bewegung der Welt. Wir haben alle Ursache, uns selbst alles aus dem Wege zu räumen, alle Schwächen zu beseitigen, um auf die Höhe zu gelangen, auf der die Kommunistische Partei und das Proletariat in der Sowjetunion stehen.

Steigerungen der Voraussetzungen der revolutionären Krise

Ich komme nunmehr zu der Steigerung der Voraussetzungen der revolutionären Krise in den kapitalistischen Ländern und dem wachsenden revolutionären Aufschwung. Worin kommt dieser gewaltige revolutionäre Aufschwung zum Ausdruck?

Erstens der Sieg der nationalen Revolution auf weiten Territorien in China und Indochina, die Bildung von Sowjets und einer Roten Armee. — Zweitens das Wachstum des politischen Einflusses der Kommunistischen Parteien in den meisten Ländern, vor allem aber der KP. in Deutschland. — Drittens die wachsende Führerrolle der Kommunistischen Parteien in der proletarischen Gegenoffensive des Kapitals. — Viertens das erfolgreiche Näherkommen der Verwirklichung der Generallinie des V. RGI.-Kongresses, der selbständigen Führung der Wirtschaftskämpfe und des Uebergangs zur Bildung roter Gewerkschaften. — Fünftens das Wachstum der politischen Führung der Bauernschaft durch die Arbeiterklasse und die Kommunistischen Parteien in einer Reihe von Ländern. — Sechstens die Erfolge in der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und der Liquidierung des sozialdemokratischen Masseneinflusses, wie sie besonders in Deutschland zu verzeichnen sind.

Einige Worte zur chinesischen Revolution, über deren Geschichte wir seit 1927 viel zu wenig gesprochen haben.

Mit dem Verrat der Kuomintang durch die Sprengung des Bündnisses mit der Kommunistischen Partei, mit der Auslieferung der ganzen nationalen Produktionsmittel an die Imperialisten, mit der Antisowjethetze ist die Massenbasis der Kuomintang rasch zusammengebrochen.

Heute unterscheiden wir in China verschiedene Gebiete: Landgebiete, die unter Herrschaft der Kuomintang sind, Landgebiete, die unter der Herrschaft der Sowjets sind. Die Sowjetgebiete hängen nicht zusammen. Wir haben elf Provinzen mit elf Sowjetregierungen, alle von einander getrennt, dazwischen Provinzen, in denen die Kuomintang herrscht.

Die Kuomintang sagt: Ihr dürft die Großgrundbesitzer nicht vertreiben, ihren Boden und ihre Gebäude nicht nehmen. Die Kommunisten sagen den Bauern: Jagt den Grundbesitzer zum Teufel, nehmt euch Boden und Gebäude. Die Kuomintang sagt: Ihr müßt Steuern bezahlen, Binnenzölle bezahlen, Wegezölle bezahlen. Die Kommunisten sagen: Keinen Pfennig den Imperialisten und ihren Steuereintreibern. Es ist klar, daß die Kuomintang jeden Einfluß verlieren muß.

Unsere Partei hat in China 1927 und 1928 eine allgemein richtige Politik geführt, aber als die Agrarrevolution wieder aufflammte, die nationale Revolution die Massen erfaßte, als eine Rote Armee dastand und die Gewehre knallten, stiegen dem Politbüro die Erfolge zu Kopf. Sie bekamen so ungeheuerlich anmaßende Gedanken, wie sie in der Entwicklung der Komintern noch nie erörtert wurden.

Die Komintern schrieb einen offenen Brief an die gesamte Parteimitgliedschaft, nachdem vorherige Maßnahmen keine Klärung brachten. Nun setzte von allen guten Elementen in und außerhalb der Partei ein Sturm gegen die unleninistische Parteileitung ein, während alle Rechten und Trotzkisten sich verbanden und eine Gegenplattform ausarbeiteten. Auf dem IV. Plenum des chinesischen Zentralkomitees wurde die Situation bereinigt, die verantwortlichen Genossen wurden aus dem Polbüro entfernt und haben jetzt auf dem XI. Plenum offen ihre Fehler aufgedeckt. Jedenfalls zeigt die Entwicklung in China, wie die Revolution trotz vieler Dummheiten und Unfähigkeiten einer Kommunistischen Partei sieghaft vorwärtsschreitet. Es ist jetzt gelungen, einen festen Parteikern zu schaffen und die Generallinie für den Marxismus-Leninismus zu sichern.

Unser Kampf gegen den imperialistischen Krieg

Ich will kurz den zweiten Tagesordnungspunkt, der die Kriegsfrage und Verteidigung der Sowjetunion behandelt hat, streifen.

Die Gegensätze innerhalb des Kapitalismus verschärfen sich nicht nur klassenmäßig, sondern auch Land gegen Land, Nation gegen Nation. Die Zollmauern nehmen im Zusammenhang mit der Krise ungeheure gigantische unüberbrückbare Formen an. Alle Versuche, durch Konferenzen und Kongresse, Pan-Europapläne, kapitalistische Zollunionen, europäische Staatenbünde einen Ausweg zu finden, müssen scheitern, zur Verschärfung der Gegensätze führen. Neben allen verschiedenen kontinentalen Gegensätzen in Europa, Amerika, Asien und Afrika hat sich unter den Imperialisten als wichtigster der Amerika-England-Gegensatz herausgebildet. Ueberhaupt bringt die allgemeine Weltwirtschaftskrise mit ihren immer länger andauernden zyklischen Krisen und das gegenseitige Durchdringen von Industrie und Agrarkrise eine rasche Verschiebung von Mächtegruppierungen, die zahrzehntelang bestanden haben und jetzt von anderen Gruppierungen abgelöst werden.

Neben diesen allgemeinen Gegensätzen der Kapitalisten untereinander, wächst zu riesenhaften Formen der große Weltgegensatz zwischen dem sozialistischen aufsteigenden System und dem bankrotten Kapitalismus. Hier ist der Knotenpunkt, der Angelpunkt für die Weltpolitik. Immer schärfer rückt die Gefahr des Antisowjetkrieges heran. Das zeigte der Moskauer Prozeß gegen die Industriepartei, das bewies der zweite Prozeß gegen das Unionsbüro der Menschewiki.

Unter der Führung von Frankreich, aber auch unter Einbeziehung anderer Mächte, nicht zuletzt Deutschlands, gehen die fieberhaften Rüstungen gegen die Sowjetunion vor sich. Wir müssen die Partei erinnern an den VI. Kongreß, an die Beschlüsse des Weddinger Parteitages und ihnen die Beschlüsse des XI. Plenums deutlich in das Bewußtsein rufen. Ich will mir hier ersparen, die Grundprinzipien des Leninismus, unsere Taktik im Kampf gegen Kriegsgefahr und imperialistischen Krieg im einzelnen zu behandeln. Aber das eine soll unser Zentralkomitee aussprechen: Bei dem geringsten Versuch des Krieges gegen die Sowjetunion wird das Schicksal der deutschen Imperialisten besiegelt sein, werden wir unsere große gewaltige geschichtliche Mission und historische Aufgabe vor allem in Deutschland zu lösen wissen.

Wir werden diesen imperialistischen Krieg auf bolschewistische Art beantworten. Jeder Versuch des Antisowjetkrieges wird enden mit Sowjetdeutschland und dem Bruderbündnis mit der UdSSR.

Die Kommunistische Jugendinternationale und ihre Gegner

Von großer Bedeutung waren die Probleme der Kommunistischen Jugendinternationale, deren Mitgliederstärke ohne Sowjetunion, China und Mongolei in den kapitalistischen Ländern 1928 85 750 betrug und auf 118 670 im Jahre 1930 stieg.

Die Mitgliederzahl des russischen Jugendverbandes stieg im gleichen Zeitraum von 900 000 auf rund 3 Millionen. In China wuchs der Jugendverband von 20 000 auf 130 000.

Zum Schluß sei noch die Mongolei erwähnt, wo die Entwicklung von 8000 zu 17 000 Mitgliedern führte.

Nehmen wir den Gegner. Den insgesamt 3 270 170 Mitgliedern der Kommunistischen Jugendinternationale stehen 14 401 000 Mitglieder der bürgerlichen und sozialdemokratischen Organisationen gegenüber.

Das Plenum hat nicht nur eine Resolution, sondern eine Anweisung mit einer bindenden Verpflichtung für alle Kommunistischen Parteien beschlossen, die eine bessere Unterstützung des Jugendverbandes, die Verbindung zwischen Partei und Jugend bis hinab zur Betriebszelle sichern wird. Die kommunistische Jugendbewegung muß eine Massenbewegung werden. Das sektiererische Dasein, das Blühen im Verborgenen wird aufhören.

Tempoverlust der KJ.-Sektionen

Ich komme zum letzten Kapitel, den Zustand der Sektionen der KJ. und den nächsten Aufgaben.

Eine Reihe von Erscheinungen signalisieren, daß die revolutionäre Bewegung viel weiter herangereift ist, als die KJ.-Sektionen das erkennen und imstande sind, ideologisch und organisatorisch diese Bewegung fest in den Händen zu halten und zu führen.

Und dann noch einen Hinweis auf jene Parteien, die in der Periode des revolutionären Aufschwunges nicht nur stagnieren sondern sogar organisatorisch zurückgehen.

Die Aufgaben der KPD.

Ich stelle an die Spitze die wichtigste Aufgabe: die selbständige Führung von Kämpfen des Proletariats gegen die Offensive der Bourgeoisie, die Verwandlung unseres Abwehrkampfes in die Gegenoffensive. An erster Stelle stehen hier die Wirtschaftskämpfe.

Wenn wir nicht imstande sind, Wirtschaftskämpfe auszulösen, dürfen wir nicht vom politischen Massenstreik schwatzen.

Die große Aufgabe der RGO. steht hier vor uns. Im Kampfe muß eine ungeheure Steigerung der Autorität der RGO. als Führer des Proletariats erreicht werden. Selbständige Verbände erfüllen ihre Aufgabe nicht, wenn die RGO. nicht raschestens der Führer wird auch jener mehr als 5 Millionen Arbeiter, die in den reformistischen und christlichen Verbänden heute noch hinter der arbeiterfeindlichen Bürokratie herlaufen. Die Fraktionsarbeit, die Oppositionsarbeit unter diesen Millionenmassen organisierter Arbeiter, das ist eines der Kernprobleme für die Liquidierung des sozialistischen Masseneinflusses. Unter allen Umständen muß kritisch hier besprochen werden der Mangel der Betriebsarbeit in der Partei, die geringe Selbständigkeit der Betriebszellen, die selbständige Arbeit der Kommunisten bis zum letzten Mann.

Der Kommunismus ist die einzige Kraft, die die Zukunft in Händen hält und vor der die Bourgeoisie zittert. Wir und nur wir zeigen den Ausweg. Aber viele unserer Mitglieder haben das Bewußtsein noch nicht. Führer zu sein für alle, die nicht in der Kommunistischen Partei organisiert sind, das müssen unsere Genossen lernen. Die Führung der Partei, unser Zentralkomitee, gibt durch seine Beschlüsse allen Mitgliedern die Möglichkeit, die Klarheit und die Kraft dazu.

Schon auf dem Januarplenum ist die Notwendigkeit der Schaffung neuer, großer, mittlerer Kader besprochen worden. Das ist eine schwierige Sache. Aber Bezirksleitungen, die nicht verstehen, alle im Bezirk heranwachsenden Kräfte heranzuziehen, Lücken auszufüllen, Funktionärkader für die notwendigen neuen Arbeitsgebiete auf die Beine zu stellen, die müssen verändert werden. Es darf keine Lücke eintreten zwischen der zentralen Parteiführung und der Gesamtmitgliedschaft.

Wir werden über die Rückständigkeit unserer Arbeit auf dem Dorfe, über die Verbesserung unserer Politik und Organisation unter den Landarbeitern und den Millionen Bauern noch besonders ausführlich sprechen müssen. Mit aller Deutlichkeit müssen wir dieses Arbeitsgebiet, das noch besonders rückständig ist, in Angriff nehmen.

Aber hier ein Wort an die Presse, an alle unsere Bezirksorgane. Wo blieb die Popularisierung unseres Freiheitsprogramms, das weit über Deutschlands Grenzen hinaus gezündet hat? Wie wird die Frage des sozialistischen Ausweges und der zwei Systeme gestellt? Wie entfalten unsere Redaktionen eine eigene Initiative, um die großen Leitgedanken der Generallinie der Partei fortgesetzt zu popularisieren, zu vertiefen, mit den Tagesfragen zu verbinden und den rückständigen Massen zu erklären?

Auch das ist ein Zurückbleiben hinter der revolutionären Situation, gegen das auf das allerschärfste angekämpft werden muß. Der Zustand in der Presse entspricht nicht dem Reifegrad, der bolschewistischen Politik der Parteiführung. Hier müssen wir auch eine große Wandlung durchführen.

Genossen, das sind Fragen, in denen wir hinter den objektiven Möglichkeiten noch zurückbleiben. Wir wachsen, werden reifer, steigen höher. Die Sozialdemokratie sinkt in die Fäulnis der kapitalistischen Krise. Ihr historischer Abstieg hat begonnen.

Die Krise wühlt die rückständigsten Gehirne auf. Und alle, mehr als 30 oder 40 Millionen Werktätige in Deutschland fragen: Wo ist der Ausweg? Wie ist der Weg? Wo ist das Ziel? Wir Kommunisten aber halten als einzige den Schlüssel zu der Lage in den Händen.

Der Ausweg ist das sozialistische System — unser Weg, der Weg der Massen, das ist die Volksrevolution — das Ziel, das Arbeit, Boden, Brot und Freiheit bringt, heißt: Sowjetdeutschland.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310609-17/fragment/page=0006

Aus der Arbeit der R.G.O.

Was geht im Betriebsrat der Ammendorfer Papierfabrik vor?

A.-K. Die am 13. März erfolgte Betriebsratswahl ergab zum Entsetzen der Reformisten, daß die von ihnen für tot erklärte RGO mit der Gewinnung von 3 Sitzen im Betriebsrat einen unerwarteten Sieg erkämpft hatte. Auch der hochwohllöblichen Direktion verursachte dieser Sachverhalt erklärlicherweise einige Uebelkeit. Wir nehmen an, daß dem Direktor Ernst vor Schreck die Luft verging, zu seinem üblichen Kegelabend nach Leipzig zu fahren. Der Mann mit der Kinderstimme lief herum, als ob ihm die Hühner das Brot gestohlen hätten. Doch bald schaffte er Rat. Die gefährlichsten Kandidaten der roten Liste mußten unschädlich gemacht werden. Ihre Wählbarkeit wurde von ihm angefochten. Der reformistische Wahlausschuß griff nach dieser willkommenen Gelegenheit mit beiden Händen und strich trotz erfolgter Wahl die Kollegen H. und J. von der roten Liste. Die von den beiden eingereichte Klage wurde vom Arbeitsgericht wegen eines Formfehlers abgelehnt. Eine schöne Illustration des Sprichworts: „Eine Krähe hackt der andern nicht die Augen aus."

Der seit zirka fünf Monaten erkrankte Kollege Fiedler wurde kurzerhand wegen Krankheit entlassen, weil er an Stelle der gestrichenen Kollegen in den Betriebsrat gewählt war.

Um nun eventuellen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, rief man schnell eine Sitzung ein. Eine hierbei eingebrachte Entschließung der roten Betriebsräte bezeichnete man als Mätzchen. Wir überlassen es der Belegschaft festzustellen, was als Mätzchen zu bezeichnen ist: die Erklärung von aufrechten Kollegen, welche besagt, daß sie ihre Stimme bei den vorzunehmenden Wahlen niemals den Vertretern einer Organisation geben werden, die das System der Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen stützen und fördern, oder die lendenlahmen Versuche der Reformisten, sich bei der Belegschaft, welcher durch den Lohnkampf im Januar die Augen geöffnet wurden, wieder Liebkind zu machen. Doch die Krone setzten sich diese Herren um Dik und Genossen mit ihrer letzten Glanzleistung auf. Die roten Betriebsräte hatten zwei Anträge eingereicht: 1. Der Betriebsrat legt Berufung ein gegen das Urteil des Arbeitsgerichts in der oben geschilderten Bestätigungsfrage. 2. Der Vorsitzende beruft eine Belegschaftsversammlung ein, welche obiges Thema behandelt.

Beide Anträge wurden von ihnen abgelehnt. Der erstere, um der Fraktion die Kosten der Berufung zu ersparen. Der zweite, weil man befürchtet, durch die Aufzeigung der bestehenden Tatsachen auch noch die letzten Schäfchen zu verlieren. Kollegen, an euch liegt es, diese Herren durch euren Protest zu zwingen, die Versammlung abzuhalten und ihre Stellungnahme zu verteidigen. Fordert eine Belegschaftsversammlung mit dem Thema: 1. Stellungnahme zum Beschluß des Betriebsrats. 2. Stellungnahme zum bevorstehenden Lohnkampf.

Tretet ein in die RGO, die einzige Interessenvertretung der Ausgebeuteten. Werdet Mitglied der KPD. Kämpft mit uns für die Errichtung eines sozialistischen Deutschlands.

Schwindsuchtsbude Chemie-Jacob, Ammendorf

A.-K. Die letzten „Klassenkampf"-Berichte haben die Werksleitung und ihre Lakaien ganz aus dem Häuschen gebracht. Man will mit allen Mitteln RGO-Genossen aus dem Betriebe zu entfernen. Der Herr Werkmeister Volkers scheint nun besondere Aufträge zu haben. Neulich fragte er einen Kollegen, ob er nicht wüßte, daß die RGO der größte Feind der Unternehmer sei! Der Kollege bejahte das, und er setzte hinzu: **„Deswegen bin ich ja Mitglied der RGO."**

„Nun, dann haben Sie die Konsequenzen zu tragen", das war die Antwort, die Volkers darauf gab. Wahrscheinlich wird der Herr bei den betr. Kollegen baldmöglichst versuchen aufs Straßenpflaster zu werfen.

Die Belegschaft muß nun erst recht Mitglied der RGO werden, und zwar geschlossen. Der Unternehmer hat Angst vor der RGO, das beweist ja die Aeußerung des Werkmeisters. Es gilt, dem Betriebs- und Arbeiterrat das Rückgrat zu steifen. Zwei Briefe hat der Arbeiterrat schon bekommen, zwei Briefe, die mehr oder weniger versteckt Maßregelung androhen.

Den Schikanen der Werkslakaien ist beizukommen. Je geschlossener die Belegschaft steht, um so weniger nehmen sich die Helden heraus. Es darf nicht mehr vorkommen, daß „der stramme Marinesoldat" dem Kollegen das Händewaschen verbietet. Es lag in diesem Falle eine unerhörte Provokation vor, denn der Antreiber meinte: „Ich laß Sie nicht in Ruhe wegen des Händewaschens, weil ihr Arbeiterrat uns auch nicht in Ruhe läßt."

Also, Kollegen, nicht gesäumt, Mann für Mann in die RGO.

Für 10 Stunden Arbeit: 50 Pfennig

A.-K. Seeben. Nach dem Stadtgut Seeben wurden vom Arbeitsamt Halle 60—70 Frauen zum Schoten pflücken vermittelt. Die Schoten werden im Akkord gepflückt, und zwar werden für den Zentner 4 Mark bezahlt. Die eingearbeiteten ständigen Landarbeiterinnen pflücken im Tag ungefähr einen Zentner, kommen also einigermaßen auf einen normalen Tagesverdienst. Aber die Frauen aus der Stadt, die diese Arbeit nicht gewohnt sind, können bei aller Anstrengung im Tag nur ungefähr 25 Pfund pflücken, so daß sie mit einer Mark am Tag nach Hause gehen. 50 Pfennig müssen sie noch für die Straßenbahn ausgeben, so daß ihnen tatsächlich ein Tagesverdienst von 50 Pfennig bleibt. Das haben sie einen Tag gemacht, dann sind sie zu Hause geblieben. Nun wurden andere Frauen von Ammendorf vermittelt, denen es natürlich nicht anders geht.

Es ist nicht der richtige Weg, einfach zu Hause zu bleiben, sondern

die Frauen müssen in den Streik treten.

Sie müssen die Solidarität mit den ständigen Landarbeiterinnen herstellen und müssen den Kampf dafür aufnehmen, daß sie wenigstens solange, bis sie sich eingearbeitet haben, einen ausreichenden Stundenlohn erhalten. Selbstverständlich müssen sie auch verlangen, daß ihnen das Fahrgeld besonders vergütet wird.

Aufreizende Zahlen der Massenverelendung

2,7 Milliarden Lohnraub in drei Monaten

Das Konjunkturinstitut über die Einkommenverluste für Arbeiter, Angestellte und Beamte im ersten Vierteljahr 1931 — Es kündigt weiteres Steigen der Arbeitslosigkeit und neuen Lohnraub an

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat kürzlich in einer Rede den Lohnausfall infolge Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnabbau für das Jahr 1930 mit 7,5 Milliarden Mark beziffert. Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht jetzt eine Darstellung der Lohn- und Gehaltsverluste für das erste Vierteljahr 1931, die ein noch schnelleres Absinken des Einkommens für die Arbeiter, Angestellten und Beamten erkennen läßt.

Während sich für das vergangene Jahr pro Vierteljahr im Durchschnitt ein Lohnverlust von ungefähr 1,9 Milliarden ergibt, berechnet das Konjunkturinstitut die Lohnverluste für das erste Vierteljahr 1931 mit 2,7 Milliarden. Gleichzeitig gibt das Konjunkturinstitut seiner Erwartung Ausdruck, daß sowohl die Arbeitslosigkeit weiter steigen, als auch die Löhne noch weiter abgebaut werden.

Das Konjunkturinstitut schreibt:

„Der konjunkturelle Rückgang des Arbeitseinkommens hat sich in den letzten Monaten außerordentlich verschärft. Alle Faktoren, die die Höhe des Arbeitseinkommens bestimmen, drängen nach unten.

Die Arbeitslosigkeit steigt — in ihrer Konjunkturtendenz — noch weiter an ...

1,2 Millionen Lohnverluste durch Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenziffern waren im Januar 1931 um 1,669 Millionen, im Februar um 1,606 Millionen und im März um 1,703 Millionen höher als zu der gleichen Zeit des Vorjahres.

„Daraus ergibt sich, wenn man noch die durch Kurzarbeit entstandene Einkommensminderung in Rechnung setzt, eine Verringerung des Arbeitseinkommens, die schätzungsweise für das erste Vierteljahr im Vergleich zum Vorjahre 1,2 Milliarden betragen dürfte."

1,5 Milliarden Verluste durch Lohn- und Gehaltsraub

„Die Senkung der Tariflöhne hat — nach dem Stand vom 1. April — in den wichtigsten Industriezweigen meist 5 bis 7 Prozent ausgemacht. Die tariflichen Gehälter der Angestellten dürften im ganzen den Arbeiterlöhnen gefolgt sein. Die tarifliche Senkung der Löhne und Gehälter wird verstärkt durch den Abbau der übertariflichen Verdienste. Berücksichtigt man weiter die durch die 6prozentige Gehaltskürzung eingetretene Senkung des Beamteneinkommens,

so wird man nach vorsichtiger Schätzung den Einkommensausfall der Arbeiter, Angestellten und Beamten für das erste Vierteljahr dieses Jahres auf ungefähr 1,5 Milliarden Mark oder 15 Prozent des Einkommens der gleichen Zeit im Vorjahr veranschlagen können."

Damit ist jedoch die Verminderung des Einkommens keineswegs erschöpft. Es kommen hinzu die Steuererhöhungen, die Kopfsteuer, die Erhöhung der Beiträge der Erwerbslosenversicherung usw.

Das ist das Bild für das erste Vierteljahr. Das zweite Vierteljahr, das jetzt zu Ende geht, wie insbesondere die nachfolgenden Quartale, werden ein noch erschreckenderes Bild zeigen, wenn die Massen der Arbeiter, Angestelllten und Beamten diesem Raubzug nicht endlich ein Ende setzen.

Schon rüsten die industriellen Raubritter zu einer neuen Lohnraubattacke. Und eben hat Brüning die arbeitenden und arbeitslosen Massen mit der Hungernotverordnung beglückt, die ihr Einkommen ebenfalls in starkem Maße schmälern wird.

Dem gegenüber steht die aufreizende Tatsache, daß allein in zwei Jahren die Zahl der Millionäre in Deutschland um fünfeinhalb Prozent (von 2335 auf 2464) und ihr Vermögen um 8,6 Prozent (von 5138 auf 5580 Millionen) gestiegen ist.

Aus Dreck und Blut Gold

Riesenprofite für die Giftkönige

Hungerlöhne für die Arbeiter

Dieser Tage fand in Frankfurt a. M. die Generalversammlung des größten deutschen Ausbeuterkonzerns, der IG-Farben, statt. Den Chemiekönigen geht es trotz der Krise glänzend. Das war sichtlich aus den Reden der verschiedenen Referenten herauszuhören. Wie in den vier Vorjahren wird auch für das Jahr 1930 wiederum eine 12prozentige Dividende ausgezahlt. Während allerorts Bankzusammenbrüche, Konkurse und Betriebsstillegungen stattfinden, entwickelt sich das Geschäft der Chemieausbeuter in einer, wie es im Bericht so schön heißt, **„zufriedenstellenden Weise"**.

Aufgenommene Bankkredite in Höhe von 12,44 Millionen Mark, die in der Bilanz 1930 noch vorhanden waren, sind zurückgezahlt. Die Gesellschaft steht ohne einen einzigen Pfennig Bankschulden da. Im Bericht heißt es weiter lakonisch: „Die zur Verfügung stehenden flüssigen Mittel betragen zur Zeit 160 Millionen Reichsmark."

Die Lohnsumme, die im Jahre 1929 365 Millionen Mark betrug, wurde durch Lohnraub, durch Massenentlassungen von Arbeitern usw. auf 300 Millionen Mark herabgedrückt.

Ironisch heißt es im Bericht des Geheimrats Bosch, Vorsitzender des Aufsichtsrates des IG-Farbentrustes: „Eine Kürzung des Grundlohnes ist nicht vorgenommen worden. Es wird auch zunächst nicht daran gedacht." Und dann weiter: **„Die Verwaltung werde mit allen Mitteln rücksichtslos die weitere Rationalisierung vornehmen, soweit das Interesse der Gesellschaft dies erfordert." (!)**

Das ist die offene Verhöhnung der hungernden Chemiearbeiter, die Ankündigung neuen Lohnraubs, neuer Massenentlassungen, neuen Elends für die Zehntausende von Familienangehörigen, Frauen und Kinder der Chemiearbeiter. Die Giftkönige sind gezwungen, sich selbst zu entlarven. Sie selbst strafen ihre Versicherungen, daß keine Massenentlassungen, kein neuer Lohnabbau durchgeführt werden solle, Lügen. Angesichts dieser Tatsache ist der Verrat der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie an den Arbeitermassen, ihr Operieren mit dem Argument: „Die Werke werden stillgelegt", die Denunziation revolutionärer Arbeiter an die Werksleitungen zwecks Maßregelung doppelt aufreizend und schamlos.

So wird bekannt, daß die Filmfabrik Wolfen, die ebenfalls zum IG-Farbenkonzern gehört, den Arbeitern in der Abteilung Kunstseide die für Kurzarbeiter bei dem letzten Lohnraub seitens der Gewerkschaftsbürokratie und den Unternehmern vereinbarte Zulage in Höhe von 4 und 5 Pfennig pro Stunde glatt gestrichen hat mit der Begründung, die Kunstseideabteilung könne diese Belastung aus wirtschaftlichen Gründen nicht tragen.

Diese Meldung ist ein Alarmruf für die gesamten Chemiearbeiter. Hier findet das gemeine und verräterische Spiel bei den letzten Verhandlungen über den Abbau der Tariflöhne in der Chemie seine erneute Bestätigung. Es ist keine Seltenheit, daß Arbeiterinnen aus der Filmfabrik mit 12 bis 15 Mark Wochenlohn nach Hause gehen, die vor Jahresfrist noch das Doppelte verdient haben. Aus den Anilin-Werken Greppin wird berichtet, daß die Arbeiter bei der am 4. Juni erfolgten Lohnzahlung (Monatsabrechnung) Beträge von 17—22 Mark für die 40stündige Arbeitszeit ausbezahlt erhielten. Immer mehr nähert sich die Lage der Betriebsarbeiter der der Erwerbslosen mit dem Unterschied, daß die einen arbeiten mit dem ständigen Gespenst der Entlassung vor Augen und die anderen auf der Straße liegen.

Die Lohnraubpläne der Bourgeoisie im Ruhrgebiet lassen erkennen, daß man die Löhne auf die Hungersätze der Erwerbslosenversicherung herabdrücken will.

160 Millionen Mark flüssige Mittel in der IG, sie sind die glänzendste Bestätigung, daß genügend Geld für die hungernden Arbeiter vorhanden ist, ja, wenn die Arbeiter es verstehen, sich durch Streiks und Massenaktionen unter Führung der RGO das zum Leben Notwendige zu holen. Die Erwerbslosen haben in diesem Kampf eine ungeheure schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Sie müssen tagtäglich vor die Betriebe ziehen, die Belegschaftsversammlungen besuchen und mit den Betriebsarbeitern gemeinsame Kampfprogramme aufstellen und gemeinsame Kampfausschüsse schaffen. Die Aufrichtung der roten Einheitsfront zwischen den Erwerbslosen und den Betriebsarbeitern, die Vorbereitung und **erfolgreiche Durchführung der Chemiestreiks gemeinsam mit der Massenaktion der RGO für Brot, Arbeit und Freiheit, sie sind der Hebel, um die Bourgeoisie an der für sie verwundbarsten Stelle zu schlagen.**

Erfolgreiche Melkerversammlung in Coßdorf

A.-K. In einer Melkerversammlung in Coßdorf erlebten die Reformisten eine glatte Niederlage. Die Melker hatten einen Vertreter des Einheitsverbandes der Landarbeiter angefordert. Von reformistischer Seite war der Bonze Walbrecht vom Melkerverband Leipzig zugegen. Er sträubte sich mit Händen und Füßen gegen eine Diskussion. Es half alles nichts, er mußte dem Wunsche der oppositionellen Melker nachgeben. In seiner Rede machte er, um den erfolgten Lohnraub zu vertuschen, die wüsteste Hetze gegen den Einheitsverband. Das eisige Schweigen der Zuhörer bewies ihm, daß er mit seinen Phrasen keinen Eindruck schinden konnte. Die Zeiten sind vorbei, wo das Geschwätz reformistischer Bonzen beifällig aufgenommen wurde.

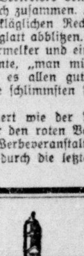
Für den roten Einheitsverband sprach der Genosse Anheier. Wie Keulenschläge trafen die Argumente des RGO-Vertreters den Bonzen. Unter der Wucht der Anklage fiel er förmlich zusammen. Zuletzt raffte sich der Bonze noch einmal zu einem kläglichen Rechtfertigungsversuch auf. Die Versammelten ließen ihn glatt abblitzen.

In der Diskussion sprachen noch ein Naziobermelker und ein rückständiger parteiloser Kollege. Der Nazi meinte, „man müsse es immer mit den Herren halten", dann ginge es allen gut. Der Parteilose erklärte: „Die Landarbeiter seien die schlimmsten Feinde der Melker!"

Die beiden Redner standen genau so isoliert wie der Bonze. Die Versammelten brachten ihre Sympathie für den roten Verband zum Ausdruck. Neue Versammlungen und Werbeveranstaltungen werden in Coßdorf folgen. Die Fronten sind durch die letzte Versammlung klar.

Gemüse, Salate, schwache Suppen, Soßen und alle Fleischgerichte erhalten augenblicklich unvergleichlichen Wohlgeschmack durch wenige Tropfen

MAGGI^s Würze ist billiger geworden							
Originalflaschen	RM	-.18	-.36	-.63	-.90	1.49	5.85
nachgefüllt	RM	-.09	-.20	-.39	-.59	1.13	—



MAGGI^s Würze

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310609-17/fragment/page=0007

Der Kampfruf der Erwerbslosen auf der Straße:

„Nieder mit der Notverordnung!"

Die Notverordnungen vor dem hallischen Stadtparlament — Magistrat und Bürgerblock gegen Hilfe für die hungernden Erwerbslosen — Arbeiterkinder sollen Wasser statt Milch trinken — Die Kommunisten halten Abrechnung mit allen Volksfeinden — Der Kampfruf auf dem Marktplatz: „Wir fordern Arbeit und Brot!"

Halle, den 9. Juni 1931.

Stadtverordnetensitzung im Zeichen der Notverordnung! Die Kommunisten hatten gestern im Hallischen Stadtparlament eine Reihe von **Dringlichkeitsanträgen** gestellt, die sich gegen die neuen Notverordnungen der Brüning-Regierung richten. Sie haben außerdem die Forderung erhoben, diese Anträge zuerst zu behandeln. Diese Forderung haben die Kommunisten mit aller Eindringlichkeit und Hartnäckigkeit vertreten. Es kam deshalb gleich nach Eröffnung der Sitzung zu stürmischen Szenen. Der Proteststurm der Kommunisten gegen die Abwürgung ihrer Geschäftsordnungsanträge war berechtigt. Er erfolgte, um die gesamte werktätige Bevölkerung von Halle auf die Ungeheuerlichkeit dieser Notverordnungen aufmerksam zu machen, um den notleidenden Massen zu zeigen, daß sie jetzt vor der Frage stehen:

Entweder den Volkssturm gegen diese Hungersnotverordnungen entfachen oder in der kapitalistischen Barbarei untergehen!

Heute werden die reaktionären Zeitungen vom „Volksblatt" bis zum Naziblättchen in einem Chor schreien: Die Kommunisten machen nur Krawall, um eine „sachliche Arbeit" des Stadtparlaments unmöglich zu machen. Sie lassen „Ernst und Würde" vermissen, ihre Anträge dienen ja nur der Agitation. Haben die Kommunisten richtig gehandelt oder nicht? Verlangen die Arbeiter etwa von ihnen, daß die sich ruhig verhalten sollen, daß sie „parlamentarische Würde" bewahren sollen etwa wie der steife Salonbürger Hirsch? Eine Frage: Kann angesichts dessen, was heute durch die Brüning-Verordnungen dem werktätigen Volke zugemutet wird, überhaupt noch jemand ruhig bleiben?

Die Antwort des Volkes,

der Massen der Erwerbslosen, Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleingewerbetreibenden auf die neuen diktatorischen Raubzüge des herrschenden Systems ist flammender Protest, hellste Empörung, verzweifelte Gegenwehr!

Die Massen des Volkes sind in Unruhe, in lodernder Empörung. Und in einer solchen Situation sind die Kommunisten erst recht nicht ruhig, pfeifen sie auf bürgerlichen „Anstand" und parlamentarische „Würde". Sie schreien das grauenhafte Elend der Arbeiter in die Welt, sie rufen den Gepeinigten, Notleidenden, Unterdrückten und Hungernden zu:

Ihr müßt für euer Leben kämpfen!

Sie appellieren an alle, die durch diese volksfeindlichen Diktaturverordnungen getroffen werden, mit den Kommunisten den Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit aufzunehmen! Die Kommunisten haben in der gestrigen Stadtverordnetensitzung ihre Forderungen deshalb mit allem Nachdruck und mit aller Energie vertreten, weil sie die Not und das Elend der Massen selbst mitempfinden. 10 Mitglieder der kommunistischen Fraktion sind erwerbslos und zum größten Teil ausgesteuert. Die KPD-Fraktion ist die einzige Fraktion im Stadtparlament, die Erwerbslose in ihren Reihen aufzuweisen hat. Das Auftreten der Kommunisten war somit der Ausdruck des Zornes und auch der Kampfentschlossenheit der erwerbslosen Arbeiter, die nicht gewillt sind, ihre Familien ruhig verhungern zu lassen.

Den Proteststurm der Kommunisten beantwortete Busse mit Ordnungsrufen und Holzhammer-Getöse. Aber nicht nur im Stadtparlament gab es einen Sturm. Unten vor dem Rathaus, in den Straßen des Stadtzentrums demonstrierten die Erwerbslosen, erscholl immer und immer wieder ihr Notschrei:

„Wir haben Hunger! Wir wollen Arbeit! Nieder mit der Notverordnung!"

Diese Schreie der hungernden Erwerbslosen haben den satten reaktionären Bürgern Angst und Schrecken eingejagt. Die Polizei schritt gegen die demonstrierenden Erwerbslosen mit dem Gummiknüppel ein. Der Sozialdemokrat Severing machte vor einigen Wochen zur Beruhigung der Bourgeoisie darauf aufmerksam, daß der Polizei des Staates Maschinengewehre zur Verfügung ständen. Aber — kann man mit Gummiknüppeln und Maschinengewehren ein Volk satt machen? Der Hunger kann durch keine noch so brutalen Terror- und Gewaltmaßnahmen der gegenwärtigen Machthaber beseitigt werden.

Die ohne Sorgen ...

Während die Kommunisten ihre Anträge, in denen ausreichende Unterstützung für die ausgesteuerten Erwerbslosen usw. gefordert wurde, ausführlich begründeten, während sie das Elend der Erwerbslosen — teils aus eigener Erfahrung — schilderten, blieb der größte Teil der bürgerlichen Fraktion den Verhandlungen fern. Die „Vertreter" der Kleingewerbetreibenden, Angestellten und Beamten im Bürgerblock haben ja auch keine Sorgen. Was kümmert sie die Auswirkungen der Notverordnungen auf die Kreise des Mittelstandes, auf die Angestellten und Beamten? Sie ersticken ja im Wohlleben, die Herren des Bürgerblocks — einer wie der andere. Sie haben sich wählen lassen, um sich im Stadtparlament über die schlimme Lage ihrer eigenen Wähler mit höhnischem Lächeln hinwegzusetzen. Mit feistem Gemecker machen sie sich über die Not des Volkes lustig. Kaltschnäuzig lehnten sie jede Hilfeleistung für die Darbenden und Hungernden ab.

Die Herren Vertreter des Magistrats lehnten die Anträge der Kommunisten ebenfalls kalt ab. Mit peinlicher Verlegenheit mußten sie die Anklagen der Kommunisten über sich ergehen lassen. Sie wissen keinen Ausweg, sie sind bankrott.

Auch die Sozialdemokraten befanden sich in einer nicht minder unangenehmen Lage. Sie stellten einen Verlegenheitsantrag und mußten sich sagen lassen, daß ihre Partei ja — auch ihr Fraktionsführer Peters, der sich von der gestrigen Sitzung gedrückt hatte — vor Brüning und den neuen Hungerverordnungen abermals kapituliert hat. Das hilflose Gestammel der Sozialdemokraten in der gestrigen Sitzung kennzeichnete voll und ganz den Bankrott der sozialdemokratischen Politik.

Die Nationalsozialisten konnten auch nur ein klägliches Heulen von sich geben. Mit demagogischen Phrasen versuchten sie, „soziales Verständnis" für die Lage der Erwerbslosen vorzutäuschen. Aber auch ihre volksfeindliche, betrügerische Politik wurde schonungslos entlarvt.

Nur die Kommunisten, die die gestrige Sitzung voll und ganz beherrschten, zeigten der werktätigen Bevölkerung einen klaren Ausweg:

Schluß mit dem bankrotten kapitalistischen System!

Revolutionärer Massenkampf gegen die faschistische Hungerpolitik! Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland!

Die Hungersnotverordnung muß fallen, wenn das Volk leben soll!

Sitzungsbericht

Gleich nach Eröffnung der Sitzung stellten die Kommunisten den Antrag, die Dringlichkeitsanträge gegen die Notverordnung als ersten Punkt zu behandeln. Auch der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit hat in einer Eingabe an den Magistrat gegen die Notverordnung protestiert und entsprechende Anträge gestellt. Genosse Behnke begründete die Wichtigkeit dieser Forderung und wies auf die Auswirkungen der Notverordnungen in den Gemeinden, die zum größten Teil schon bankrott sind, hin. Zuruf des Rechtsanwalts Hirsch: „Halle ist nicht bankrott" (großes Gelächter). Als Genosse Behnke den Antrag der Kommunisten weiter begründete, wurde ihm unter dem stürmischen Protest der Kommunisten einfach das Wort entzogen. Die Genossen Lüttich und Kunz protestierten gegen die brutalen Methoden des Vorstehers und erklärten, daß die sofortige Behandlung der KPD-Anträge, in denen auf die Lage von 45 Arbeitern und Angestellten Bezug genommen wird, von äußerster Wichtigkeit ist. Die Geschäftsordnungsanträge der Kommunisten wurden darauf mit den Stimmen der SPD, des Bürgerblocks und der Nazis abgelehnt. Gegen diese freche Provokation aller Arbeiterfeinde erhoben die Kommunisten Protest. Busse läßt eine Flut von Ordnungsrufen (15 Stück!) gegen die Kommunisten los. Eine Arbeiterin, die auf der Tribüne gegen dieses schändliche Vorgehen protestierte, wurde auf Veranlassung Busses hinausgeworfen. Die Kommunisten wiederholten im Verlaufe der Sitzung ihre Anträge mehreremals, um immer wieder die Dringlichkeit derselben zu unterstreichen.

Ein Reaktionär wiedergewählt

Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde dann die Wiederwahl des besoldeten Stadtrats Fischer vorgenommen. Die Kommunisten stimmten für ihren eigenen Kandidaten, den gemaßregelten Stadtrat Otto Stauch. Bei der Abstimmung erhielt Fischer 30, Stauch 15 Stimmen. Es folgt dann eine längere Debatte über die Beteiligung der Stadt an der Erhöhung des Aktienkapitals der Kleinwohnungsbau Halle AG in Höhe von 100 000 Mark. Genosse Günther wandte sich im Namen der KPD-Fraktion gegen die Vorlage. Die Stadt ist verpflichtet, Wohnungen zu bauen. Durch die Unterstützung sogenannter „gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften" kann das Wohnungselend nie beseitigt werden. Die Vorlage wird gegen die Kommunisten mit Mehrheit angenommen. Ebenso eine Vorlage über die Festsetzung der Berufsschulbeiträge für das Jahr 1931, nachdem Genosse Herbert verschiedentliche Mißstände in den Gewerbeschulen in Halle geschildert und die rigorose Sparpolitik des Magistrats auf dem Gebiete des Schulwesens angeprangert hat. Nach Erledigung einer Reihe weiterer unwesentlicher Tagesordnungspunkte erfolgt die

Beratung der kommunistischen Dringlichkeitsanträge

Der deutschnationale Vorsteher Busse leistete sich hier zunächst eine ungeheuerliche Provokation, indem er einfach erklärte, daß die Stadtverordnetenversammlung für die Notverordnungen nicht zuständig sei (!). Die Besprechung des ersten Dringlichkeitsantrages der Kommunisten, der sich gegen die Notverordnungen überhaupt wendet, wird darauf von der Bürgerblockmehrheit abgelehnt. Zur Begründung der weiteren Anträge der Kommunisten (Unterstützungen, Arbeitsbeschaffung usw., siehe „Klassenkampf" von gestern) ergriff Genosse Erich Behnke das Wort. Er erklärte, daß die Ursache der kommunistischen Dringlichkeitsanträge die Notverordnungen sei. Dann kennzeichnete er den reaktionären und volksfeindlichen Inhalt derselben sowie die Auswirkungen auf die Lage der werktätigen Massen. Den Kommunen obliegt nach dieser Notverordnung nur noch die Aufgabe, den Bankrott des kapitalistischen Systems zu verlängern. Diese Rolle der Kommunen im Dienste der faschistischen Diktatur hat ja selbst der Oberbürgermeister Rive mehrmals angedeutet. Der Magistrat muß eine klare Antwort auf die Frage geben:

Wie stellt sich die Stadt zu dieser Notverordnung und welche Aufgabe hat sie zu erfüllen?

Die Hungerverordnungen bedeuten eine ungeheuerliche Vermehrung des Elends unter den Aermsten der Armen, aber auch unter den Schichten der Kleingewerbetreibenden, Angestellten und Beamten. Weitere Senkung des Lebensstandards der Werktätigen, das ist das Ziel des Finanzkapitals. Die bürgerliche Gesellschaft, die die Verelendung des Volkes mit derartigen Mitteln weitertreibt, provoziert geradezu die Vorkommnisse, die sich jetzt überall im Reiche, auch in Halle auf den Straßen abspielen. Die Bourgeoisie trägt die Verantwortung dafür, wenn die Hungernden in ihrer Verzweiflung Lebensmittelgeschäfte erstürmen. Vernichtend war die Anklage des Genossen Behnke auch gegen die Sozialfaschisten, auf deren Parteitag die Brüning-Politik Triumphe feierte. Zum Schluß seiner, von den Tribünenbesuchern mit großer Spannung verfolgten Ausführungen, rief Genosse Behnke aus:

Wir Kommunisten als Vertreter der Arbeiterschaft machen diese Hungerpolitik nicht mit!

Den notleidenden Erwerbslosen muß geholfen werden. Da aber die Bourgeoisie nicht den Willen hat, ihnen zu helfen, werden die Opfer des bankrotten kapitalistischen Systems gegen die Hungerpolitik kämpfen müssen. Wir Kommunisten appellieren an das werktätige Volk zum Kampfe für ein sozialistisches Deutschland.

Herr Bürgermeister Belthuysen machte der Versammlung die Mitteilung, daß er die Notverordnung noch nicht kennt. Er jonglierte wieder mit einigen Zahlen, um zu „demonstrieren", was der Magistrat für die Erwerbslosen alles leistet. Jetzt betragen die Barunterstützungen pro Monat bereits ½ Million Mark. Die Summe wird sich in den nächsten Monaten noch bedeutend steigern. Belthuysen ermahnte angesichts der trostlosen Lage zu „äußerster Vorsicht", worauf ihm die Kommunisten erregt zuriefen: „Wir haben Hunger, wir wollen etwas zu essen!"

Stadtverordneter Klemm (SPD) begründete einen Verlegenheitsantrag seiner Fraktion, nachdem die erfolgten Kürzungen der Wohlfahrtsunterstützung rückgängig gemacht werden sollen. Seine Ausführungen waren ein unglückseliges Gestammel. Er schimpfte auch mächtig auf die Notverordnungen, ohne scheinbar daran zu denken, daß seine Partei dieselben anerkennt. Ueber die kommunistischen Anträge verlor er kein Wort.

Dann erhob sich der Hakenkreuzler Czarnowski von seinem Platz, um sich wieder einmal gründlich zu blamieren. Seine idiotischen Ausführungen gingen unter minutenlangem Gelächter der Kommunisten völlig unter, so daß er dann vor Wut wie ein ungezogenes Kind brüllte und wie ein Tollhäusler mit den Armen in der Luft herumfuchtelte.

Genosse Paul Müller kennzeichnete den Schmus des nationalsozialistischen Stadtverordneten Czarnowski gebührend durch die Wiedergabe folgenden kleinen Verses des bekannten Dichters Heinrich Heine:

Was ist das für ein Kerl, der da oben steht
mit seinem großen Maul?
Bei dem das Phrasendreschen vom Flecke geht,
wie das Furzen dem alten Gaul!

100 Prozent Unterstützungsabbau

Genosse Müller schilderte den Unterstützungsraub des Hallischen Magistrats. Die Unterstützungen sind vielfach willkürlich abgebaut worden. In einzelnen Fällen ist sogar ein hundertprozentiger Abbau der Unterstützungssätze vorgenommen worden. (Hört! Hört!)

Dann nahm Herr Dr. Hirsch Gelegenheit, als Hauptmann des Bürgerblocks mal etwas zu sagen. Eigentlich wußte Herr Hirsch so gut wie nichts zu sagen. Nach seiner Meinung könne den Erwerbslosen nur geholfen werden, wenn man „Ernst und Würde" an den Tag legt. Er soll doch mal den Versuch machen, den Erwerbslosen auf dem Stempelamt mit Ernst und Würde das Hungern abzugewöhnen. Wir sind überzeugt, daß ihm die Erwerbslosen bestimmt einen würdevollen Empfang bereiten würden. Eine der größten Unverschämtheiten dieses reaktionären Bürgerblockvertreters war die Bemerkung, daß die erwerbslosen Väter gegenüber den Wünschen ihrer Kinder hart sein müßten!

Genosse Pretsch knöpfte sich diesen sauberen Herrn gehörig vor. Herr Hirsch ist also der Meinung, daß

die Kinder der Erwerbslosen in Zukunft statt Milch Wasser trinken

sollen. Genosse Pretzsch ruft den bürgerlichen Herren und den Herren vom Magistrat zu: **„Ihr seid bankrott und habt abzutreten — uns aber gehört als Arbeiterklasse die Zukunft."**

Der Bürgerblock-Stadtverordnete Schmidt erklärte, daß er die Notverordnungen mit aller Energie bekämpfte. Trotzdem lehnte er die meisten der kommunistischen Anträge mit samt seinen Freunden ab. Herr Dr. May stimmte dann noch einmal ein Klagelied über die „bitterböse Zeit" an. Lakonisch erklärte er, daß die Drosselei noch längst nicht zu Ende wäre. Es wird also noch viel schlimmer kommen, was die Kommunisten schon längst vorausgesagt haben. Die Genossen Wabbel und Eckstein begründeten dann noch die kommunistischen Anträge im einzelnen.

Nach dreistündiger Debatte schritt man zur Abstimmung. Die Bemerkung eines Bürgerblocklers: „Gott sei Dank!", dokumentierte wieder einmal, daß diese Herrschaften sich einen Dreck um die Not des Volkes kümmern.

Auf Antrag der Kommunisten wurde über die wichtigsten Punkte der kommunistischen Anträge namentlich abgestimmt. Mit 38 gegen 18 Stimmen wurde der Antrag, die vorgenommenen Kürzungen der Wohlfahrtsunterstützung aufzuheben, abgewürgt. Ebenso der Antrag, den Wohlfahrtsempfängern die früheren Sätze der Erwerbslosenunterstützung auszuzahlen. Alle übrigen Anträge über Gewährung von Unterstützungen und über Arbeitsbeschaffung wurden abgelehnt. Lediglich der Antrag, den Ausbau der Gröllwitzer Schule vorzunehmen, wurde mit 28 zu 26 Stimmen angenommen. Die Bürgerblock-Stadtverordneten waren bei der Abstimmung nicht immer „diszipliniert". Einige von ihnen mußten manchmal nicht, ob sie aufstehen oder sitzenbleiben sollten. Niedergestimmt wurden auch noch die Anträge des Internationalen Bundes und ein SPD-Antrag über die Zurücknahme des Unterstützungsabbaues

Reichs-Arbeitersportwoche in Halle

Tausende Zuschauer bei dem Aufmarsch der roten Athleten

Das sportliche Programm der Reichs-Arbeitersportwoche nahm gestern mit dem Aufmarsch der Athleten seinen Anfang. Nachdem die Sportler mit Spielmannszug in buntem Dreß aufmarschiert, begannen sofort die Ringerfreiübungen, während am unteren Ende die Jiu Jitsu-Abteilung ihre Künste spielen ließ. Großen Beifall erntete

die Pyramidengruppe.

Vier Mann hoch bauten sie sich auf, der obere zeigte die rote Faust, den Kampfesgruß des revolutionären Proletariats. Die Expandergruppe marschierte dann auf, und zeigte in leichten Uebungen den Wert dieses Sportgerätes.

Sportgenosse Heßler hielt dann eine kurze Ansprache, die durch Lautsprecher verstärkt wurde. Er zeichnete den Kampf der roten Sportler und die Werbearbeit der RASW auf. Er forderte die Arbeiterschaft auf, die weiteren Veranstaltungen zu besuchen und sich den Vereinen anzuschließen.

FSV. Sämtliche Kinder, Sportler und Sportlerinnen aller Sparten treffen sich heute abend, 18 Uhr, im Sportdreß im Bade. Abmarsch nach dem Hallmarkt pünktlich 18.45 Uhr.

Heute abend Aufmarsch der Turner

auf dem Hallmarkt 19 Uhr

Nachdem die Athleten gestern abend ihr Programm zur Reichsarbeitersportwoche in Halle auf dem Hallmarkt abgewickelt haben, marschieren heute abend die Turner, Leichtathleten und Kinderabteilungen des Zentralvereins mit Spielmannszug und Kapelle auf. Ein buntes Programm wird seine Abwicklung finden. Der Aufmarsch findet vom Bade am Hettstedter Bahnhof um 18.30 Uhr statt.

Alle Sportler des Zentralvereins Halle müssen pünktlich im Dreß antreten.

Achtung! Rad- und Motorradfahrer aufgepaßt!

Wir treffen uns alle am Mittwoch, pünktlich 18.30 Uhr, bei Rothrodts, Universitätsring, zum Marsch nach dem Markt in Sportkleidung. Restloses und pünktliches Erscheinen wird erwartet und ist Pflicht eines jeden. Genossen, Räder mitbringen. Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310609-17/fragment/page=0008

HALLE

Dienstag, den 9. Juni 1931.

Feuer bei Claus & Rühl

Am Sonntag, dem 7. Juni, 2.10 Uhr, wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Böllberger Weg 26 gerufen, wo in dem der ...bearbeitungsfirma Claus und Rühl, GmbH, gehörigen ...nekeller ein Brand ausgebrochen war. Im Kellergeschoß des betreffenden Gebäudeteiles befindet sich neben einem in sich abgeschlossenen Furnierlager ein mit zwei Kesseln besetzter Keller und ein Spänekeller, in dem die durch eine Exhaustoranlage gesammelten Abfälle der Hobel- und Schleifmaschinen und der Sägen aufbewahrt werden, um in den Heizkesseln verbrannt zu werden. In diesem Raume befanden sich bei Ausbruch des Feuers schätzungsweise 40—50 Kubikmeter Späne, die zum Teil in Brand geraten waren und den Keller vollständig verqualmt hatten. Da der Raum, der im übrigen durch eiserne Türen gut abgeschlossen war, zwei Zugänge besitzt, konnte das Feuer gleichzeitig von zwei Seiten unter Verwendung von ...en Gasschutzgeräten mit zwei Schlauchleitungen angegriffen werden. Da das Feuer teilweise schon tief in die fast zwei Meter hoch aufgeschichteten Späne eingedrungen war, mußten beträchtliche Mengen herausgebracht und im Freien nochmals abgelöscht werden, wodurch die Feuerwehr annähernd drei Stunden auf der Brandstelle tätig war. Außerdem wurde noch eine Brandwache zurückgelassen.

Die Entstehungsursache ist noch nicht einwandfrei ermittelt worden. Vermutlich haben sich die um den Schornstein ... aufgeschichteten, leicht brennbaren Hobelspäne durch die Strahlungshitze des Schornsteins entzündet.

*

Am gleichen Tage, 18.50 Uhr, rückte Zug 1 der Hauptwache auf Grund fernmündlicher Feuermeldung nach dem Grundstück ...nbergstraße 8 aus, in dessen Dachgeschoß ein Brand entstanden war. Es brannten neben altem Hausgerät Bretterverschläge und Teile der Dachfläche. Das Feuer wurde in halbstündiger Tätigkeit mit einer Schlauchleitung gelöscht.

Fahrlässiges Umgehen mit unverwahrtem Feuer oder ... scheint die Brandursache gewesen zu sein.

Spartakiade der Satire im „Eulenspiegel"

Mit der Waffe der Satire will die **Juni-Nummer des „Eulenspiegels"** den bürgerlichen Sport **knock-out** schlagen. Damit dies ...lich geschieht, müssen sich alle Freunde des Arbeitersports, besonders die Teilnehmer der Spartakiade, an dieser Spartakiade der ... beteiligen. **Jeder muß mitstarten.**

Die „Eulenspiegel"-Redaktion fordert alle auf, **kurze Beiträge in Wort und Bild einzusenden**, die 1. den **bürgerlichen Sport** ein...lich des sozialdemokratischen charakterisieren, seinen Rekord...inn, seine Geschäftemacherei und seine faschistische Propaganda ...ren, und 2. lustige Anekdoten aus dem **Sportleben der roten Sportler** enthalten. Die besten Einsendungen werden im „Eulenspiegel" gegen **Honorar abgedruckt. Wir bitten alle Einsender**, die ... darauf legen, ihre Beiträge zurückzuerhalten, das ausdrücklich zu vermerken. Die Einsender der angenommenen Beiträge erhalten ...ehend Bescheid.

Rüstet zum 14. Juni!

Der diesjährige Internationale Solidaritätstag der IAH steht im Zeichen des verschärften Kampfes der Arbeiterklasse gegen den unerhörten Raub an den Unterstützungssätzen der Erwerbslosen, Wohlfahrtsempfänger, Kriegsrentner, und im Zeichen der immer schärferen Ausbeutung der Betriebsarbeiter. Angesichts der Tatsache, daß die Millionen des arbeitenden und arbeitslosen Volkes in immer tieferes Elend hineingestoßen werden, gilt es, zum letzten entscheidenden Kampf zu rüsten. Wir müssen den Herren zeigen, daß wir gewillt sind, mit ihrem faulen und morschen System Schluß zu machen.

Der Internationalen Arbeiter-Hilfe fällt in dieser Situation eine erhöhte politische Aufgabe zu: Die Unterstützung des kämpfenden Proletariats in größerem und schnellerem Maße als bisher zu organisieren. Seite an Seite mit der RGO und allen revolutionären Massenorganisationen ist die IAH verpflichtet, für materielle Hilfe in den wirtschaftlichen Kämpfen zu sorgen und diejenigen Schichten zu erschließen, die hierfür in Frage kommen.

Die internationale proletarische Solidarität ist bisher schon eine gute und schlagkräftige Waffe im Klassenkampf gewesen und muß — bis in die letzten Möglichkeiten organisiert — zur entscheidenden Waffe werden.

Wenn also in diesem Jahre zum 14. Juni der Ruf an die Werktätigen ergeht, aufzumarschieren unter den Bannern der proletarischen Solidarität für Arbeit, Brot und Freiheit, gegen alle Volksfeinde, für die Sowjetunion, so muß damit die Erkenntnis verbunden sein, daß kein Lippenbekenntnis zu diesen Parolen uns dem siegreichen Endkampf näherbringt, sondern nur die mutige, entscheidende praktische Tat. Die Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeiten der **Stärkung der IAH als Proviant-Kolonne des Proletariats** liegt dem diesjährigen Solidaritätstag zugrunde. In einheitlicher Zusammenarbeit aller Organisationen werden Zehntausende von Werktätigen in Halle von dieser Erkenntnis erfaßt werden. Das reichhaltige Programm wird auch viel Neugierige oder noch Abseitsstehende zum Stadion bringen. Und an unserer Ueberzeugungskraft wird es liegen, sie zum entscheidenden Schritt, zum Eintritt in die Massenorganisationen zu bewegen. Ueber 2000 Mitwirkende werden an diesem Tage ihr Bestes geben.

Die roten Sportler durch Wettspiele ihrer besten Mannschaften, die roten Agitproptruppen, der Freie Radio-Bund, der mit Moskau-Uebertragungen und anderen Ueberraschungen aufwarten wird. Der beliebte Berliner Dichter des Proletariats, Erich Weinert, die hervorragenden proletarischen Künstler Ernst Busch und Hans Eisler werden, durch Lautsprecher übertragen, an allen Ecken und Enden des Platzes hörbar, ihre besten Gedichte und Lieder bringen. Eine Riesen-Tombola mit einem

Freiflug nach Leningrad, achttägigem Aufenthalt und zurück als Hauptgewinn,

dessen Gewinner noch am selben Abend den Flugschein erhält, wird eine Sensation sein. Das wichtigste aber ist die Filmaufführung im Freien, die sich nach dem großen Massen-Sprechchor der Agitproptruppen im Stadion abwickeln wird. Der gewaltige Film des Fünfjahrplans, „Kanonen und Traktoren", wird den Werktätigen die Augen über den Unterschied eines kapitalistischen und sozialistischen Landes öffnen.

Das ist nur ein Teil dessen, was uns an diesem Tage erwartet. Jeder Werktätige versorgt sich sofort mit einer Plakette der IAH, die nicht nur zum Eintritt am 14., sondern zum Eintritt in alle Veranstaltungen der Rast-Woche vom 7. bis 13. Juni berechtigt.

Jeder rüstet zum Internationalen Solidaritätstag!

Leichenlandung. Am 7. Juni, gegen 5 Uhr, wurde in der Nähe der Siebenbogenbrücke eine männliche Leiche aus der Saale gelandet, welche als die des Kellners Kälterborn festgestellt wurde, der am 5. Juni dort Selbstmord durch Ertrinken verübt hatte.

Die Versorgungsämter sind in den nächsten 14 Tagen sehr stark mit einer Sonderarbeit belastet, die alle Kräfte für sich in Anspruch nimmt. Aus diesem Grunde fallen die Sprechtage in der Zeit vom 8. bis 20. d. M. aus.

Theater, Konzerte, Vorträge

Stadttheater. Heute, Dienstag, findet ein einmaliges Gastspiel der japanischen Sängerin Jovita Fuentes als Madame Butterfly in der gleichnamigen Oper von Puccini statt.

Volksbühne. „Carmen" am 15. Juni. „Die liebe Feindin" am 10. „Der letzte Walzer" am 11. „Madame Butterfly" am 17. „Meistersinger" am 24. „Neugierige Frauen" am 26. Karten wahlfrei ab Montag. „Affäre Dreyfus" am 18. für A; am 20. für B; am 22. für G und am 25. für H. Offener Singabend am 11. im RKG. Wanderlieder. Karten in der Geschäftsstelle, Brüder-

---

Aus dem Geschäftsverkehr

Der Trugschluß der Maschinenstürmer

In vielen Zeitungen ist seit einiger Zeit fast eine ständige Rubrik unter dem Namen **Krenter** entstanden. Sonderbarerweise findet sich nirgend in all diesen Artikeln die Frage angeschnitten, ob die Indianer-Zigarren gut oder schlecht sind. Ueber den Fall scheint also alles einig zu sein; denn bei der täglichen Produktion der Krenter Zigarren-Werke von 800 000 Zigarren und Zigarillos muß doch wohl die Zigarre gut sein, und dem Geschmack des deutschen Rauchers entsprechen.

Daß die Verpackung geschmackvoll und hygienisch ist und daß der so überaus schnell bekannt gewordene, von Schulpigs Künstlerhand entworfene Indianer außerordentlich interessant ist, findet gleichfalls keine Zweifler.

Wie sieht nun eigentlich der Tatbestand klar und deutlich, gewissermaßen mit Zeitlupe, aus? Krenter beschäftigt in Döbeln über 2000 Arbeiter und in Nußloch bei Heidelberg zirka 800. Fast alle diese Kräfte waren bisher arbeitslos. Die Löhne liegen um 5 Prozent über dem reichsverbindlich erklärten Tarif. Wenn Neider sagen, daß Krenter arbeitslos macht, so ist dies ein Trugschluß, der jeder National-Oekonomie ins Gesicht schlägt. Wer will denn heute noch im Jahre 1931 leugnen, daß durch moderne Wege der Bekanntmachung einer Ware größere Nachfrage erzielt wird? Hieraus folgt aber auch größere Beschäftigung weiterer Kreise, wie Zigarrenhändler, Gastwirte etc., gar nicht zu reden von den vielen Hilfsindustrien, die Krenter beliefern. Man denke allein an Verpackung, Stanniol, Plakate, Schaufenster-Materialien, Werbemittel-Zeichner, Autos usw. Wenn so vielfach in der Presse der Ruf erscheint „Sachsen braucht Arbeit", so muß man wohl sagen, daß Krenter von der sächsischen Stadt Döbeln aus den Weg hierzu nachahmenswert zeigt.

Der Raucher aber fordert, wie sich überall zeigt, die Indianer in starkem Maße: er verlangt eine ausprobierte gute Sorte mit Bestimmtheit und Energie, besonders wenn sie im Preise der heutigen Wirtschaftslage in so vernünftiger Weise Rechnung trägt wie die Krenter-Zigarren.

Sämtliche Gummiwaren billigst ★ Gummi-Bieder

Praktische Geschäftsleute

wissen, daß es zur Erhaltung alter Kundschaft und zur Werbung neuer Kunden kein besseres und bequemeres Werbemittel gibt, als ein Inserat in unserem

Führer durch die Geschäftswelt

Die rege Inanspruchnahme dieses Werbemittels durch die Geschäftswelt hat uns gezwungen, den Raum für diese Führer in unserer Zeitung ständig zu vergrößern. Auch dieses Mal wird der uns dafür zur Verfügung stehende Raum nicht ausreichen und eine Erweiterung erfahren müssen. Sichern auch Sie sich rechtzeitig den Platz für Ihr Inserat und reservieren Sie unserem Vertreter, welcher Sie in den nächsten Tagen besuchen wird, Ihren Auftrag

Halle a. d. S., im Juni 1931

VERLAG „KLASSENKAMPF"

WALHALLA
Täglich der große Erfolg:
Mühle von Sanssouci
Glänzende Besetzung

Wo verbringe ich meine Ferien?
Nur im idyllisch gelegenen
Terrassen - Kaffee
LEISSLING
Gute Bewirtung, billigste Preise
... Biere und andere Getränke

Monopolkeller
Weißenfels
bekannte vorzügliche Küche bietet ... den verschied. Speisen einen guten ...gstisch. Abonnement 80 ₰
... Stamm: 1l. Salzknoch. m. Meerrettich od. Kraut 90 ₰
... die prima Bratwurst mit Kraut.
...ehren Sie mich Hans Hechler

Stadt-Theater
Heute Dienstag, 20—22.30 Uhr
Einmaliges Gastspiel der japan. Sängerin Jovita Fuentes
Madame Butterfly
Oper v. G. Puccini
Mittwoch, 20—22.30 Uhr
Die liebe Feindin
Komödie v. A. P. Antoine

Prima
Fleisch- und Wurstwaren
92 empfiehlt
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei
Weißenfels
Fischgasse

Luisenbad
Promenade 19 Telephon 253
Weißenfels
Sämmtliche ärztliche Verordnungen für Private und Krankenkassen (auch außer dem Hause) werden gewissenhaft ausgeführt.
Geöffnet von 8—20 Uhr
Kurt Laue

Ihre Schuhe drücken
... wir weiten und strecken bis zu 2 Nummern
Fußwohl Kirchnerstr. 18a Geiststraße 28

Achtung Genossen!
Empfehle mein prima
Speise-Eis
Kennzeichen grüne Wagen
Verkauf auch:
Ecke Bismarck- und Kohlstraße
Kurt Schönefeld, Delitzsch

Einheits-Preis-Abteilung
Neue Haushaltungs-Artikel
zu 0.25 0.50 0.75 1.00
Beachten Sie bitte die billigen Preise in meinen Schaufenstern und die Ausstellung im Laden!
Albert Bohrmann
Weißenfels

Hausfrauen!
Sagt immer bei euren Einkäufen, daß ihr Abonnenten des „Klassenkampf" seid!

Äußerst preiswerte
Schlafzimmer
kompl. echt Eiche Ankleideschrank 1,30 m br. nur 365.-
kompl. echt Eiche Ankleideschrank 1,50 m br. nur 395.-
Große Auswahl in den Preislagen 480.- 550.- 660.- 750.- 810.- usw.
Gebr. Jungblut
Halle (Saale)
Albrechtstr. 37

Allgemeiner Konsumverein Halle u. Umgebung e. G. m. b. H.
Auf Antrag von über ⅓ der Delegierten wird auf die Tagesordnung der am 12. Juni stattfindenden Vertreterversammlung gestellt:
Erledigung von Anträgen zu § 37 Abs. 5 und § 38 Abs. 4
Der Vorstand.

J. Dickens Lederhandlung / Ausschnitte u. Schuhmacherbedarfsartikel
Weißenfels, Jüdenstraße 24

Habe mich als
Zahnarzt
niedergelassen
Dr. Helmut Brauer
Elsa-Brandström-Str. 19 II. Tel. 33147

Zurück
Frauenarzt Dr. Horn
Mühlweg 37 I Tel. 22121

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310609-17/fragment/page=0009

Halle

Hermann Böhlert
Roßschlächterei
Glauchaer Straße 75 — Bärgasse 4
31679

Barbara-Drogerie
Merseburger Str. 104 — Tel. 329 50
Farben, Tapeten, Photo, Drogen
31684

Otto Hertrampf
Glauchaer Str. 53
Drogerie und Farbenhandlung
31674

Reserviert
32276

Holzpantoffeln, Filzpantoffeln
billigst bei
Richard Fricke, Mauerstr. 1
31692

Reserviert 29
31688

Fisch- u. Delikateßhandlung
Friedrich Bönicke, Gr. Brunnenstr. 65
32133

Trinkt die gute Milch aus der Halleschen Molkerei 31680

F. Lindenhahn, Königstr. 8 Eisenwaren, Werkzeuge, Baubeschläge, Oefen, Herde 31686

Gebr. Nagel, Halle, Trothaer Str. 39 32282

Reserviert 23
32205

Original Zeileis-Gallspach
Bestrahlungsinstitut
Halle/Saale, Magdeburger Straße 54I
Große Heilerfolge!
32204

Otto Krüger, Schnellbesohlanstalt „EXPRESS" Magdeburger Str. 55 32269

Verlangt **Käse** von der **Käserei Nikolaistr. 6**
A. Block
32268

Hallesche Auto-Beleuchtung
Fischer & Röhle Krausenstr. 6
Tel. 34738, 33351 32267

R. Kleemann
nur Moritzzwinger 9
Augenoptik - Feldstecher
Photoartikel 32266
Lieferant aller Krankenkassen

Gasthof „Erholung" u. Lebensmittelgeschäft Friedrich Schmidt, Trothaer Str. 36 32278

Eßt „Müller-Brot" 32279

Därme täglich frische Lebern, sowie alle Gewürze zum Schlachten
ä Höpfner, Inh. C. Reiners
Olearinsstraße 12 32272

Möbel-Schaible
Gr. Märkerstraße 26 am Markt
32271

Brennholz
laufend abzugeben 32270
Vereinigte Bürstenfabriken
Dessauer Straße 7

Beleuchtungskörper
Apparate für Gas und Elektrizität
Bequeme Zahlungsbedingungen
Stadtgeschäft Halle G. m. b. H.
Fernruf 25654 ◆ Gr. Ulrichstraße 54
31684

Trinkt „Migros" Kakao
32130

Reserviert 100
31667

Unterstützt Sanell-Schuhreparaturwerkstatt
Behrendt, Mansfelder Straße 62 32135

32127

Max Schröder Schwetschkestraße
Bäckerei und Konditorei
Kaffee- u. Teegebäck zu jeder Tageszeit

Roßschlächterei J. Thurm
Glauchaer Straße 79

Glauchaer Stübchen
Glauchaer Straße 75
Billiges Bier- und Speiselokal

Molkerei „Süd" Rudolf-Haym-Str. 35
Dauerpasteurisierte Milch, Butter, Sahne

STEINMETZ-BROT ÄRZTLICH EMPFOHLEN

Halle-Trotha

Vogel's Restaurant Trothaer Str. 42
Verkehrslokal der organisierten Arbeiterschaft
32277

Klara Jänicke
Belfortstr. 1
Lebensmittel, Kohlen
31855

Reserviert 4
31865

Otto Wucherer, Trothaer Straße 78
Kolonialwaren, Spirituosen 32196

Marg. Denkewitz, Trothaer Str. 89
Zigarren, Zigaretten u. Tabake 32197

Hermann Schaaf, Hansestraße 4
Lebensmittel, hausschl. Wurstw. 32198

„Lindenhof" Kröllwitzer Straße 15
Treff der organisierten Arbeiterschaft!
31856

Rest. Friesenhalle
Verkehrslokal der Arbeiterschaft
32286 Friesenstraße 21

Dölau

Kauft in der Heide-Drogerie
Inhaber: Hans Quellmalz, Heideweg 18 31861

Bäckerei, Konditorei **G. Friedrich**, Cröllwitzer Straße 22 31854

Otto Stoye, Schnellastverkehr, Lohnfuhrwesen
Bergstr. 18 — Tel. 108 Vereinsfahrten 31852

Gasth. Dölauer Heide
Zechenhaus 4
Treffpunkt der organ. Arbeiterschaft 31853

Rind- u. Schweineschlächterei
Karl Zeitemann
Lettiner Straße 1
31850

Rind- u. Schweineschlächterei
Richard Letzner
Ostraustraße 21
31851

Gute Romane bringt der „Klassenkampf"

Burgliebenau

Arbeiter bevorzugen das **Braunbier** aus der Brauerei **Alfred Marx**
31949

Schkeuditz

Spart bei der Stadtsparkasse zu Schkeuditz 31925

Hüte, Mützen, Herrenartikel
Wilhelm Zeuner, Markt 3
31927

Radio-Vertrieb
Fritz Arnold, Leipziger Straße 2
31924

Lebensmittel Herm. Richter, Filiale Leuna u. Dürrenberg
31929

Schuhhaus Franz Schirlitz
Hallesche Straße 12
Größte Auswahl Niedrigste Preise
31930

Bäckerei und Konditorei **Albin Backert**, Markt 5
31926

Bruno Friedemann, Schweineschlächterei, Hallesche Straße 64
31928

Werbt für den „Klassenkampf"

Alfred Schneider
Delikatessen
Obst und Südfrüchte
Leipziger Str. 4-5
31923

Konzert- u. Ballhaus „Zum Bahnhof"
Inh.: Otto Heim — Tel. 362
Angenehmer Familienaufenthalt!
Ausschank: Sternburg-Bier 31981

Inserenten fordert Offerten über Drucksachen ein

Ahlsdorf

Bäckerei, Kolonialwaren. **Reinhold Schenk.** Anerkannt vorzügl. Roggenbrot, Weißgebäck 31918

Leimbach

Wollen Sie etwas gutes sehen und hören, so besuchen Sie bitte die 31913
Leimbacher Lichtspiele

Gemischtwaren-Geschäft von A. Münicke Nachfg.
32279

Ammendorf

Kauft bei **Probsthayn** Mittelstraße 10
31948

Schwanen-Apotheke A. Kremer Beesener Straße 14
31940

Albert Henze
Klempnerei, Installation
Heizungen, Be- und Entlüftungen
31945

Ammendorfer Schokoladenhaus
Heinrich Schneider
Regensburger Straße 4 31944

Paul Schmidt, Regensburger Straße 93
Rind- und Schweine-Schlächterei
31942

„Gasthaus Broihanschenke"
Inhaber: E. Heinichen
Beesener Straße 21 31980

Reinhold Meye, Radeweller Straße 3
Kolonialwaren, hausschl. Wurstwaren
31936

Gustav Schröter, Hohe Straße 8
Hausschl. Wurst, Wild, Geflügel, Konserven
31937

Frau Paul Thiele
Regensburg. Str. 132
empf. sich d. Kundschaft
32146

Gute Romane stehen im „Klassenkampf"

Schokoladenhaus A. Zimmermann Brauhausstraße 3
31938

Möbel aller Art
Carl Ulgenannt
Regensburger Straße 11 31941

Kauft nur Lipffert-Zigarren
32145

Konfektionshaus Kurt Binnewies

Spezialwerkstatt für Motorfahrzeuge
Paul Hauck, Tel. 340 88, Regensb.

Zentral-Molkerei, Ammendorf
Lindenstraße 1
empfiehlt sämtliche Molkereiprodukte

Eßt Behr-Käse

Lochau

Paul Brandt, Rind- und Schweineschlächterei
32141

Gasthaus „Elstertal"
Inh.: Anton Boller
31960

Nur dem unser Geld, der es mit unserer Presse hält!

Alsleben

Schweineschlächterei **Friedrich Paan**
Breiteweg 93 32168

F. Müller, Schweineschlächterei, Kolonialwaren
Bernburger Str. 56 32171

Hermann Pfaffe
Fleisch- u. Wurstwaren
Breiteweg 97
32169

Reserviert 333
32170

Reserviert 300
32167

Werbt für den „Klassenkampf"

Lettin

Genossenschaftler!
deckt Euren Bedarf im eigenen Geschäft und nicht in fremden Läden
31849

Rietleben

Hausschl. Wurstwaren, Lebensmittel
Walter Lenz, Feldstraße 15
31848

Döllnitz

Gasthof „Zum Palmbaum"
Inhaber: Wilh. Thieme
Regensburger Straße 43
31722

P. Angermann, Fahr- und Motorräder, Nähmaschinen-Reparatur.
Regensburger Str. 39 31951

Schäfers Gärtnerei Gtes 3
31721

Löbejün

Klassenbewußte Arbeiter decken Ihren Bedarf nur im Konsum-Verein

Wettin

Albert Glaser
Bäckerei
Rönnerusche Str. 73
32175

Gasth. Zum Stern, Verkehrslokal d. Arbeiterschaft. Mache 133

Otto Hennig, Bäckerei, Johannesweg

Eisleben

Spare auch Du bei der
Verbands-Sparkasse
der Mansfelder Kreise und Städte

Kaffee-Monopol Kaffee und Gebäck billig und gut. Hallesche Str. 2
31890

Kelbra

Herren- u. Damen-Konfektion
Hüte, Mützen
Otto Reiss, Lange Str. 13
32070

Kolonialwaren, Bäckerei, Kohlenhandlung u. Koks bei Gottschalk
Breite Straße 95 32067

Kolonialwaren, Haushaltungsartikel
G. Heinrich. Inhaberin: Ella Knittel
Lange Straße 67 32069

Schuhwarenlager u. Reparaturwerkstatt von Wilhelm Bornkessel, Ritterstr. 14
32068

Kurt Abendroth. Kolonialwaren, Manufakturwaren, Kohlen, Koks, Futter, Düngemittel. Breite Straße 55 32066

Nur eine Anzeige
und Sie sind unser ständiger Inserent!

Kloster-Mansfeld

Spez. Wäsche, Wollwaren Spez. Oberhemden, Damen- Kinderwäsche
Ida Hoffmann, Chausseestr. 4 31914

Arbeiter, besucht die Kammer-Lichtspiele
Stets die neuesten Tonfilme. Auswärtige Besuche freie Hin- u. Rückfahrt 31915

Walter Kemnitz. Maßschneiderei u. Herrenartikel. Siebigeroder Straße 17 31916

Holz — Kohlen — Brennmaterial von Heinr. Baupel, Mansfelder Str. 27 31917

Werbt neue Leser!

Helbra

Kolonial-, Materialwaren, Textil-, Wollwaren. Alfred Leupold, Chausseestraße 26 31898

Sämtliche Molkerei-Produkte bei A. Koschinski, Siebigeroder Str.
31897

Lebensmittel, Südfrüchte, Tabakwaren von Gustav Rionecker, Chausseestr. 15
31894

Schuhhaus Otto Schaffhäuser
Echte Schul- u. Kirchstr. 31889

Bäckerei und Konditorei von Willy Große, Bismarckstr. 26 31890

Hausschlachte u. Kolonialwaren empfiehlt O. Spengler, Bismarckstr. 41 31891

Lederausschnitt- und Schuhwaren
Herm. Janisch, Bismarckstr. 45 31892

Kolonial-, Materialwaren, Dampfbäckerei Steinmetzbrot. Fritz Schneider, Chausseestraße 47 31893

Tabakwaren-Lebensmittel
A. Liebmann, Chausseestr. 18 31896

Weiß-, Woll-, Kurz-, Mode-, Lederwaren Joh. Meyer, Siebigeroder Str. 3 31896

Wehlitz

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei **Paul Hannig**, Ermlitzer Straße 34
31933

„Ratskeller"
Inh.: Paul Böttcher
Ballsaal, Kegelbahn, schattiger Garten
31984

H. Ulbricht
Fleisch- u. Wurstwaren
Schkeuditzer Str. 11
31932

Naumburg

Motorräder, Nähmaschinen, Fahrräder Gummi, Zubehör und Schallplatten Dippold & Abicht, Hirsch-Passage
31831

Roßschlächterei **Hermann Thurm** Kl. Wenzelstraße 5
Feine Fleisch- und Wurstwaren
31830

Gediegene und preiswerte Möbel kauft man billig bei Möbelberlich, Gr. Naustr. 31829

Salza

Bäckerei — Kolonialwaren von Friedrich Ezerodt, Weststraße 8
32065

Spendet für die Rote Hilfe

Nordhausen

Modehaus Schönbeck
Größtes und führendes Modehaus für Qualitätswaren
— Kornmarkt 15 — 31903

Arbeiter-Verkehrslokal
Gasthof „Zum schwarzen Roß"
Inhaber: Jos. Schütt
Biere des Bürgerl. Brauhauses 31906

Harzer-Hof
Restaurant u. Kaffee — Worbis-Bierverlag
Rumbach 16 31901

Musik-Sauer macht lustig. Proletarische Schallplatten. Kornmarkt 31912

Deckt Euren Bedarf an Radio-Artikeln bei Max Letzmer. Vor dem Vogel 18, Telephon 1573 31908

„Stadt Weimar", Treff.
Gutgepflegte Speisen und Getränke
Baizerstraße 31902

Kuhn's Schnell-Besohl-Anstalt und Schuhfärberei, Neue Straße 1

Kolonialwaren — Gemischtwaren gut und preiswert u. Gastwirtschaft Hermann Striene, Hallesche Straße 30

Carl Frey. Butter, Eier — Käse —
Rautenstraße 37

Zigarren, Tabakwaren, billige Quelle G. Schneider, Barfüßerstraße 17

Kaiser-Mühle Mehl und Brot in bester Qualität
Mühlhof 1

Pinthus & Ahlfeld
das gute Warenhaus

Teuchern

Teuchern, Kaufhaus Hirschberg, Hohenmölsen 32108

Carl Christ Ww., Pegauer Str. 4
Weiß-, Woll- und Baumwollwaren 31624

Gasth. „Grüner Baum", Erich Dinger
Verkehrslokal der Arbeiter 31625

Franz Fischer, Zeitzer Str. 7, Tabak- u. Zigarrenfabrik, bill. Bezugsqu. f. Wiederverk. 31626

Paul Richter, Zeitzer Straße 33
Bäckerei u. Materialwarenhandlung
31632

Konditorei und Bäckerei Ewald Wunderlich.
Markt 1, Spez.: Kindernährzwieback 31629

Lichtspiele „Weiße Wand"
Spielplan: Freitag — Montag

Fleisch- u. Wurstwaren Ernst Schulze Markt 19

Franz Ruzsch, Zeitzer Straße
Billigste Lebensmittel-Bezugsquelle

Trinkt Bergers Vorzugsmilch
Hugo Berger, Oberstraße

Hohenmölsen

ff. Fleisch- u. Wurstwaren Hans Schmidt Zeitzer Straße 13
31633

Damen- und Herren-Friseur-Salon
Spezialität: Bubikopf-Schnitt und -Pflege
Paul Keil, Südstraße 1 31634

Erich Bergner Werkstätte für Friedhofskunst, Südstraße 4
31635

Walter Groß, Lützen. Str., Ecke Offstr. Kolonialwaren, Spirituosen, ff. Landbrot 31641

Edm. Becker, Kräutergewölbe
Drogen, Farben, Sämereien. Neumarkt 11
31642

Billige Fleisch- und Wurstwaren
Paul Schubert, Weißenfelser Straße 28
31636

Reinhold Zschner, Altmarkt 19, Fahrräder, Motorräder, Sportartikel, Kinderwagen
31637

Karl Ebeling, Pegauer Str. 9, ff. Fleisch- und Wurstwaren
31639

„Schillingshof" Jeden Freitag u. Sonntag Dielenball. Aue 2 31638

Arbeiter, besucht die **Lichtspiele** am Schützenplatz 4
31640

Trinkt „Barbarossa-Bräu"
32281

Artern

Lebensmittel-Haus Otto Kieser
Bismarckplatz 2

Fleischerei Fritz Werner, Bismarckplatz 9, empfiehlt sämtl. Fleisch- u. Wurstwaren in bester Qualität

Loth & Köhler G. m. b. H., liefert erstklassige Briketts, Grudekoks

Bäckerei u. Konditorei v. Willy Hüttner
Harzstraße 21

Zigarrenhaus Walter Hoffmann
Markt 12

Werners Restaurant empfiehlt sich. Inh. K. Winkler, Salzdamm 21. Tel.
Autofahrten

Wo kauft der Arbeiter? Bei Rußbaum
Bismarckplatz 10

AUS MITTELDEUTSCHLAND

Trara-Bumm-Bumm, die Schützen kumm' …

Voran der Herr reformistische Betriebsrat

Am Sonntag war's, 15 Uhr in Siersleben, im Mansfelder Land, marschierten die Schützen auf. Na, es waren ungefähr 60, ungefähr 5 bis 6 Vereine mit ihren Fahnen, jeder Verein 8 Mann. Auf dem Dorfplatz war das Rednerpodium.

Ein alter Schulmeister kletterte hinauf. „Das ist der Kantor von ...dorf", sagten die Schulkinder. Er hielt die Festrede.

Die Schützenbrüder standen, teils mit den Händen in den ...taschen, die Zigarre oder die Tabakspfeife im Mund, und ...ten zu. Der gute Kantor hielt eine Rede. Wenn Lächerlichkeit ...n könnte, lebten heute er und seine Schützenbrüder nicht mehr. ...verkündete:

„Liebe Schützenbrüder! Wir sind heute versammelt, um ein Banner zu weihen, ein Banner, das uns alle vereint, in Liebe und Freude, in guten und auch bösen Tagen. Das Wetter ist sehr schlecht. Auswärtige Kameraden haben wir diesmal nicht besonders eingeladen, trotzdem sind einige Vereine da. Der Platz, den wir haben, ist viel zu klein. Die Buden, die beim Schützenfest notwendig sind, können auch nicht aufgestellt werden. Liebe Schützenbrüder! Das Handwerk der Schützen ist ein edles Handwerk. Die Schützengilde ist sehr alt. Sie hat früher mit der Armbrust geschossen. Mit der Erfindung der Feuerwaffe nahm die Schützenbewegung einen großen Aufschwung. Ein Schütze muß seinen Verein lieben und muß zur Uebung gehen. Die Frauen versuchen oft den Mann vom Schützenhandwerk abzuhalten. Das darf nicht sein. Früher hatten die Schützen eine viel bessere Disziplin. Wer nicht zur Uebung kam oder schlecht schoß, der kam auf die „Pritsche". Es wäre gut, wenn heute auch so mancher auf die Pritsche käm. — Und so sind wir heute zusammengekommen, um das Banner zu weihen. Nun falle, Hülle. (Sechs kleine Mädchen als Fahnenjungfern ziehen einen ...en Sack von dem verhüllten Banner, zwei Schützenbrüder ergreifen dasselbe und schwingen es in die Lüfte.) Möge das Banner hell und rein, wie es vor uns steht, das Symbol sein für jeden Schützenbruder. Unser Wahlspruch lautet: Ueb Aug und Hand fürs Vaterland. Wir wollen deutsche Männer sein. Der große Kurfürst hat vor 300 Jahren auch schon deutsche Männertreue gefordert. Und das Gelöbnis wollen wir halten."

Der olle Kantor kletterte vom Podium. Es kamen noch andere „Redner" dran. Jeder hatte einen Fahnennagel zu überbringen. Die Gestalten der Schützen lösten bei allen Zuschauern Heiterkeit aus. Einer fiel besonders dumm auf, und zwar trug er eine Bergmannsuniform: ein großer Kerl mit krummem Buckel, ein Klaiber. In seiner Bergmannsfaust hielt er einen Fahnennagel. Unter den Zuschauern wurde es plötzlich lebendig.

„Ach das ist ja der reformistische Betriebsrat Krüger vom Vitzthumschacht, vom Bergmanns-Schützenverein."

Na, wie guckten da die Kumpels! „Das ist wirklich eine Zierde des Verbandes!" Diese und ähnliche Aeußerungen wurden getan. Als Krüger fertig war, setzte sich der Zug in Bewegung. Die Männeken stolperten durchs Dorf. —

Jawohl, mit Aug und Hand fürs Vaterland! — Der kleine reformistische Funktionär hat den Kurs des SPD-Parteitags in Leipzig recht verstanden. Das ist die echte vaterländische Begeisterung, die auch die Breitscheid, Wels, Sollmann usw. beseelt. Das Vaterland über alles.

Die hungernden Arbeiter und Arbeiterfrauen aber werden bald mit diesem Schützenfestrummel genau wie mit den reformistisch-sozialfaschistischen Volksbetrügern und -verrätern aufräumen.

Nazi-Proleten kommen zur roten Front!

„Ich gehörte seit längerer Zeit der NSDAP an, weil ich dort ...e Aufklärung zu finden. Leider habe ich mich sehr getäuscht, da ich die NSDAP nicht als Arbeiterpartei betrachten kann. Wenn eine Partei in der Prinzen, Gutsbesitzer und Bonzen zu bestimmen haben, kann keine Arbeiterpartei sein. Ich habe es deswegen für meine Pflicht gehalten, diese Partei zu verlassen und mich dem Kommunistischen Jugendverband anzuschließen, der allein die Interessen der ausgebeuteten Jugend vertritt.

Erich Woywoda, Halle, Ritterstr. 17"

„Durch viel Verkehr mit anderen Nazi-Anhängern wurde ich ...redet, mich der NSDAP und der SA anzuschließen. Aber als ich sah, daß es nur Prügelhelden und ihr Programm nur ...phrasendrescherei ist, sah ich, daß diese Partei nicht für Jungarbeiter in Frage kommt. Ich sah dann täglich mehr ein, daß nur der KJVD die Interessen der jugendlichen Arbeiter vertritt und vollzog meinen Eintritt in die einzige revolutionäre Jugendorganisation, um mitzuhelfen an der Beseitigung der Ausbeuterherrschaft, um auch in Deutschland den Sozialismus wie in der Sowjetunion aufbauen zu können.

Mit kommunistischem Gruß

Fritz Oelzner, Muschwitz

„Auch Unbeteiligte wurden unsanft angefaßt"

Ruhe und Ordnung ist die erste Bürgerpflicht!

Köthen. WTB meldet: Die KPD hatte am Freitag eine Versammlung auf dem Marktplatz mit Umzug bei der Polizei angemeldet und auch genehmigt erhalten. Aus irgendeinem Grunde wollte man nun die Versammlung schon vormittags abhalten. Nachdem hierzu die Genehmigung versagt worden war, versuchte man trotzdem zu demonstrieren. Die Polizei sah sich schließlich veranlaßt, den Marktplatz zu räumen. Das ging erfahrungsgemäß nicht ab, ohne daß auch an den eigentlichen Vorgängen Unbeteiligte etwas unsanft angefaßt wurden. —

Nun ja, wissen wir! „Erfahrungsgemäß" wurden in den Maitagen 1929 etliche völlig Unbeteiligte — sogar in den Wohnungen — erschossen; „erfahrungsgemäß" haben auf diese Art schon gute brave Bürger mit dem Gummiknüppel Bekanntschaft gemacht; „erfahrungsgemäß" sind schon treue Schützer der Republik mit schwarzrotgoldener Farbe von der Polizei jämmerlich verdroschen worden — aber erfahrungsgemäß kommt es auch mal anders, denn: Druck erzeugt Gegendruck.

Blankenburg (Harz). Furchtbarer Selbstmordversuch. Eine lebensmüde Frau übergoß ihre Kleider mit Spiritus und setzte sie dann in Brand. Die unglückliche Frau stürzte dann auf die Straße hinaus, wo sie zusammenbrach. Sie liegt nun im Krankenhaus in bedenklichem Zustande darnieder.

Werktätige Frauen in Stadt und Land, heraus zum Solidaritätstag für Arbeit, Brot und Freiheit!

Am 14. Juni demonstrieren auch in diesem Jahr in allen kapitalistischen Ländern die werktätigen Massen unter den Fahnen der IAH für proletarische Solidarität.

In einem Augenblick, wo in allen kapitalistischen Ländern neben der verschärften Unterdrückung der Arbeiterklasse, neben der weiteren Verelendung breitester Schichten des Mittelstandes, sich alle Abbau- und Unterdrückungsmaßnahmen in unerhörtester Weise gegen die werktätigen Frauen richten, ist es Pflicht aller Arbeiterinnen, Hausfrauen und Angestellten, sich an den Kundgebungen zum Solidaritätstag in Massen zu beteiligen.

Die Kulturreaktion will die Entwicklung der Frauen nicht nur hemmen, sondern um Jahrhunderte zurückwerfen, sie will den Gebärzwang verewigen und die Frau zur willigen Dienerin des Mannes und des Haushaltes machen.

Die neueste Brüning-Notverordnung bringt besondere Verschlechterungen für die werktätigen Frauen: Abbau der Erwerbslosenunterstützung, neue Steuererhöhung, Kürzung der Beamtengehälter, durch neue Zölle werden die wichtigsten Nahrungsmittel verteuert und die Hungerration noch mehr gekürzt.

Der SPD-Parteitag in Leipzig zeigte ganz offen, daß die SPD ihren reaktionären Kurs noch verschärfen wird. War es doch der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Grzesinski, der das Reichsorgan der revolutionären Frauen „Die Kämpferin" verboten hat. Faschismus und Sozialfaschismus marschieren in einer Front zur Unterdrückung der proletarischen Frauen.

Fünf Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen werden durch Tarifablauf in wenigen Wochen von weiterem Lohnraub bedroht. Der Solidaritätstag muß zum Ausdruck bringen den Kampfwillen der gesamten Arbeiterschaft, die nicht gewillt ist, sich einem neuen Lohnabbaudiktat zu fügen.

In dieser Situation, die dringender als je den Zusammenschluß aller Werktätigen gebietet, rufen wir alle Arbeiterinnen, Hausfrauen, Angestellten, alle werktätigen Landfrauen auf: Gestaltet diesen Aufmarsch zu einer wuchtigen Demonstration im Rahmen

unserer Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit!

Demonstriert am 14. Juni, am Solidaritätstag,

gegen Hunger und Faschismus,
gegen soziale und kulturelle Reaktion,
gegen die Brüning-Diktatur-Verordnungen,
gegen Zoll- und Brotwucher,
gegen den Bau von Panzerkreuzern,
gegen das Verbot der Frauenzeitung „Die Kämpferin",
gegen § 218,
für Schutz für Mutter und Kind,
für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit,
gegen die imperialistischen Kriegshetzer,
für den Schutz der Sowjetunion,
für den Einheitskampf aller Unterdrückten,
für die Befreiung und Gleichberechtigung der Frau,
für den Sieg des Sozialismus!

Das ist „kapitalistische Ordnung"!

Millionen ohne Arbeit — aber Proletenkinder müssen täglich 12 Std. schuften! Für eine Mark!

„Zeitalter des Kindes" — „Kinderpflege" — „Kindererziehung"

A.-K. Die bürgerliche Presse überschlägt sich bald vor Sorgen um die Gegenwart und Zukunft deutscher Kinder. Fast täglich bringt sie langatmige Artikel. Nirgends zeigt sich deutlicher die ganze Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft als hier. Allerdings, die Bourgeoisiekinder werden gepflegt und gehätschelt. Ihnen geht nichts ab. Wie aber steht es um die Kinder des Proletariats? Tatsächlich ist es so, daß die Schoßhunde der Dämchen ein viel besseres Dasein führen als jedes Proletenkind. Wer sich einmal überzeugen will, wie es Proletenkindern im „Zeitalter des Kindes" geht, der soll nur einmal das Mansfelder Land besuchen. Hier schwingt ja bekanntlich die Mansfeld-AG die Fuchtel. Unerhört werden die Arbeiter ausgebeutet. Bei ihrer schweren Untertagearbeit verdienen auch die geschicktesten und fleißigsten Arbeiter nicht soviel, um ihre Familie satt machen zu können. Dann sind aber auch noch Tausende von Proleten, die arbeitslos sind. Die Mansfeld-AG hat stark rationalisiert. Wo früher drei Mann standen, steht heute nur noch einer. Da müssen also die Kinder fleißig mitarbeiten, sie müssen Geld verdienen, nur damit sie sich mal sattessen können. Ich sprach in Helbra mit einem schwächlichen Jungen. Er erzählte mir:

„Mein Vater ist schon lange arbeitslos, und da wir daheim fünf Kinder sind, müssen wir alle arbeiten. Ich bin 11 Jahre alt, und meine jüngere Schwester geht auch schon arbeiten. Aber die hat es besser wie ich, die ist bei einem Bauer und bekommt jeden Mittag eine Suppe und nachmittags ein Brötchen. Wir auf dem großen Gute kriegen nichts. Wenn wir viel Durst haben, kriegen wir gerade ein bißchen Wasser. Abends um 8 Uhr werden wir mit dem Lastauto wieder heimgefahren. Wir verdienen jeden Tag 1 Mark, manche Kinder bekommen aber nur 70 Pfennig. Das sind die, die nicht so schnell arbeiten können. In den Ferien werden wir schon früh um 6 Uhr abgeholt. Wenn wir wieder Schule haben, dann werden wir gleich von der Schule abgeholt und arbeiten bis abends durch. Da kriegen wir aber nur 35 Pfennig jeden Tag. Es ist doch schade, daß wir nicht länger Ferien haben."

„Es ist schade, daß wir nicht länger Ferien haben" — das sagt der Proletenjunge. Was hat das Kind denn eigentlich von seinen Ferien? Schwere Arbeit, keine Minute freie Zeit, nicht einmal Zeit, um sich richtig ausschlafen zu können — und trotzdem wünscht das Arbeiterkind längere Ferien, nur damit es der Mutter ein paar Groschen heimbringen kann. „Glückliche, sorglose Jugendzeit?" — Nein, davon weiß das Proletarierkind nichts. Das ist aber die herrliche kapitalistische Gesellschaftsordnung. Millionen erwachsener Menschen sind arbeitslos, möchten gerne Verdienst haben; die Kinder müssen schuften, nur weil die Großagrarier nicht daran denken, einen vernünftigen Lohn zu zahlen. Nicht nur im Mansfelder, sondern auch im Sangerhäuser Kreise sah ich dasselbe Bild: die Kinder als billige Ausbeutungsobjekte der Großagrarier,

derselben Großagrarier, die das Geld hatten, um zum Stahlhelmaufmarsch nach Breslau zu fahren und irregeleiteten Landproleten Fahrt- und Unterhaltungskosten nach dorthin zu bezahlen. Da war kein Geldmangel zu spüren.

Bei Stahlhelmaufmärschen, bei Grünen Wochen usw. wird der Profit verjubelt, der aus den Kindern herausgepreßt wurde, und dann wird von denselben Herrschaften verkündet: „An deutschem Wesen soll die ganze Welt genesen." Kann es aber in der Sklaverei schlimmer sein? —

Es gibt ein Land, wo keine Proletenkinder ausgebeutet werden, wo den Kindern die Möglichkeit gegeben wird, ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechend sich zu vollwertigen Menschen zu entwickeln. Das ist das Land, wo die Arbeiter und Bauern herrschen. Es wird in Deutschland nicht besser, als bis das werktätige Volk die Kapitalisten zum Teufel gejagt hat und selber bestimmt.

Jetzt aber müssen sich die Kinder in roten Jungpioniergruppen zusammenschließen. Auch sie müssen mithelfen, solche Zustände zu beseitigen.

Verkäuferinnen schieben Kohldampf — aber trotzdem „Dienst am Kunden" — also lächelt

Zeitz. Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Halle tritt ab 1. Juli d. J. für den Zeitzer Einzelhandel ein neuer Gehaltstarif in Kraft, der eine Kürzung der Gehälter um 5 Prozent vorsieht. Gehälter bis zu 90 Mark werden nicht gekürzt, auch dürfen die Gehälter durch die Kürzung nicht unter die 90-Mark-Grenze kommen. —

Merkt ihr was, ihr jungen Verkäuferinnen? Es handelt sich um euer „horrentes Gehalt", das noch mehr heruntergedrückt werden soll. Sie schleudern euch ihren Hohn frech ins Gesicht! Diese erwähnten 90 Mark sind nicht etwa Lehrlingsgehälter, sondern langjährige Angestellte werden damit abgespeist. Es wird nicht lange dauern, dann ist den Herren da oben auch die „90-Mark-Grenze" noch zu hoch, man wird vor neuem Gehaltsraub nicht zurückschrecken. Seht ihr nun ein, daß ihr in die Front der Ausgebeuteten, in die rote Klassenfront gehört?! Und fragt einmal eure Gewerkschaften, was sie dazu sagen …

Wieder neue Arbeitslose

Nordhausen. Die Söfetalsperre ist nunmehr fertiggestellt und die Betonarbeiter sind entlassen worden. —

Immer stempeln gehen, Proleten! Um euch kümmert man sich einen Dreck! (Nämlich die, die nicht wissen, was Hunger ist.) Ihr aber reiht euch ein in die Kampffront der Erwerbslosen, fordert mit ihnen Arbeit und Brot. **Es gibt eine große Reihe von Arbeitsmöglichkeiten: das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Kommunistischen Partei zeigt sie auf. Helft mit, dann werden wir es umsetzen in die Tat!**

Werbt für den „Klassenkampf"

Sie hatten wieder einmal eine Tagung …

Halberstadt. Nämlich die Wohlfahrtsämter von Anhalt und der Provinz Sachsen. Dazu waren geladen die Spitzenorganisationen der freien Wohlfahrtspflege. Letztere sollen durch ihr Eingreifen und durch Unterstützung der öffentlichen Wohlfahrtsämter diese vor dem Zusammenbruch retten.

Glück auf, erwerbslose Proleten! Wenn jetzt die Gemeinden, die öffentlichen Wohlfahrtsämter, euch die Hungerpfennige nicht mehr zahlen können, dann geht ihr zu irgendeinem vaterländischen Unterstützungsverein oder zur reformistischen Arbeiterwohlfahrt, tut einige Kniefälle und habt dann vielleicht die Aussicht, einige Groschen zu bekommen — oder auch nicht. Es wird wahrscheinlich unerläßlich sein, daß ihr dann vorher erst das Deutschlandlied lernt! —

Oder zeigt ihnen mit einem kräftigen proletarischen Rufe die rote Faust.

Mörder Kapitalismus

Vom Getriebe zerquetscht

Lauchhammer. Im Betriebe der Kohlengrube Koyne der Mitteldeutschen Stahlwerke AG kam am Freitag abend der Arbeiter Rosemann aus Grünewald bei Reparaturarbeiten an einem Bagger so unglücklich zu Fall, daß er von dem Getriebe erfaßt und zerquetscht wurde. Rosemann war sofort tot. Er hinterläßt Witwe und zwei Kinder.

Wegen ein paar Kirschen

Schraplau. Vom Flurhüter angeschossen wurde in den Obstplantagen hinter dem Schützenheim „St. Hubertus" der 20jährige Sohn des Friedhofswärters beim Kirschenstehlen. Er erhielt eine Schrotladung in die Brust. Nach Anlegung eines Notverbandes brachte man ihn ins Krankenhaus nach Bitterfeld.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310609-17/fragment/page=0011
DFG

Aus dem Bezirk

Dienstag, den 9. Juni 1931.

Rentenempfänger reihen sich ein

A.-K. Weißenfels. Am Freitag, dem 5. Juni, fand im Hermannsgarten zu Weißenfels eine Protestversammlung der Rentenempfänger statt, einberufen vom Internationalen Bund. Der Saal war brechend voll. Rentner aller politischen Meinungen waren erschienen, um das treffliche Referat der Genossin Hedwig Krüger, Halle, zu hören. Die Genossin Krüger zeigte die Auswirkungen der Notverordnung auf die Renter und wies auf die Verantwortung der SPD für diese Notverordnung hin. Aus der Versammlung hörte man Zurufe: „So geht es nicht mehr weiter, wenn man nicht elend verhungern will; in Zukunft gehen wir wieder mit auf die Straße und demonstrieren." In der Diskussion betonte ein Anhänger der Stennes-Gruppe,

daß uns kein Parteibuch mehr hindern darf, gemeinsam den Kampf gegen die Unterdrückung des Proletariats zu führen.

Ferner wird in der Diskussion mitgeteilt, daß in der Prittitzer Aschenablagerung ein großer Stoß von Korrespondenz der Kreisleitung vom Zentralverband der Invaliden gefunden wurde. Mehr scheint also der Briefwechsel der Mitglieder des Zentralverbandes mit ihrem Kreisleiter nicht wert zu sein.

Die Versammlung wählte ein sechsgliedriges Kampfkomitee,

das gemeinsam mit dem Kampfkomitee der Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger die nächsten Kampfmaßnahmen vorbereiten soll. Im Schlußwort teilte die Genossin Krüger mit, daß in nächster Zeit eine Invalidendelegation nach Rußland fährt, um die Lage der russischen Invaliden zu studieren und sich selbst zu überzeugen, ob die kommunistischen oder die sozialdemokratischen Zeitungen die Wahrheit über Rußland schreiben. Eine Tellersammlung für die Weißenfelser Arbeiter, die neulich vom Klassengericht verurteilt wurden, ergab 6 Mark. Folgende Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Die vom Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit am 5. Juni 1931 im Hermannsgarten zu Weißenfels a. S. einberufene öffentliche Protestversammlung der Rentenempfänger erhebt allerschärfsten Protest gegen jede Art von Rentenabzug.

In einer Zeit, wo die Lebensmittel, und zwar besonders Brot, teurer geworden sind, sind die Rentenabzüge, herbeigeführt durch die Notverordnung des Reiches, geradezu ein Hohn auf die elende Lage der Rentenempfänger.

Die Weißenfelser Rentenempfänger fordern von der Regierung:

1. Einstellung jeder Art von Rentenentzug.
2. Weiteren Ausbau der Sozialversicherung.
3. Annahme des Arbeitsbeschaffungsprogramms der KPD.

Wir fordern von den politischen Parteien sofortige Einberufung des Reichstages. Dort sind alle bisher ergangenen Notverordnungen, welche die Lage des schaffenden Volkes verschlechtern, aufzuheben."

Weißenfels-Zeitz

Schwerer Dienst

A.-K. Theißen. Einen schweren Tag hatte neulich der Herr Oberlandjägermeister Graßmeyer vor dem Amtsgericht in Zeitz. Zwei Stunden lang war er als Anzeigeerstatter und als Zeuge tätig. Aus seinen Aussagen ging hervor, was er für einen schweren Dienst hat. Vom Balkon seiner Wohnung aus notiert er Zeit und Stunde, wann des Nachbars Hühner mal ausreißen. Dann erteilt er gleich nach Paragraph soundso 3 Mark Strafe. Wer aber nicht gutwillig berappt und glaubt, bei einer gerichtlichen Entscheidung etwas mehr Einsicht wegen solcher Lappalien zu finden, der irrt sich. Wenn der Beklagte seinem Herzen Luft macht und darauf hinweist, daß es in Theißen doch gar keine Vorschrift gäbe, nach der Hühner und Tauben die Firma am Halse tragen müssen, so erhält er wegen dieser „Frechheit" nicht nur 3 Mark, sondern 5 Mark Strafe.

Die vielen Hühner- und Kaninchendiebstähle, die vorkommen, hat der Herr Oberlandjägermeister noch nie aufgeklärt. Die Diebe lassen eben ihren Namen nicht zurück, und lange Nachforschungen anzustellen, das ist zuviel verlangt von einem Beamten.

Wie steht der Hut?

A.-K. Reichardtswerben. Durch Nachprüfungen ist man Fehlbeträgen in der Gemeindekasse auf die Spur gekommen. Wie die Gelder verwendet worden sind, ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt. Es fehlen dafür die Belege. Die Werktätigen von Reichardtswerben haben das größte Interesse daran, zu erfahren, wo die Gelder geblieben sind, denn es sind ihre Steuergelder. Sie richten daher an den Gemeindevorsteher die öffentliche Anfrage: Ist der Gemeindevorsteher bereit, in einer öffentlichen Einwohnerversammlung Aufklärung zu geben? Die Einwohner von Reichardtswerben warten auf Antwort.

Merseburg-Querfurt

Die sparsame Reichsbahnverwaltung

A.-K. Goddulla. Kaum glaublich, aber wahr! Der Eisenbahnbedienstete Weichhold von hier mußte auf Grund eines schweren Nierenleidens in das Krankenhaus nach Halle gebracht werden. Der Arzt hatte sofortige und eilige Ueberführung mittels eines Krankenautos angeordnet. Die Reichsbahnverwaltung von Dürrenberg, Herr Gieße als Vorsteher, hat aber angeordnet, daß W. mit der Reichsbahn nach Halle befördert werden müsse, da die Reichsbahn kein Geld für eine Autofahrt habe. Arme Reichsbahn. Herr Gieße täte wohl richtiger handeln, wenn er Herrn Dorpmüller, welcher jährlich 108 000 Mark Gehalt erhält dafür, daß er Reichsbahnpräsident ist, daran erinnern würde, etwas sparsamer umzuspringen. — Eisenbahner, hieran seht ihr, wie mit euch umgegangen wird. Organisiert euch endlich in der roten Klassenfront zu eurer Befreiung.

Jugendlicher Lebensretter

Merseburg. Ein 7jähriger Knabe, der in der Saale badete, ging plötzlich unter und wurde abgetrieben. Einem 16jährigen Arbeiter aus Querfurt, der zufällig die Unfallstelle passierte, gelang es nach langen Bemühungen, den Jungen an Land zu ziehen. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg.

Verantwortlich: Bruno Rothe, Halle, für Politik, Lokales, Saalkreis und Beilagen; Ella Seidel, Halle, für Provinz; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebe und Gewerkschaften; Arthur Burkert, Halle, für Anzeigenteil.

Diktatursteuern werden nicht eingetrieben!

A.-K. Pratau. Am 2. Juni stand der Haushaltplan der Gemeinde Pratau zur Beratung. Mit Mühe hatte man durch Abstreichungen an den verschiedensten Posten einen balancierten Voranschlag zusammengestoppelt. Die gesamte Beratung stand im Zeichen der kapitalistischen Bankrottpolitik. Für den Bau einer Badeanstalt, der schon im vorigen Jahr beschlossen war, wurden keine Mittel eingesetzt. Auch für den Bau einer Leichenhalle, die dringend notwendig ist (Einwohner wollten bereits dem Gemeindevorsteher die Leiche vor die Türe setzen), ist kein Pfennig eingesetzt. Die kommunistische Fraktion beantragt, 9000 Mark für diese unbedingt notwendigen Bauten zu bewilligen. Die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront lehnte diesen Antrag ab, da angeblich keine Deckungsmöglichkeiten vorhanden seien. Die kommunistische Fraktion beantragt, die Mittel aufzubringen durch eine Sondersteuer auf Einkommen über 15 000 Mark und auf den Grundbesitz über 300 Morgen.

Der Sozialdemokrat Thiele erklärte dazu, man könne nicht mit zweierlei Maß messen.

Er ist also der Meinung, daß man nicht einseitig die Reichen belasten darf. Der Renegat Boß stellte sich an seine Seite und erklärte, eine Staffelung der Steuern ist ungesetzlich, ist Blödsinn. Mit beißendem Spott zeigte der Redner der kommunistischen Fraktion, wie heute mit zweierlei Maß gemessen wird. Wenn es ans Zahlen geht, gilt für die Besitzenden das kleine Maß und für die Armen das große. Beim Kleinbauern hat der Morgen Land einen Steuerwert von 501 Mark, beim Großgrundbesitzer nur 166 Mark. Bei den Großen wird die Steuer erlassen, bei den Kleinen wird sie mit den brutalsten Zwangsmaßnahmen eingetrieben. Die Tribünenbesucher unterstreichen durch ihren Beifall die Richtigkeit dieser Ausführungen.

Vom Landrat lag ein Schreiben vor, nach dem die Gemeinde Pratau verpflichtet wird, die Bier- und Bürgersteuer einzuführen, da sie 1930 die Realsteuerzuschläge erhöht hat. Der Landrat ersucht die Gemeindevertretung, dementsprechend zu beschließen, um das Selbstverwaltungsrecht nicht zu gefährden. Ein vor die Hunde gegangenes Selbstverwaltungsrecht soll nicht gefährdet werden. In wuchtiger Anklagerede gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, gegen die Brüning-Severing-Diktatur, erklärten die Vertreter der kommunistischen Fraktion den Standpunkt der KPD, der zugleich der Standpunkt der ganzen werktätigen Bevölkerung ist. Sie wiesen auf die Steuerstreikprozesse hin und brachten folgenden Antrag ein:

„Der Gemeindevorstand wird beauftragt, eine diktatorisch eingeführte Bier- und Bürgersteuer nicht einzutreiben."
Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Unter dem Druck der Masse stimmte auch der diktatorisch eingesetzte Gemeindevorsteher für diesen Antrag. Auf die Frage, was er tun wird, wenn diese Steuer trotzdem diktiert wird, erklärte er:

„Ich denke nicht daran, diese Steuern einzutreiben."

Die Sitzung hat gezeigt, wer die Interessen der Werktätigen vertritt, wer einen Ausweg aus Not und Elend zeigt. Stumm saßen die Vertreter der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront da. Kein einziges Wort hatten sie zum Etat zu sagen. Auch ihr Geist scheint parallel zur kapitalistischen Wirtschaft dem Bankrott entgegenzugehen. Nur die Kommunisten zeigen den Ausweg.

Genosse Remmele, der 581. Hochverräter

unter den seit 1923 vom Reichsgericht verurteilten Arbeitern, ruft:

„Wenn hier im Hindenburg-Deutschland die Menschen nach Brot schreien, dann sind es ihre Gerichte, die die Arbeiter als Hochverräter verurteilen ... Ein Recht zu verurteilen haben sie nicht, das werden später unsere Volksgerichte machen."

Mit Genossen Remmele rufen 30 000 Angeklagte und 3600 politische Gefangene:

Mobilisiert zur Massensolidarität in den Kampftagen der Roten Hilfe gegen die Klassenjustiz!

Wie der Faschismus dem Mittelstand hilft

In der Bäcker- und Konditor-Tageszeitung Nr. 118 vom 19. Mai zeigt ein Bericht eines Bäckermeisters aus Italien, wie der Faschismus den Kleingewerbetreibenden den Eselstritt versetzt. Der Mittelstand hat den Faschisten zur Herrschaft verholfen in der Hoffnung, daß das Dritte Reich die schwere Lage der Kleingewerbetreibenden erleichtern werde. Nun berichtet dieser Bäckermeister aus Italien, daß man den Bäckern zumutet, trotz Erhöhung der Mehlpreise den alten Brotpreis aufrechtzuerhalten. Diese Zwangsbestimmung hat trotz aller schönen Reden von Opfermut und Opferpflicht zu einer starken Gegenbewegung der Bäcker geführt. Die Bäcker sehen keinen anderen Ausweg, als die Qualität des Brotes zu verschlechtern. Es ist sonst einfach nicht möglich, mit den festgesetzten Preisen auszukommen. Polizei und faschistische Partei haben einen wahren Kampf gegen die Bäcker aufgenommen. Die faschistische Presse verhetzt ganz offensichtlich das Publikum gegen die Bäcker, fordert die Kundschaft auf, die größte Aufmerksamkeit der Qualität des Brotes zuzuwenden und jede Preiserhöhung oder auch jede Qualitätsverschlechterung rücksichtslos zur Anzeige zu bringen. Die Kampagne hat schon verschiedentlich zu Eingriffen der Polizeibehörden und der faschistischen Miliz geführt.

Bäckereien sind geschlossen, Geldstrafen verhängt worden.

Dieser Bericht aus dem faschistischen Italien zeigt, daß die Verhältnisse im Dritten Reich genau dieselben sind wie in Young-Deutschland. Während bei uns von den Nationalsozialisten der Kampf gegen die Bäcker in der Frage der Brotpreiserhöhung auf die „Marxisten" abgeschoben werden kann, sehen wir, daß in Italien genau derselbe Kampf von den Faschisten selbst geführt wird. Diese Tatsachen müssen dem Mittelstand bei uns die Augen öffnen darüber, daß auch das Dritte Reich die Verelendung und Vernichtung des Mittelstandes, die eine Folge der kapitalistischen Wirtschaft ist, nicht aufhalten kann. Nur in einer sozialistischen Wirtschaft, in einem Sowjetstaat, gibt es für den Mittelstand eine gesicherte Existenz auf neuer Grundlage.

Mansfeld-Sangerhausen

Wegen einem Stück Brot halb tot geschlagen

A.-K. Riestedt. Bei einem hiesigen Gastwirt sprach ein durchwandernder Handwerksbursche vor und bat um ein Stück Brot. Er wurde gleich mit groben Redensarten empfangen und sogar mit Schlägen bedroht. Durch einen Wortwechsel kam es dann wirklich zu einer Schlägerei. Dabei wurde der Handwerksbursche so übel zugerichtet, daß er sogar ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Leider hat sich auf der Seite des Gastwirts auch ein Prolet an der Schlägerei beteiligt.

Wenn die Arbeiterschaft ihren großen Kampf gegen das Kapital zum Sieg führen will, ist es nötig, daß nicht nur die Arbeiter untereinander, sondern auch Arbeiter und Mittelstand zusammenstehen und kleine Differenzen und Reibereien aus der Welt schaffen. Es ist eine Schande, wenn ein Gastwirt, der doch auch von Arbeitergroschen lebt, einen Erwerbslosen verprügelt. Eine noch größere Schande ist es, wenn ein Prolet sich daran beteiligt. Wir geben die beiden der Verachtung der Arbeiterschaft preis.

Ein Denunziant

A.-K. Helbra. Der frühere Gemeindeangestellte Krummel, der wegen seiner großen Leistungen abgebaut wurde und jetzt als Nachtwächter tätig ist, strammer SPD-Mann, bundestreuer Arbeitersportler, weiß nichts Gescheiteres zu tun, als Kommunisten wegen Anklebens roter Plakate zu denunzieren. Bei der Gerichtsverhandlung gab er an, daß er unsere Genossen im Dunkeln mit einem Kleistertopf gesehen habe. Unsere Genossen wurden daraufhin zu einer Geldstrafe verurteilt. Sie mußten auch die Kosten tragen, in denen die Zeugengebühr für den Denunzianten enthalten war. Drei erwerbslose Arbeiter müssen also diesem Sozialdemokraten seine Denunziererei auch noch bezahlen.

Was geht im Amt Stedten vor

A.-K. Oberröblingen. Die Oeffentlichkeit hat ein Interesse daran, zu erfahren, was im Amt Stedten vor sich geht. Wir richten deshalb an den Landrat des Mansfelder Seekreises folgende öffentliche Anfrage:

Ist es wahr, daß der sozialdemokratische Oberamtssekretär Ernst Sozmann die Einnahmebücher aus den vergangenen Jahren zur Zeit des vorigen Amtsvorstehers verbrannt hat, da seine Untergebenen es ablehnten, dies zu tun? Ist es wahr, daß er weiter nach Aufforderung auf einen Schlag für 16 Monate Miete bezahlte, weil für die rückliegende Zeit auf Grund der verbrannten Bücher keine Kontrolle mehr möglich war? Ist es wahr, daß gegen Sozmann aus diesem Grunde ein Strafverfahren eingeleitet worden ist?

Wir erwarten Antwort!

Fronleichnam mit Hindernissen

A.-K. Gerbstedt. Heute beging die katholische Kirche das Fronleichnamsfest, an dem man versucht, den Proleten mit allerhand Zeremonien den Himmel auf Erden herunterzuholen. An diesem Tag gab es unter anderem für die Frauen Kaffee und Kuchen und für die Männer Bier. Dabei ist es nun vorgekommen, daß sich die jungen Leute an dem großen Feiertag Fronleichnam an der Kirche verprügelten. Der Pastor wollte schlichten, aber auch seine heilige Kraft reichte nicht aus, die Kämpfenden auseinanderzubringen. Was sagt bloß der heilige Vater zu solchen Vorkommnissen, wo doch früh erst die Sünden vergeben wurden?

Genosse Konrad Ilgenhand

in Großörner-Molmeck ist in der Sonntagnacht im Alter von 74 Jahren verstorben. Genosse Ilgenhand war ein treuer und fleißiger Parteigenosse.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 15 Uhr, statt. Alle Genossen und Genossinnen sammeln sich beim Genossen Wendeborg, Molmeck, Hauptstraße.

Nordhausen

In den Fußstapfen Scheringers

A.-K. Heringen. Die Internationale Arbeiterhilfe, Ortsgruppe Heringen, hatte zu Sonnabend, den 6. Juni, zu einer öffentlichen Kundgebung aufgerufen. Etwa 300 Arbeiter und Arbeiterinnen, darunter viele aus den Bürgerkreisen, waren erschienen, um Stellung zu nehmen zu den neuen Notverordnungen sowie zur internationalen Solidaritätswoche der Internationalen Arbeiterhilfe. Nach einem Referat des Genossen Wedler sprach, mit ungeheurem Beifall begrüßt, der Freund Scheringers, Baron von Frankenberg und Broschlitz. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß der Sammlung aller Werktätigen unter der Fahne Lenins der einzige Ausweg zur Befreiung aus Knechtschaft und Elend bedeute.

Nordhausen. Die beiden Mitglieder der RGO Hermann Hanisch (Nr. 285), Nordhausen, Backhausberg 5, und Paul Helbing (Nr. 562), Nordhausen, Ebertstraße 8, sind wegen unproletarischen Verhaltens aus der RGO ausgeschlossen.

Piesteritz. Feuer in Kleinwittenberg. Am Sonnabend, kurz nach 8 Uhr, brach in dem Schuppen des Kohlenhändlers Fischer in Kleinwittenberg Feuer aus, dem der Schuppen völlig zum Opfer fiel. Größere Mengen Holz und Kohle wurden trotz sofortigen Eingreifens des Wittenberger und des Stickstofflöschzuges vernichtet.

Die Organisationen rufen!

Rote Hilfe

Halle-Norden. Dienstag, den 9. Juni, Mitgliederversammlung mit Lichtbildervorträgen im Lokal Barth, Körnerstraße, 20 Uhr. Referent: Genosse Schubert-Halle.

Querfurt. Mittwoch, den 10. Juni, Mitgliederversammlung, 20 Uhr, im Ballhaus zur Tanne. Referent: Genosse Unger-Neumark.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, den 10. Juni

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst, Verkehrsfunk und Tagesprogramm. 10.10 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.50 Uhr: Dienst der Hausfrau: Mit Kindern auf der Eisenbahn. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk-AG. 12 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12.05 Uhr: Zoologie (Schallplatten). 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervorausfage, Presse- und Börsenericht. 13.15 Uhr: Deutsche Militärmusik der Vorkriegstruppenteile und der Reichswehr mit Platten aus der Sammlung des Verfassers. 14 Uhr: Erwerbslosenfunk. 14.30 Uhr: Jugendfunk. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Der elektrische Lotse. 16.30 Uhr: Kurkonzert. 17.30–17.35 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18 Uhr: Pädagogischer Funk. 18.30 Uhr: Sprachenfunk: Italienisch. 18.50 Uhr: Frankreich als Zentrum der Hochfinanz. 19.20 Uhr: Christentum und Sozialismus. Ein Gespräch zwischen Lic. D. Mumm, M. d. R., und Wilhelm Sollmann, M. d. R. 20 Uhr: Orchesterkonzert. 20.30 Uhr: „Die Tragödie des William Ap" oder: „Die Schlacht am Schwarzen Freitag". Ein Hörstück von Johannes R. Becher. Ursendung. 21.45 Uhr: Neue Schlager und Chansons. 22.15 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 23.30 Uhr: Unterhaltungskonzert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310609-17/fragment/page=0012